



Hessische
Landeszentrale
für politische
Bildung



Kathrin Hartmann



„Ist das
nun Politik?“



Politikbegriff und
Selbstverständnis
von Bürgermeistern
in Ost- und
Westdeutschland



POLIS 35

POLIS: *analysen* – *meinungen* – *debatten*
POLIS: **Analysen – Meinungen – Debatten**

POLIS soll ein Forum für Analysen, Meinungen und Debatten aus der Arbeit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) sein. POLIS möchte zum demokratischen Diskurs in Hessen beitragen, d.h. Anregungen dazu geben, wie heute möglichst umfassend Demokratie bei uns verwirklicht werden kann. Der Name POLIS erinnert an die große geschichtliche Tradition dieses Problems, das sich unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder neu stellt.

Politische Bildung hat den Auftrag, mit ihren bescheidenen Mitteln dazu einen Beitrag zu leisten, indem sie das demokratische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gegen drohende Gefahren stärkt und für neue Herausforderungen sensibilisiert. POLIS soll kein behäbiges Publikationsorgan für ausgereifte akademische Arbeiten sein, sondern ohne große Zeitverzögerung Materialien für aktuelle Diskussionen oder Hilfestellungen bei konkreten gesellschaftlichen Problemen bieten.

Das schließt auch mit ein, dass Autorinnen und Autoren zu Wort kommen, die nicht unbedingt die Meinung der HLZ widerspiegeln.

Inhalt

Vorwort	3
Politisches und demokratisches Selbstverständnis bundesdeutscher Kommunalpolitiker	4
Der Bürgermeister: Kompetenzen und Grenzen	7
Die Regionen: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	8
Kommunalpolitische Profile	9
Kommunalpolitik in der DDR	9
Kommunalpolitik in der alten Bundesrepublik	12
Politisches Selbstverständnis	14
Politikertypen in Ost und West	15
Das Thema Karriere in Ost- und Westdeutschland	32
Subjektives Erleben von Umbruch und Wende	38
Verantwortung: ein zentraler Aspekt	43
Ortsgröße und Motivation zu politischem Engagement	44
Konsistenz der Typisierung	47
Wahrnehmung von Politik	48
„Demokratie“ im Sprachgebrauch	49
Kommunalpolitik contra Selbstverwaltung – Felder lokaler Politik	54
Wahrnehmung und Kritik des politischen Systems der Bundesrepublik	59
Abgrenzung von „Politik“	70
Ost und West im Kontrast	79
Signifikante Unterschiede ...	79
... tendenzielle Annäherung	82
Literaturverzeichnis	82

Vorwort

Wenn Max Weber 1919 seinen Vortrag zum Thema Politik als Beruf mit den Worten einleitet,

„Was verstehen wir unter Politik? Der Begriff ist außerordentlich weit und umfasst jede Art selbständiger leitender Tätigkeit. Man spricht von der Devisenpolitik der Banken, von der Diskontpolitik der Reichsbank, von der Politik einer Gewerkschaft in einem Streik, man kann sprechen von der Schulpolitik einer Stadt- oder Dorfgemeinde, von der Politik eines Vereinsvorstandes bei dessen Leitung, ja schließlich von der Politik einer klugen Frau, die ihren Mann zu lenken trachtet“,

dann trifft er exakt das Dilemma, vor dem sich auch der westdeutsche Bürgermeister sah, der den Titel der hier vorliegenden Studie prägte. Konfrontiert mit der Frage nach dem Beginn seines politischen Engagements wuchs in ihm eine plötzliche Unsicherheit darüber, ob seine bisherige ehrenamtliche Arbeit in der Leitung eines örtlichen Vereins mit der charakteristischen Bezeichnung politisch zu versehen war. Wenn Weber den Begriff von Politik, über den er in seinem Vortrag sprechen will, mit

*„die Leitung oder die Beeinflussung der Leitung eines politischen Verbandes, heute also: eines Staates“*²

konkretisiert, besteht diese Lesart nur in einem Ausschnitt dessen, was er vorher unter dem Begriff Politik zusammenfasste. Die Unsicherheit darüber, ob eine Denkweise, eine Handlung oder ein Tätigkeitsfeld als politisch begriffen werden sollte, erstreckt sich sogar auf Bereiche, die das Attribut bereits in ihrer üblichen Bezeichnung enthalten. Ein Beispiel hierfür ist die Kommunalpolitik. Ist die Verwaltung und Interessenvertretung einer Stadt nicht vielmehr Selbstverwaltung als Kommunalpolitik?³ Gründe für die bei Kommunalpolitikern zu beobachtende

oftmals bewusste Abgrenzung der eigenen Tätigkeit von Politik versucht diese Publikation aufzudecken.

Demokratie ist heute ein auf viele politische Systeme angewandter, selten aber exakt definierter Begriff. Die Bevölkerung der heutigen Bundesrepublik setzt sich aus zwei in unterschiedlichen kulturellen Traditionen sozialisierten Gruppen zusammen, die noch vor wenigen Jahren zwei Staaten mit sehr unterschiedlichen politischen Systemen bildeten – von dem jeder für sich beanspruchte, der eigentlich demokratische von beiden zu sein. Die Vielfalt dessen, was die Bürger der alten Bundesländer unter Demokratie verstehen, wird in der neuen Bundesrepublik durch eine Vielzahl von Demokratiebegriffen der ostdeutschen Bevölkerung bereichert. Politische Interaktion kann sich aber gerade dann als heikles Unterfangen erweisen, wenn die politischen Akteure durch ihr sehr unterschiedliches Verständnis von Demokratie keine gemeinsame Basis für ihre Arbeit finden können. Gerade in Bezug auf politisch Aktive, die zwei so unterschiedlichen Systemen wie dem der DDR und dem der Bundesrepublik entstammen, wäre dies durchaus denkbar, zumal sich Modifikationen individueller politischer und sozialer Orientierungsmuster nicht mit der Geschwindigkeit ergeben, in der sich der strukturelle und institutionelle Transformationsprozess vollzog. Ob und in welcher Ausprägung sich hier Unterscheidungen zwischen west- und ostdeutschen Sichtweisen der idealen und realen Demokratie feststellen lassen, wird diese Studie ebenfalls beschäftigen.

Als Grundlage für diesen POLIS-Band dient eine an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität zu Frankfurt am Main durchgeführte empirische Arbeit aus den Jahren 1997 bis 2002, in deren Rahmen rund 20 narrative Interviews mit ost- und westdeutschen Bürgermeister*innen geführt und ausgewertet wurden. Die Untersuchung versucht zu beobachten, zu beschreiben und zu analysieren. Die aus der Auswertung und Analyse der Daten hervorgegangenen empirischen Befunde erheben jedoch weder für die gesamtdeutsche Kommunalpolitik, deren Organe und Funktionsträger, noch für die Bevölkerung der alten und neuen Bundesländer im Allgemeinen Anspruch auf Repräsentativität. Sie liefern jedoch wertvolle Hinweise auf allgemeine Trends des Politik- und damit verbunden auch des Demokratieverständnisses in der Bundesrepub-

lik und des Selbstverständnisses ihrer kommunalen Amtsinhaber. Die im Original-Forschungsbericht an den entsprechenden Stellen im Text eingefügten Hinweise auf vergleichbare Passi in den Interviews wurden für diesen Band entfernt. Ebenso wurden die Namen von Bürgermeister*innen und Städten wie auch Hinweise auf das Geschlecht der interviewten Personen sowie die expliziten Vergleichsregionen aus Gründen des Datenschutzes unkenntlich gemacht, weshalb auch die detaillierte Beschreibung der Kriterien entfallen muss, welche die Vergleichbarkeit beider Regionen untermauern. Auf eine genaue Exemplifikation der Methoden zur Auswahl der Interviewpartner*innen sowie zur Datenerhebung und -auswertung wurde zu Gunsten einer leichteren Lesbarkeit und eines insgesamt kürzeren Textes verzichtet.^{3a}

Politisches und demokratisches Selbstverständnis bundesdeutscher Kommunalpolitiker

In der wissenschaftlichen Diskussion um den politisch-gesellschaftlichen Wandel in der DDR, um die Anpassung der Verhältnisse in den neuen Bundesländern an den Status der alten Bundesländer und um die Reaktionen der Ostdeutschen auf die Transition und das neue politisch-gesellschaftliche und ökonomische System kristallisiert sich eine zentrale Frage heraus: Welchen Einfluss hat die DDR-Vergangenheit auf die Bürger der neuen Bundesländer heute?

In der vergleichenden Analyse des dieser Studie zugrundeliegenden Datenmaterials sollen Anhaltspunkte

dazu gefunden werden, welche persönlichen und äußeren Faktoren das politische Selbstverständnis der Akteure sowie ihr Verständnis von Demokratie und Politik ausmachen, und ob eher in der Biographie zu suchen, persönlichkeitsbedingten oder eher institutionellen, gesamtgesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen die größte Bedeutung hierbei zukommt.

Auf Grundlage dieser zentralen Problemstellungen ergibt sich die erkenntnisleitende Frage der vergleichenden Analyse: Welchen Einfluss haben biografische und persönlich-habituelle

Faktoren einerseits und äußere rechtlich-institutionelle Faktoren andererseits auf das subjektive Politik- und Selbstverständnis bundesdeutscher Kommunalpolitiker der neuen und der alten Bundesländer?

Erste subjektive, während der Durchführung der Interviews und durch die Lektüre entsprechender Studien gewonnene Eindrücke gaben Anlass zu folgenden Hypothesen:

Vor allem die politisch-gesellschaftlichen Bedingungen der persönlichen und politischen Sozialisation prägen die Begriffe von Politik und Demokratie sowie das subjektive Rollenverständnis kommunalpolitischer Akteure. Insofern konnte vor Beginn der Untersuchung erwartet werden, dass sich Politik- und Selbstverständnis der Interviewpartner in den neuen und alten Bundesländern aufgrund der verschiedenen politischen Kulturen der ehemaligen deutschen Staaten klar unterscheiden. Daraus folgt auch, dass sich die Wahrnehmung der Bedeutung des Bürgermeisteramtes und der Aufgaben, Zuständigkeiten und Freiräume der kommunalen Entscheidungsträger in den Vergleichsregionen de facto deutlicher unterscheiden, als sie es de jure auf Grundlage der Kommunalverfassungen müssten. Diese These wurde anhand der vergleichenden Betrachtung der Interviews überprüft.

Weiterhin wurde zu Beginn der Studie angenommen, dass die negativen Erfahrungen der ehemaligen DDR-Bevölkerung mit einer durch und durch „zwangspolitisierten“ Gesellschaft ein missbilligendes und passives Politikverständnis mit sich bringen, das auch politisches Engagement im Rahmen der heutigen Bundesrepublik als moralisch bedenklich und gesellschaftlich heikel begreift. Von der westdeutschen Vergleichsregion

wurde dagegen ein positives Politikverständnis erwartet, das den kommunalpolitischen Akteuren ermöglicht, sich offen zur politischen Komponente ihrer Tätigkeit zu bekennen.

Gleichzeitig war bezüglich des subjektiven Verständnisses von Demokratie durch die Analyse zu bestätigen oder zu widerlegen, dass die ostdeutsche Bevölkerung durch ihre einschneidenden basisdemokratischen Erfahrungen im Wendeprozess für demokratische Ideale und ihre tatsächliche oder eben gerade nicht vollzogene Umsetzung in der politisch-gesellschaftlichen Realität der Bundesrepublik sensibler ist als die westdeutsche Bevölkerung.

Mit Referenz auf Waschkuhns These, die obrigkeitsstaatliche Orientierung der neuen ostdeutschen Eliten führe zu geringer Risikofreude und Eigenverantwortung in der alltäglichen politischen Praxis⁴ wurde ein eher aktivisch-demokratischer Führungsstil mit einer Betonung auf der kommunalpolitischen Komponente in den westdeutschen Gemeinden gegenüber einer eher passivisch-obrigkeitsorientierter Ausrichtung mit Betonung auf der Komponente der Selbstverwaltung bei den ostdeutschen Amtsträgern erwartet.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Rolle informeller Beziehungen bei der Entscheidung kommunalpolitischer Fragen und bei der Umsetzung lokaler Aufgaben. Hier war angesichts der großen Bedeutung informeller Netzwerke in realsozialistischen Gesellschaften zu erwarten, dass die Bedeutung persönlicher Beziehungen auch heute noch eine mehr oder weniger große Rolle im Alltag der ostdeutschen Interviewpartner spielt.

Dem politischen Selbstverständnis der ostdeutschen Bürgermeister soll durch

eine den westdeutschen Bürgermeister gegenübergestellten Typisierung auf den Grund gegangen werden. Wo lassen sich hier Motivationen für die Übernahme des Amtes erkennen, und was begreifen die Bürgermeister als ihre Aufgaben? Welche Rolle messen sie sich in der Gemeinde zu, und wie verhalten sich diese Kriterien zur Größe der Städte und Gemeinden? In der ersten Bearbeitung der Interviews aus den neuen Bundesländern konnte außerdem eine gewisse Distanz zur Definition des individuellen Lebensweges als Karriere diagnostiziert werden. Im Vergleich mit den Bürgermeistern aus dem alten Bundesgebiet sollte deshalb festgestellt werden, ob der Verdacht einer negativen Bewertung von Karrieren sich bei den ostdeutschen Bürgermeistern als konsistent erweist und ob sich in dieser Frage Unterschiede im Selbstverständnis der ost- und westdeutschen Interviewpartner ergeben. Eine mögliche Erklärung für die distanzierte Haltung zum Thema Karriere könnte sich nämlich auch aus der Selbstverortung und Identifikation der Bürgermeister mit dem Arbeitermilieu ergeben. Zudem sollte beobachtet werden, nach welchen Mustern berufliche und politische Karrieren in den Vergleichsregionen ablaufen.

Konkurrenz, Konflikt und auch politischer Dissens sind als Mittel der Differenzierung politischer Motive und Rollen untrennbar mit den Strukturen einer freiheitlichen Demokratie verbunden. Gerade ostdeutschen administrativen und politischen Führungskräften werden Akzeptanz- und Identifikationsprobleme bezüglich konkurrenzdemokratischer Formen politischer Meinungsfindung bescheinigt: Gegenüber der allenthalben propagierten „Sachpolitik“ stehen konkurrenzdemokratische Handlungs-

muster im Osten unter dem Verdacht bloßen Machtgerangels und inhaltsleeren Verfahrensstreits.⁵ Die Art und Weise, wie die interviewten Ost- und Westdeutschen mit politisch konfliktären Situationen umgehen und diese in der Erzählung thematisieren, kann viel über das eher konflikt- oder eher konkordanzdemokratische Politikverständnis der Kommunalpolitiker aussagen. Wie sehr unterscheiden sich hier ost- und westdeutsche Kommunalpolitiker? Das Demokratieverständnis der Bürgermeister sollte außerdem über die Wertschätzung von Pluralität und Toleranz erfasst werden. Die persönliche Wahrnehmung des politischen Systems der Bundesrepublik weist ebenso wie die subjektiven Kritikpunkte an diesem System auf mögliche Unterschiede in den Demokratiebegriffen der ost- und westdeutschen Interviewpartner hin.

Ausgehend von der Annahme, die Wende fungierte für die neuen ostdeutschen Akteure als Zentralereignis, dessen subjektive Deutung Rückschlüsse auf ihr Rollen- und Politikverständnis zulässt,⁶ wurden zur Untersuchung der persönlichen Wahrnehmung von Politik die Aussagen zu Umbruch und Wende näher betrachtet. Fungiert dieses Ereignis tatsächlich als Auslöser für politisches Bewusstsein und Engagement? Woran wird der Beginn politischen Engagements im Westen festgemacht? Welche Rolle spielten hierbei Parteien?

Die Frage, wie viel Politik tatsächlich in den Gemeinden stattfindet, sieht Nassmacher im Zugriff der Wissenschaft nach wie vor ebenso umstritten, wie die Rolle der Parteien auf kommunaler Ebene.⁷ Die subjektive Einschätzung der Bürgermeister, aus welchen Facetten sich kommunale Politik hauptsächlich zusammensetzt, explizit, ob es für sie mehr um rein administrative Erledi-

gung anfallender Aufgaben oder um aktives Gestalten geht, kann hierauf einen Hinweis geben.

Die Rolle der Parteien stellt ein umstrittenes Thema dar. Für die Wissenschaft stellt sich hier vor allem die Frage nach dem realen Einfluss der Parteien. Gleichzeitig wird aber auch die Legitimität parteilichen Einflusses gerade auf kommunaler Ebene diskutiert: Die Frage, welche Kommunalpolitiker sich aus welchen Gründen von den Begriffen Politik und politisch distanzieren und was die Verwendung des Begriffspaares große und kleine Politik hierbei meint, ist eng verbunden mit der Frage nach der Rolle der Parteien in der subjektiven Wahrnehmung der Interviewten und deren partieller Distanzierung von Politik.

Der Bürgermeister: Kompetenzen und Grenzen

Der „politische“ Bürgermeister, der zugleich einem effizienten Verwaltungshandeln als auch dem direkten Bürgerkontakt verpflichtet ist, soll in seiner Person die widerstreitenden Interessen bündeln und ausgleichen. Er soll sich für ein gesellschaftspolitisch offenes, diskussionsfreudiges Klima in der Stadt, also für eine Zunahme an lokaler Demokratie, genauso einsetzen, wie für eine ergebnisorientierte, wirtschaftlich geführte Dienstleistungsverwaltung.⁸

Bürgermeister nehmen unter bundesdeutschen Kommunalpolitikern vor allem im Geltungsbereich von Gemeinde- und Landkreisordnungen nach dem Muster der süddeutschen Ratsverfassung eine Sonderstellung ein. Wesentlich näher am lokalen Geschehen als Kommunalpolitiker der Landkreisebene haben sie durch ihre Kompetenzen in Bezug auf die unterschiedlichen Aufgabenkomplexe

ihres Amtes einen viel tieferen Einblick in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse als andere Mandatsträger und Amtsinhaber der lokalen Ebene. Als kommunale Wahlbeamte sind Bürgermeister in der Regel hauptamtlich, in besonders kleinen Gemeinden ehrenamtlich tätig.

In vielen deutschen Bundesländern kommt dem Bürgermeister einer Kommune neben den Kompetenzen, die sich aus dem Vorsitz in Gemeinderat und Ausschüssen ergeben, auch das Amt des Verwaltungsleiters zu. In der Praxis hat dies folgende Auswirkung: Als stimmberechtigter Ausschuss- und Gemeinderatsvorsitzender stellt der Bürgermeister die Tagesordnung für die Sitzungen auf, bereitet die Beratungen vor, beruft die Sitzungen ein, leitet ihren Vorsitz und übt das Hausrecht aus. Weiterhin informiert er in den Gremien über Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen, legt die Ausschussentscheidungen dem Gemeinderat zur Prüfung vor und besorgt die Überprüfung umstrittener Beschlüsse durch die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde. Die in Gemeinderat und Ausschüssen gefällten Entscheidungen werden zur Ausführung an die vom Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Verwaltungsleiter organisierte kommunale Verwaltung weitergegeben. Der für den Vollzug dieser Beschlüsse zuständige Bürgermeister delegiert nun die aus den Beschlüssen resultierenden Aufgaben und Befugnisse an die Verwaltungsbediensteten, die Gemeinderatsmitglieder und, je nach Größe der Kommune, an den zweiten und dritten Bürgermeister. Das Feststellungsrecht zum Entwurf der Haushaltssatzung verleiht dem Bürgermeister maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der Gemeindefinanzen. Außerdem verfügt der Bürgermeister neben der

Aufgabe zur Repräsentation der Gemeinde nach innen und außen über Kompetenzen, die ihn als eigenständiges Gemeindeorgan auszeichnen: Über Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, entscheidet er ebenso eigenverantwortlich wie über die Erledigung der ihm vom Gemeinderat übertragenen Aufgaben. Außerdem fallen ihm die Dienstaufsicht und das uneingeschränkte Weisungsrecht über alle Beschäftigten der Gemeinde zu.⁹ Mit Hilfe der Verwaltung verfügt der Bürgermeister über eine starke Steuerungskompetenz; seine zusätzliche Ausstattung mit autonomen Kompetenzen wirkt sich nach Gisevius zu Lasten der politischen Zuständigkeiten und Befugnisse des Rates als des eigentlichen demokratischen Entscheidungsgremiums aus.¹⁰ Um die zur Effizienzsteigerung der Verwaltung eingeführte Bündelung der Verantwortung im Amt des Bürgermeisters demokratisch zu legitimieren, wird dieser von der Gemeindebevölkerung direkt gewählt.

Die Kompetenzen des Bürgermeisters sind durch Kommunalverfassungen, rechtliche Bestimmungen, Gesetze und Verwaltungsvorschriften sehr detailliert definiert. Die Beschäftigung mit diesen Vorgaben legt den Eindruck nahe, dass dem Bürgermeister bei Ausübung seines Amtes nicht sehr viel Spielraum bleibt. Allein nach der Ähnlichkeit der rechtlichen Grundlagen politischer und administrativer Gemeindeleitungen in den Vergleichsregionen zu urteilen, müssten sich die Bürgermeister in beiden Regionen in der Art ihrer Amtsführung sehr ähnlich sein. Einen Eindruck darüber, wie sich diese Vermutung in der kommunalpolitischen Praxis bewährt, liefert die Auswertung der Interviews in Bezug auf das Selbstverständnis der interviewten Bürgermeister.

Die Regionen: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Bei der Auswahl der Vergleichsregionen standen Daten der ökonomischen und der Bevölkerungsentwicklung¹¹ im Vordergrund. Bei der Suche nach Interviewpartnern sollte in den Vergleichsgruppen zugunsten eines großen Variantenreichtums bezüglich lokaler und regionaler Problemlagen und Aufgabenfelder eine vergleichbar breite Streuung in den Ortsgrößen erreicht werden.¹²

Die ausgewählten Orte in den Vergleichsregionen boten sich an, weil sie sich sowohl in ihren Einwohnerzahlen als auch in anderen demografischen Daten vor allem aus dem wirtschaftlichen und sozialen Bereich sehr ähnlich sind. Beide Regionen erlebten nach Grenzöffnung und Wiedervereinigung einen verheerenden Zusammenbruch der ortsansässigen Industrien, der sich in hohen Arbeitslosenquoten und der Abwanderung der qualifizierten Arbeitskräfte der jüngeren Generation auswirkte. Die Umorientierung auf andere Haupterwerbszweige, wie beispielsweise den gesamten Dienstleistungssektor oder den Fremdenverkehr, erfolgt in beiden Regionen nur zögerlich und hauptsächlich dadurch motiviert, dass sich nur wenige industrielle Unternehmen neu in den Regionen ansiedeln. Durch die nahezu gleiche verfassungsrechtliche Stellung des Bürgermeisters ist, je nach Ortsgröße, auch eine Vergleichbarkeit der Aufgabenstellungen und Verpflichtungen zu erwarten. Unterschiede ergeben sich allein in der Parteizugehörigkeit der interviewten Kommunalpolitiker; die unterschied-

liche Gewichtung parteipolitischer Orientierungen resultiert aber vor allem aus der generellen politischen Tendenz in den Regionen.

Einen ungleich größeren Unterschied machen die Erfahrungen der DDR-Realität und der Situation einer radikalen politisch-gesellschaftlichen Erneuerung aus, die in den Gemeinden

der neuen Bundesländer einen kompletten Umbau der politisch-administrativen Strukturen mit sich brachte und weitreichende Anforderungen gerade an die kommunale Ebene stellte. Den Einfluss dieser Unterschiede auf das Politik- und Demokratieverständnis der Gesprächspartner in Ost und West zu untersuchen, ist Aufgabe der Studie.

Kommunalpolitische Profile

Dieses favorisierte Modell der „unpolitischen Gemeinde“, das sich in der DDR paradoxerweise unterhalb der politischen Subordinierung ausbilden konnte, unterscheidet sich in seiner Mischung aus Sachorientierung und Informalität nicht grundsätzlich von jenen „konkordanzdemokratischen“ Verfahren, wie sie für die Kommunalpolitik gerade auch in Mittelstädten der alten Bundesrepublik immer wieder diagnostiziert wurden.¹³

Neben sehr vielen Unterschieden in politischer Kultur und politischem System beider deutschen Staaten gab es auch auf kommunaler Ebene Gemeinsamkeiten. In diesem Fall werden die Gemeinsamkeiten allerdings dadurch relativiert, dass die politischen Akteure der DDR-Gemeinden sich keine privatwirtschaftlichen Gewinninteressen in Form von Korruption zunutze machen konnten, wie dies in westlichen Systemen möglich ist. Dagegen führte der rege Tausch von Loyalität und Partizipation auf der einen, Ressourcenzuweisungen, sozialer Bevorzugung und ideologischen Zugeständnissen auf der anderen Seite zu einer Befriedigung persönlicher Versorgungsinteressen durch die Partei.¹⁴

Gemeindeordnung“ erlassen, die im Hinblick auf das Selbstverwaltungsrecht den Gemeindeordnungen in den westlichen Besatzungszonen vergleichbar war. In der Praxis wurde dieses Selbstverwaltungsrecht mit dem Aufbau der SED-Diktatur aber beseitigt. Formal bestätigt wurde dies durch das Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht von 1957. Das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR von 1985 manifestierte diesen Zustand.

In ihrem politischen und wirtschaftlichen System war die DDR nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus strukturiert, dessen erklärtes Ziel es war, den Staat möglichst effektiv und konfliktarm zu verwalten.¹⁵ In Verbindung mit der All-Zuständigkeit der SED war der Staat entgrenzt und regelte alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Dies schloss auch den willkürlichen Eingriff in Entscheidungen der eigentlich zuständigen untergeordneten durch die zentralstaatliche Ebene ein. Neben der zentralstaatlich-politischen Vertikalen existierten noch zwei weitere vertikale Strukturen, auf der die zentralstaatliche Lenkung der kommunalen Ebene aufsetzte: Die ebenfalls zentralistisch und hierarchisch verfasste Parteiorganisation der SED und die vom Industrieministerium

Kommunalpolitik in der DDR

In der sowjetischen Besatzungszone wurde 1946 die „Demokratische

zentral gesteuerte Staatswirtschaft, die mit dem Zugriff auf die Organisation einzelner örtlicher Großbetriebe und Kombinate ebenfalls Entscheidungen der zentralen Lenkung auf der lokalen Ebene durchsetzen konnte. Diese drei vertikalen Strukturen waren zudem personell untereinander verflochten.¹⁶ Während den kreisfreien Städten und den Landkreisen in ihrer den Bezirken untergeordneten Vollzugsfunktion der Zentralorgane immer noch eine gewisse Eigenständigkeit zugesprochen werden konnte, spielten die kreisangehörigen Gemeinden lediglich eine untergeordnete Rolle als allein ausführende Organe der zentralen Staatsmacht auf unterster Ebene. Umfassend abhängig von finanziellen Mittelzuweisungen aus staatlichen und Bezirkshaushalten waren die Gemeinden zusätzlich in vieler Hinsicht auf die ortsansässigen staatlichen Betriebe angewiesen, da diese über die für die Erledigung kommunaler Aufgaben notwendigen Finanzmittel und Personalressourcen verfügten. Ohne garantiertes Anrecht auf die Nutzung dieser Ressourcen waren die Vertreter der Kommunen gezwungen, immer aufs Neue als Bittsteller bei den Betrieben vorzusprechen. Auf diese Weise bildeten die Betriebsleitungen der großen Kombinate zusammen mit den Parteileitungen von Stadt und Kreis oft das eigentliche und vor allem entscheidende Zentrum lokaler Politik.¹⁷

Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und Gemeindeverbände bestand in Art. 139 der DDR-Verfassung bis 1949. Faktisch waren die Kommunen aber schon mit dem Jahr 1947 als örtliche Organe der Staatsmacht ins zentralistische Staatsgefüge eingegliedert.¹⁸ Art. 41 der DDR-Verfassung von 1968 sah eine Eigenverantwortung der Städte und Gemeinden schließlich

nur noch im Rahmen zentraler staatlicher Leitung und Planung vor.¹⁹ Die dominante Kontrolle und Steuerung durch die nächsthöhere hierarchische Ebene machte die kommunale Ebene zum „Instrument für die ‚von oben nach unten‘ vollzogene Durchsetzung von (Partei-)Politik“.²⁰

Diese politische Unterordnung der Gemeinden fand ihren Ausdruck im Prinzip der doppelten Unterstellung²¹: Die Räte der Städte und Kreise in ihrer Eigenschaft als kommunale Entscheidungsgremien waren wie auch ihre Fachorgane einerseits entsprechend dem Prinzip des demokratischen Zentralismus quasi „nach unten“ den jeweiligen Volksvertretungen verpflichtet, andererseits aber gleichsam „nach oben“ gegenüber der jeweils übergeordneten Ebene zu Rechenschaft verpflichtet. Zudem bedurften alle Entscheidungen der kommunalen Ebene in Bezug auf Planungs- und Organisationsfragen sowie im Personal- und Kontrollbereich der Zustimmung durch die entsprechende SED-Parteileitung.²² Die offensichtliche Beschneidung der im Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht von 1957 festgelegten Zuständigkeiten der Gemeinden trug dazu bei, dass die DDR-Bürger die örtlichen Organe zunehmend als inkompetent einschätzten, was die steigende Zahl von Eingaben an zentralstaatliche Organe illustriert.²³

Der kommunalpolitische und -administrative Alltag zeichnete sich vor allem durch die Einbindung der Akteure in informelle Netzwerke aus. Dabei bedingten sich die geringe Bedeutung rechtlicher Handlungsgrundlagen und das Vorherrschen einzelfallbezogener Entscheidungen und informeller Abmachungen gegenseitig: Willkürliche Anweisungen übergeordneter Ebenen wurden mit der unzureichenden juristischen Regelung des Einzelfalls als

politische Handlungen legitimiert und über geltendes Gesetz hinweg entschieden und umgesetzt. Die diesen Entscheidungen zugrundeliegende, ambivalente Maxime, den Menschen zu sehen und nicht den Paragraphen, führte zu einer Entformalisierung der sozialistischen Politik. „Da die Rechtsvorschriften und Gesetze überall gleich waren, konnten ‚zusätzliche‘ Leistungen entweder für die Bürger oder für die Betriebe nur über außerjuristische Wege erzielt werden. Im Laufe der Jahre wurde dieser Tatbestand zunehmend der normale, und einzelne Bürgermeister und Funktionäre der Parteien sowie gesellschaftliche Organisationen entwickelten ein vertikales und horizontales Beziehungsgeflecht, das u.a. auch die Korruption und den Amtsmissbrauch förderte und kultivierte.“²⁴

Durch die faktische Missachtung rechtlicher Grundlagen wurden diese ad absurdum geführt; für eine rechtliche Ausdifferenzierung bestand deshalb auch keine Notwendigkeit. Die verfassungsmäßige Rechtsbestätigung in Art. 42, Satz 4 der DDR-Verfassung, Eingriffe in die Rechte der örtlichen Volksvertretungen können nur auf der Grundlage von Gesetzen erfolgen, vermittelte den Eindruck einer rechtsstaatlichen Garantie, die es de facto aber nie gab.

Vorsitzender des von den Stadtverordneten gewählten Rates war der Bürgermeister der Gemeinde. In regelmäßigen Dienstbesprechungen des Bürgermeisters mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises wurden von diesem direkte „Weisungen“ erteilt. Dazu waren die Schlüsselpositionen der Räte in der Regel von SED-Mandatsträgern besetzt. Von und aus den örtlichen Volksvertretungen gewählt spielten die Räte eine wichtige Rolle in der Kommunalverwaltung der DDR.

Als Exekutivorgan war es die Aufgabe der Räte, die Entfaltung der Tätigkeit der Volksvertretungen zu gewährleisten und die Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung im eigenen Verantwortungsbereich zu sichern.²⁵ Jedes Ratsmitglied übte den Vorsitz über eine der als Fachorgane bezeichneten Verwaltungseinheiten für bestimmte kommunale Aufgabenbereiche aus. Faktisch hatten die örtlichen Volksvertretungen als rein repräsentative und nicht zu Kontrollzwecken bestimmte Gremien keinen Einfluss auf die Fachorgane. „Die hauptamtlich gewählten Räte herrschten über die Volksvertretungen und ließen sie zu Akklamationsorganen der im oben genannten Beziehungsgeflecht stehenden Hauptamtlichen werden.“²⁶

Die Anzahl der kommunalen Mandatsträger in den Volksvertretungen und ihre Aufteilung auf Parteien und Massenorganisationen war durch die Nationale Front unter Führung der SED bereits vor den Kommunalwahlen festgelegt.

Da alle wichtigen Positionen der zentralen und lokalen Staatsorgane der DDR in sogenannten Kadernomenklaturen geführt wurden, rekrutierten sich auch die Bürgermeister, zumindest die größerer Städte, aus einer langfristig im Voraus entwickelten „Kaderreserve“. Für lokale Leitungsfunktionen (Räte und Bürgermeister) ausgewählte Kader wurden meist aus verwaltungsexternen Bereichen wie Industrie, Handel und Bildungswesen rekrutiert, rund 57% der Mitarbeiter waren vor ihrem Eintritt in den Staatsdienst der DDR in der „materiellen Produktion“ beschäftigt.²⁷ Ein fachlicher Hochschulabschluss war für die Übernahme einer Leitungsfunktion in der Regel Zugangsvoraussetzung; Bürgermeister kleinerer Gemeinden waren davon allerdings ausgenom-

men: Sie erhielten häufig nur eine kurze Einweisung im Rahmen von Dienstbesprechungen.²⁸ Oft fanden sich für die Bürgermeisterämter kleiner Gemeinden keine interessierten und geeigneten Bewerber. Die über Parteiaufträge erfolgte Verpflichtung von Studierenden der Bezirksparteischulen zur Übernahme eines solchen Amtes zeugt davon, wie uninteressant und unbeliebt solche Ämter bei den Kadern offenbar waren.

Kommunalpolitik in der alten Bundesrepublik

„Die Kommunalpolitik gilt als ‚Schule der Demokratie‘, denn hier werden die parlamentarischen Rituale wie Rede und Gegenrede eingeübt, die politische Kompromissfindung erlernt sowie das Zusammenspiel von Rat und Verwaltung vermittelt. Zudem stellt die Kommunalpolitik in der Regel die erste Stufe dar, auf der politisch Aktive außerhalb von Parteien tätig werden; sich hier zu bewähren, ist für einen weiteren Aufstieg eine wichtige Voraussetzung.“²⁹

Die Kommunalpolitik in Westdeutschland muss durch ihre speziellen Verhaltens- und Konfliktregelungsmuster als ausgesprochen von Bundes- und Landespolitik verschieden gesehen werden. Wehling beschreibt 1981 Kommunalpolitik in der alten Bundesrepublik als „Untertanenkultur“ mit starker Betonung der politisch-administrativen Autorität.³⁰ Sie zeichne sich durch scheinbare Konfliktlosigkeit und ein deutliches Harmoniebestreben aus, das in den in der Regel einstimmig ausfallenden Gemeinderatsbeschlüssen zum Ausdruck komme. Umfragen unter den Bundesbürgern führten vor dem Mauerfall zu dem Ergebnis, dass zwei Drittel der Befragten die Führung einer Gemeinde

in die Hände unpolitischer Fachleute legen würden, die Sachfragen nicht nach politischen Gesichtspunkten entscheiden.³¹ Dabei wird die Verwaltung und Interessenvertretung einer Gemeinde üblicherweise nicht als lokale Politik, sondern vielmehr als kommunale Verwaltung gesehen, in der nicht kontroverse politische Entscheidungen, sondern Sachfragen thematisiert werden, die eine optimale praktische Lösung verlangten. Naßmacher stellt hierzu fest, dass die Annahme einer unpolitischen Verwaltung längst von entsprechenden empirischen Politikfeldanalysen wiederlegt worden sei.³² Wesentliche Fragen kommunaler Verwaltung seien nicht entweder politisch oder sachlich sondern immer fachlich und gleichzeitig politisch.³³ Die vor allem in Krisenzeiten der „neutralen“ Verwaltung zugebilligte Problemlösungskompetenz liegt in einer Denktradition begründet, die ins 19. Jahrhundert zurückreicht, und sie beruht auf einer entpolitisierten, vordemokratischen Sachlichkeitsvorstellung und einer von den demokratischen Mitwirkungsrechten abgelösten Verwaltungsorientierung. Beckord fasst diese Tendenz der Überbewertung einer fälschlich für unpolitisch und unparteiisch gehaltenen Verwaltung, die seiner Meinung nach allein der Befriedigung rein emotionaler Bedürfnisse nach apolitischer Harmonie dient, gegenüber den eigentlichen demokratisch-legitimierten Gremien zusammen:

„Der Versuch, vor der Existenz von Politik und der Möglichkeit der Demokratie in der Gemeinde die Augen zu verschließen und die Pluralität von Interessen mit einer von Parteien losgelösten Repräsentation zu überdecken, huldigt dem Ideal einer überkommenen Beamtenkaste als Träger des starken Staates.“³⁴

Bei alledem muss jedoch die Determinante Gemeindegröße differenzierend bedacht werden: Das beschrie-

bene Bild von Kommunalpolitik gilt in größeren Städten und Großstädten nur eingeschränkt. Echte politische Konflikte und eher konflikt- als konkordanzdemokratische Konfliktregelungsmuster sowie stärkere Orientierung an und Wahl nach Parteien zeichnen diese Kommunen gegenüber kleineren Gemeinden aus.³⁵

Gerade in kleineren Gemeinden kann das politische System nicht abgegrenzt vom sozialen System betrachtet werden. Hier versuchen die Ratsmitglieder stets tragfähige Kompromisse zu erzielen, denn es ist nicht üblich und gilt als im negativen Sinne politisches Handeln, die Vorstellungen einzelner konfliktfähiger Gruppen der Gemeinde über Mehrheitsentscheide aus der Entscheidung auszugrenzen. Dadurch fällt auch eine inhaltliche Profilierung im Wahlkampf schwer: Angriffe auf bisherige Entscheidungen der kommunalen „Regierung“ wirken auf die Ratsmitglieder und Beigeordneten der eigenen Fraktion zurück, die die Entscheidung durch ihre Zustimmung mit getragen haben. Die Auswahl der Kandidaten für kommunale Ämter richtet sich in Westdeutschland meist weniger wie auf Bundes- und Landesebene nach parteipolitischen Kriterien, etwa langjähriger Mitgliedschaft, als vielmehr nach den in der Personenwahl im Vordergrund stehenden Kriterien. Als solche sind der hohe lokale Bekanntheitsgrad, zeitliche Abkömmlichkeit und Sachkompetenz zu nennen.³⁶ Ein weiteres Kriterium der Vorauswahl stellt vor allem bei der Bürgermeisterwahl der kostspielige Wahlkampf dar. Gerade in größeren Städten ist er von Einzelpersonen in der Regel nicht allein finanzierbar, was dazu führt, dass auch eigentlich parteilose Kandidaten sich an Parteien binden, die sie im Wahlkampf unterstützen. Insofern

sind auf der anderen Seite auch die Parteien bestrebt, „die bekanntesten und prominentesten Bürger einer Gemeinde für ihre Liste zu gewinnen.“³⁷

In Bezug auf die örtlichen Parteien beschreibt Naßmacher die Neigung von Ortsparteien zur Verleugnung ihrer eigenen Parteilichkeit. Sie seien insofern eher als Wählervereinigungen zu sehen, die einen eingängigen Parteinamen als Markenzeichen benutzen. Die Kontakte zwischen lokalen Parteigruppen und überregionalem Parteiapparat seien häufig nur schwach ausgebildet.³⁸

Der lokale Bekanntheitsgrad beruht üblicherweise auf aktiver Vereinsmitgliedschaft und Vereinsführung bzw. auf einer geachteten hauptberuflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit. Das Kriterium „Popularität“ begünstigt jedoch vor allem bisherige Amtsträger mit oft langjähriger Ratserfahrung, die in der Regel auch die erwünschte Sachkompetenz aufweisen. Der Vorteil fachlicher Managementqualitäten, die „auswärtige“ Kandidaten möglicherweise mitbringen könnten, ist so leicht auszugleichen.

Mögliche Beweggründe für die Übernahme des Bürgermeisteramtes sind für die Kandidaten das gesellschaftliche Ansehen als erster Bürger, der Wille, etwas Positives für die Bürger der Stadt zu bewegen oder auch die zu erwartende Machtfülle: „Der Bürgermeister hat keinen Chef. Er hat niemanden über sich. Er hat Macht.“³⁹

Die typischen Problemlagen in den bundesdeutschen Gemeinden bestehen zur Zeit beispielsweise im Niedergang alter Industrien, der umweltbelastende „Erbschaften“ hinterlässt und zu steigender Arbeitslosigkeit führt, und in den nicht zuletzt daraus folgenden steigenden Sozialhilfekosten, die zu einer fortschreitenden Verarmung der Gemeinden und vermittels dessen

zu einem Demokratiedefizit durch die Abhängigkeit von finanziellen Zweckzuweisungen der Bundes- oder Landesebene führen. Hierbei sind

sich die Problemlagen in Ost- und Westdeutschland vom Prinzip her sehr ähnlich und unterscheiden sich allein in ihrer Intensität.⁴⁰

Politisches Selbstverständnis

In der Auswertung der Interviews wurde deutlich, dass die interviewten Bürgermeister ihre hauptamtlich kommunalpolitische Tätigkeit aus sehr verschiedenen Motiven heraus ausüben. Eine Reihe unterschiedlicher Beweggründe werden konkret benannt, eine Anzahl von Motivationen lässt sich zusätzlich aus den Berichten herauslesen. Die politische Motivation sagt sehr viel über das Selbstverständnis der interviewten Kommunalpolitiker aus. Neben der Frage, ob sie sich selbst überhaupt als Politiker verstehen, geben die Motive, die bei der Amtsübernahme eine Rolle spielten, die deutlichsten Anhaltspunkte für eine entsprechende Analyse. Für die hier vorliegende Untersuchung wurden unterstützend auch ost- und westdeutsche Karriere- und Rekrutierungsmuster sowie die Beschreibungen des subjektiven Erlebens der Wende in die Auswertung einbezogen.

Wie die von Gisevius zur Kandidatur für das Bürgermeisteramt angeführten Beweggründe⁴¹ lassen sich die Motive der Bürgermeister grob vereinfacht in der Dichotomie „egoistisch – altruistisch (bzw. sozial)“ abbilden. Unter egoistische Motive lassen sich Antriebe fassen, die die persönliche Karriere oder die Erfüllung anderer persönlicher Wünsche zum Ziel haben. Beispiele hierfür sind die Wünsche nach Macht und Einfluss oder auch nach persönlicher Profilierung und Öffentlichkeitswirkung. Solche Motive lassen sich sowohl bei westdeutschen

als auch bei ostdeutschen Kommunalpolitikern ausmachen.

Als altruistische Motive sind Beweggründe zu fassen, die auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse für eine bestimmte Gruppe abzielen. Beispiele hierfür sind der vielfach klar artikuliert Wille, etwas für die Leute, etwas für den eigenen Ort zu tun, oder aber, noch weiter gehend, einer grundsätzlichen Umgestaltung allgemeiner Lebensbedingungen in Form von Demokratisierung den Weg zu ebnen – letzteres Motiv findet sich erwartungsgemäß vor allem in der ostdeutschen Vergleichsregion.

Neben der grundsätzlichen vergleichenden Analyse des Selbstbildes ost- und westdeutscher Kommunalpolitiker soll als eine weitere entscheidende Determinante die Ortsgröße der entsprechenden Gemeinden in die Überlegungen miteinbezogen werden. Um die Unterschiede zwischen den Motivationen anschaulich illustrieren zu können, werden die Bürgermeister entsprechend ihrer Beweggründe zum Einstieg und Engagement in Politik und Bürgermeisteramt typisiert.

Wenn im folgenden Kapitel unterschiedliche Typen dargestellt werden, so handelt es sich bei dieser Darstellung immer um die Konstruktion idealtypischer Elemente im Sinne Webers, die aus der Verdichtung empirischer Beobachtungen gewonnen werden. Ziel der Typisierung ist es nicht, Realität abzubilden. Insofern entspricht keiner der interviewten Kommunalpo-

litiker einem der beschriebenen Typen aufs Haar. Ziel der Typisierung ist es vielmehr, „das Typische am Konkreten, das Allgemeine am Besonderen sichtbar und verstehbar zu machen.“⁴²

„... aber wer ist schon typisch, ne?“ (L. aus S.)

Politikertypen in Ost und West

Die bereits von Neckel angewandte und auf Weber zurückgeführte Typologie (Politiker kraft Berufes, Parteibeamte und politische Unternehmer) lässt sich zwar auf die Analyse der kompletten kommunalpolitischen Führungsschicht einer größeren Stadt anwenden, wie im angesprochenen Aufsatz geschehen; ihre Anwendung auf das Sample der hier vorliegenden Untersuchung spricht jedoch beispielsweise die Tatsache entgegen, dass sich unter den Bürgermeistern als den Inhabern des höchsten Wahlamtes der Gemeinden kein politischer Unternehmer im Sinne Webers befinden kann, da dieser Politikertyp sich unter anderem dadurch auszeichnet, dass er in der Regel nicht selbst in die Öffentlichkeit tritt und auch kein politisches Amt übernimmt, sondern sein Interesse vielmehr in der Lenkung der Amts-inhaber besteht.⁴³

Statt dessen bietet sich eine andere Typisierung des Samples an, die sich ebenfalls auf Webers Aufsatz „Politik als Beruf“ bezieht. Weber stellt hier fest, dass, wer Politik betreibt, entweder im Dienst anderer idealer oder egoistischer Ziele oder um ihrer selbst willen nach Macht strebt.⁴⁴ In diesem Sinne lässt sich die Motivation zur Übernahme eines politischen Amtes entweder in der Verfolgung egoistischer oder altruistischer Ziele

verorten: Die Absicht zur Instrumentalisierung der durch das Amt verliehenen Macht bewegt sich auf dem Horizont zwischen Egoismus und Altruismus. In Verbindung mit Webers Unterscheidung in Menschen, die von der Politik leben und Menschen, die für die Politik leben,⁴⁵ ergibt sich eine zweite Ebene der Differenzierung, die es letztlich ermöglicht, zwischen insgesamt drei Typen von Politikern zu unterscheiden: Der professionelle Berufspolitiker, der zuweilen moralisch motivierte Sozialpolitiker und der an persönlicher Selbstverwirklichung orientierte Karrierepolitiker. Dabei steht der Typus des professionellen Berufspolitikers für Menschen, die Politik als Beruf im Sinne eines Jobs betreiben, also gleichsam von der Politik leben. Menschen, die Politik aus der altruistischen Motivation des Dienstes an einer Gemeinschaft oder einer Sache betreiben, also für die Politik leben, bezeichnet den mehr oder weniger moralisch motivierten Sozialpolitiker. Als Karrierepolitiker werden schließlich Menschen bezeichnet, die Politik aus egoistischen Gründen betreiben, beispielsweise um der persönlichen Macht oder der Verwirklichung eigener Ziele willen. Diese drei Typen bilden Idealtypen im Verständnis Webers. Die Konsistenz der Typologie soll in der folgenden Untersuchung des politischen Selbstverständnisses der interviewten Bürgermeister überprüft werden. Dazu erfolgt eine Zuordnung der interviewten Politiker zu den unterschiedlichen Konzepten. Da die Gründe für die Übernahme des Bürgermeisteramtes nie singulär auftreten, sondern generell eine Mischung der Motivationen festzustellen ist, werden die im Sample zusammengefassten Politiker unter Umständen mehreren Typen in unterschiedlicher Gewichtung zuzuordnen sein.

„Ich hab moralisch ethische Ansprüche an Gesellschaft und Politik.“ (C. aus B.)

Ostdeutsche Kommunalpolitiker – zwischen Ethos und Karriere

Der demokratische Umbruch in der Deutschen Demokratischen Republik stellt ein für alle DDR-Bürger entscheidendes und prägendes Ereignis dar. Die Möglichkeit, in der neugewonnenen Freiheit an der Ablösung des alten Systems und der Einrichtung eines neuen politischen und gesellschaftlichen Rahmens mitzuwirken, sahen die meisten betroffenen Lokalpolitiker des Samples als Aufgabe, wenn nicht sogar als eine moralisch oder anderweitig motivierte persönliche Verpflichtung an. Die Rollen, die sie innerhalb der DDR und dann zur Zeit des demokratischen Umbruchs einnahmen, wirken sich erkennbar auch auf die Rolle aus, die sie heute innehaben: das Bürgermeisteramt.

Für die Opposition in der DDR, die letztlich die Vorarbeit zur „Friedlichen Revolution“ leistete, stellte die evangelische Kirche gerade in den 80er Jahren einen organisatorischen Rahmen und ideellen Bezugspunkt dar. Auch viele der interviewten Kommunalpolitiker entstammen diesem Milieu: Bis auf die Bürgermeister W. aus W. und S. aus F. geben alle Interviewpartner an, dass die Kirche in ihrer Biographie und persönlichen Entwicklung eine bedeutende Rolle spielt.⁴⁶ Wenn die Verbindung zur Kirche sich auch als allgemeiner Kristallisationspunkt innerhalb ihres politischen Selbstfindungsprozesses zeigte, so stellt sich die subjektive Bedeutung des Christlich-Seins doch in recht unterschiedlichen Facetten dar. Nicht zuletzt dadurch verschwimmen

zuweilen die Grenzen zwischen echten „oppositionellen Ethospolitikern“ und „opportunistischen Karrieristen“ als den ostdeutschen Ausprägungen des Sozial- und des Karrierepolitikers. Die meisten Interviewpartner aus der ostdeutschen Vergleichsregion bewegen sich auf einer Geraden zwischen diesen beiden extremen Polen. Einige lassen sich den Extremen jedoch als anschauliche Beispiele zuordnen.

Als oppositionelle Ethospolitiker stellen sich beispielsweise P. aus N. und, in noch viel deutlicherem Maße, C. aus B. dar.⁴⁷ Beide haben eine intensive Beziehung zur evangelischen Kirche: Beim Bürgermeister von N. entwickelt sich diese Affinität schon sehr früh durch seine Einbindung in den Dresdner Kreuzchor und seinen Vater, der Kantor war. Aus dieser Verortung im aktiven Christentum heraus ergibt sich das, wie er es selbst nennt, erste politische Erlebnis: Er gerät passiv in Konflikt mit dem herrschenden System.

„Ich hatte dann mein erstes politisches Erlebnis gehabt, dass ich als Sohn eines Kantors aus politischen Gründen, trotz, sagen wir mal normalen Zensuren, nicht auf die sogenannte EOS, erweiterte Oberschule, was heute das Gymnasium wieder ist, gekommen bin. Man hat damals im Kreuzchor selber politisch, sagen wir mal die Reihen gelichtet.“ (P. aus N.)

Er wird ohne persönliches Verschulden zum Opfer der Restriktionen des SED-Regimes und erlebt bewusst die Ungerechtigkeit dieser Einschränkung seiner persönlichen Freiheit. Allerdings führen solche Erlebnisse ihn weder zu Resignation noch zu Opportunismus:

„Also eigentlich habe ich gelernt, dass eigene Kraft viel ausmacht, und dass diese Widerstände, die damals sich politisch auswirkten, für mich persönlich kein Nachteil waren, im Gegenteil, ich hatte dadurch eigentlich einen neuen Weg gegangen.“ (P. aus N.)

Widerstände von politischer Seite erlebt er also nicht nur als Behinderung,

sondern als Triebfeder zu eigener Initiative.

Während der Bürgermeister von N. offenbar bereits als Kind, vor allem durch seine Eltern forciert, institutionell in die Kirche eingegliedert wird, erfolgt der bewusste Weg dorthin beim Bürgermeister von B. einige Zeit später.

„Ich komm' eigentlich aus einem Haushalt und von Eltern, die eine gute Mischung waren, meine Mutter war sehr kirchlich gebunden, sie ist es noch, weil sie noch lebt, mein Vater, der inzwischen verstorben ist, war SED-Mitglied, aber keiner dergestalt, dass ich das eigentlich Zuhause immerzu gespürt hätte, oder dass sich daraus was ergeben hätte, also mein persönlicher Weg ist eigentlich eher auf der Kirche zentriert gewesen als sozusagen an dem Gegenüber, insofern hab ich von Partei zuhause nichts gespürt, gleichwohl sind beide Elemente für mich irgendwo sichtbar gewesen, unbewusst sicherlich.“ (C. aus B.)

Eine bewusste Prägung in kirchlicher Richtung wird schon hier beschrieben. Dass dies seine Begründung unter anderem in der stärkeren Präsenz der Mutter durch die Trennung der Eltern findet, wird erst später deutlich.

Auch der Bürgermeister von B. berichtet von Schlüsselerlebnissen mit der Staatsgewalt bereits in seiner Schulzeit:

„Ich habe in der DDR wie viele andere Jugendliche, weil ich nun musisch sehr interessiert war, dann eine eigene Band hatte und was man so in Jugendzeiten alles macht, [...] natürlich sehr gespürt, dass gerade im kulturpolitischen Bereich die DDR mal mehr, mal weniger an ihre Grenzen stieß, also gerade so in der Zeit Beatles, Stones, erste Bühnenverbote und alles, [...] das hat mich eigentlich alles durch, und das waren vielleicht so die ersten Brüche auch in meiner, so zu sagen, spaßlichen Biografie wenn man mal so will, das hat mich also unentwegt in Konfrontation gebracht.“ (C. aus B.)

Diese ersten Brüche in seiner Biografie werden für ihn zu prägenden Punkten in Bezug auf seine Stellung zum Regime: Im Bereich Musik erlebt er deutliche und für ihn nicht nach-

vollziehbare Restriktionen durch die Partei. Das Erlebnis von Bühnenweisen und von Verboten, bestimmte Musik zu hören oder selbst zu spielen, führt zur immer deutlicheren Distanzierung von SED und offizieller DDR-Politik.

Zwar schildert er seine Schulzeit relativ spannungsarm, allerdings unter der von ihm formulierten Einschränkung des damals im Rahmen der DDR Möglichen. Sein subjektives Gefühl, hier zunächst keinerlei Bedrängnis unterworfen gewesen zu sein, relativiert er bezüglich der letzten Monate oder Jahre seiner Schulzeit: Hier kam es offenbar zu Situationen, in denen die bisher relativ liberale Beschäftigung mit Literatur und Philosophie nicht mehr möglich war:

„Allerdings ist mir in der Schule dann zunehmend doch schwergefallen, die Dinge unter einen Hut zu bringen, das hat dann am Schluss auch nicht mehr geklappt.“ (C. aus B.)

Worin konkret die Probleme bestanden, erläutert er nicht. Ob er nach der Schule wie alle befragten anderen ostdeutschen Bürgermeister den Wunsch hatte zu studieren, erwähnt der Bürgermeister von B. nicht. Er macht nach der Schule zunächst eine Ausbildung als Dreher.

„Bin dann kurzzeitig im Betrieb gewesen, und dann waren eigentlich die Spannungsfelder einerseits, zu den auch offiziellen DDR-Leuten war gebildet und andererseits der Drang einfach auch was ganz anderes anzufangen, sein Leben vielleicht noch mal irgendwo auch umzudrehen, doch sehr stark, ich muss dazusagen, dass in dieser Zeit, während der Lehre und danach, also sagen wir einmal, die kirchlichen Bezugspunkte stärker geworden sind, das hat sicherlich auch was damit zu tun, dass man ja in dem Alter so um siebzehn-achtzehn-neunzehn auch sehr in einem Selbstfindungs- und Suchprozess ist, ich bin dann sicher nicht der frömmste der Frommen geworden, aber es hat mich irgendwo an der Theologie und an der Religion und an diesen Bezugspunkten was gereizt, ich war kirchlich auch sehr eingebunden

dann, und habe mich dann zu einem kirchlichen Studium entschlossen, bin also dann an einer kirchlichen Hochschuleinrichtung gewesen und bin eigentlich somit von Haus aus Diplomreligionspädagoge geworden.“ (C. aus B.)

Die Spannungen gegenüber dem Regime nehmen nach Ende der Schule nicht ab. Auch das Erlernen eines technischen Berufes, der scheinbar nichts mit Politik und Ideologie zu tun haben kann, bringt ihn nicht aus den Konfliktfeldern heraus. War schon die Wahl seiner technischen Ausbildung eine Flucht vor der Konfrontation, stellt die nun folgende Entscheidung für ein „kirchliches Studium“ den Versuch einer endgültigen Abkehr von politischen Lebensbereichen dar. Insofern ist die Aufnahme des kirchlichen Studiums tatsächlich als eine Form politischer Entscheidung zu sehen: In der Absicht, weiteren Konflikten aus dem Weg zu gehen, ist sie die konsequenteste Entscheidung gegen die Politik, die sich ihm bot.

Dagegen ist die Berufswahl für den Bürgermeister von N. bereits positiv politisch motiviert:

„So, und ich habe mich entschieden zum Lehrerberuf, a: weil ich Interesse hatte, daran, und b: weil ich meines achtens auch Voraussetzungen, die Gabe dazu hatte. Ich habe also schon Chor geleitet und so weiter, was alles dazugehört, Gruppen geleitet im kirchlichen Raum, und habe mich bewusst zum Lehrerberuf gestellt, weil ich einfach sage, es kann nicht sein, dass nur diejenigen Lehrer sein können, die dem Staat und der Ideologie total hörig sind. Was soll denn aus den Kindern werden, die dort in die Schule gehen, oder in die Lehre gehen, es muss ja auch, es müssen ja auch andere Lehrer machen.“ (P. aus N.)

Zumindest aus heutiger Perspektive sieht er seine Motivation neben Interesse und Eignung darin, es der Entwicklung der Schüler zuliebe anders, es besser machen zu wollen. Dies resultiert sicher auch aus seinen persönlichen Erfahrungen in der Institution Schule. Politisch wird diese Entschei-

dung in dem Moment, in dem er sich hier klar gegen die vorherrschende Ideologie ausspricht und die Absicht erkennen lässt, diese kritische Sicht seinen Schülern vermitteln zu wollen. Hier tritt er mit seiner oppositionellen Haltung, zumindest in seiner Zielsetzung, klar aus der privaten Sphäre in die Öffentlichkeit. In der Realität gestaltet sich seine Opposition dann allerdings weniger kämpferisch:

„Natürlich im Berufsleben hat sich das etwas geändert, ist einfach so gewesen, wenn ich Lehrer bin, war ich zu gewissen politischen Standpunkten gezwungen, also ich konnte mich nicht querstellen und konnte nicht sagen: das mag ich nicht, und das geht nicht und das mache ich nicht, sondern ich musste doch heucheln, also was ich zu Hause gesagt habe, habe ich im Dienst nicht gesagt, durfte ich nicht, höchstens unter Freunden.“ (P. aus N.)

In seiner aktiven Lehrtätigkeit beschäftigt auch er sich vor allem mit technischen Fächern, unter anderem mit Weiterbildungsmaßnahmen in der Computertechnik. Wie im Fall des Bürgermeisters von B. schon veranschaulicht wurde und später in anderen Fällen noch gezeigt werden wird, ist auch das Ergreifen eines technischen Berufes oder Berufszweiges Synonym für die Suche nach einer unpolitischen Tätigkeit.

„Habe dort eigentlich keine größeren politischen Zwänge erlebt, die, wo ich sagen könnte wir wären Märtyrer gewesen in der DDR, das ist nicht der Fall, nur die allerwenigsten.“ (P. aus N.)

Wenn er von seinem beruflichen Leben berichtet, er habe sich keinen größeren politischen Zwängen ausgesetzt gefühlt, erscheint es, als sei er schon fast wieder versöhnt mit dem politischen System der DDR. Ein neuerliches „politisches Erlebnis“ im privaten Bereich erzeugt allerdings ein anderes Bild:

„Dann hatte ich ein politisches Erlebnis natürlich, was für mich auch eine Entscheidung war, ich wurde dann aufgefordert die menschlichen Beziehungen [zu den

Verwandten im Westen] abzubrechen, durch Briefe, und auch meine Frau und meine Kinder, das habe ich nicht getan. Ich habe gesagt, das kommt für mich nicht in Frage, das ist für mich Krieg, und kein normales miteinander, ich will mich dagegen wehren. Und merkwürdigerweise hat man sich dem gefügt, und hat gesagt, na gut, wenn er das eben partout nicht will, dann lassen wir ihn in Ruhe. Das war das Problem für uns eigentlich, für uns DDR-Bürger, wir haben uns eigentlich zuwenig zugetraut, in der Masse. Aber wenn einer dann mal gesagt hat: ‚Nein‘, hat man auch am allerwenigsten die Konsequenz, die man nun befürchtet hat, ich verliere meine Stelle, ich werde als Fachschuldozent ..., gehe ich weg, und so weiter, das hat man eigentlich nicht gemacht.“ (P. aus N.)

Aus diesen unmittelbaren Drohungen von Seiten des Regimes zieht er, zumindest im Nachhinein sehr interessante, produktive Schlüsse. Die scharfe Restriktion geht dieses Mal nicht wie vorher auf seine Eltern oder andere von ihm nicht beeinflussbare Faktoren zurück, sondern auf seine persönliche Entscheidung. Obwohl er fürchten muss, seine Arbeitsstelle zu verlieren, beharrt er auf seinem Standpunkt. Er bemerkt, dass ihn trotz der heftigen Drohungen und trotz seines Widerspruches keine Konsequenzen ereilen: Die Familie hat sich erfolgreich gewehrt.

Um durch eine anstehende Beförderung nicht in die Situation zu geraten, eine Aufforderung zum Eintritt in die SED ausschlagen zu müssen, tritt er kurzfristig in die Block-CDU ein. Dieser opportunistische Schritt wird mit einem persönlichen Selbstschutz legitimiert.

„Ich hatte mich politisch, aufgrund meiner Lehrtätigkeit durch einen CDU-Beitritt geschützt, ..., aber ansonsten war für mich die Karriere dort zu Ende, ich war der zweite Mann dieser Einrichtung, habe pädagogisch was geleistet, und damit war ich aber auch zufrieden, ich wollte ja kein erster sein, wegen dem ganzen politischen Mist und so, aber die Karriere war erstmal zu Ende.“ (P. aus N.)

Dass die Wahl auf die CDU und nicht etwa beispielsweise die NDPD fiel, begründet er wie einige andere der ostdeutschen Interviewpartner mit seiner Sozialisation im kirchlichen Kontext. Der weitere Aufstieg auf der beruflichen Karriereleiter bleibt ihm dadurch zwar verwehrt, aber es eröffnet sich eine neue Perspektive für ihn, die bei seinem Parteieintritt so noch nicht abzusehen war:

„So, nun kam die Wende. Wir waren gefragt, als CDU-Mitglieder, so was machen wir jetzt, und da haben wir hier im Ort, eine kleine Gruppe waren wir dort, und haben gesagt, was machen wir jetzt? Eigentlich sind wir ja eine Blockpartei gewesen, von der Partei her hörig, der SED, aber wir im Ort waren es ja nicht, wir waren ja solche, die sich geschützt haben, oder die letztendlich gesagt haben, ich kann mich zu anderen Dingen nicht binden. Und da haben wir zusammengesessen und haben überlegt, was machen wir jetzt? Hauen alles hin, schmeißen alles weg, werden völlig unpolitisch, oder nutzen wir die politische Chance der Wende, indem wir unsere Partei so profilieren, von unten herab das wir den demokratischen Prozess selbst mitgestalten werden. Und letztendlich haben dann wenige, waren vier Mann, in [N.], entschieden, dass wir politisch wirksam werden wollen, und haben als erstes hier im Ort die Parole, auch plakatiert und öffentlich getragen, ‚CDU für Deutschland‘, das war im November 1989 noch gefährlich.“ (P. aus N.)

Die Wende kam. An den Ereignissen, die dazu führten, war er genauso wenig beteiligt, wie die anderen ostdeutschen Kommunalpolitiker, vielleicht mit Ausnahme des Bürgermeisters von B., der die Entwicklungen durch seine Tätigkeit im Rahmen der Kirche miterlebt hatte, und des Bürgermeisters von S., der diese Zeit aktiv und sehr bewusst erlebte.

Auch der Bürgermeister von B. tritt im Rahmen seines Berufes und der sich anbahnenden politischen Wende in der DDR aus der Nische der Kirche heraus in eine gesamtpolitische, aktive Verantwortung und Verantwortlichkeit. Dies wurde aber erst durch seine

über die kirchliche Arbeit einsetzende Politisierung möglich, die sich dann verbunden mit der zunehmenden emotionalen Intensität der Konflikte mit der Staatsmacht schubweise fortentwickelt:

„Ich bin nach diesem Studium, jetzt sag' ich mal dieses Überdenken auch politische Verhalten oder so, politische Ansprüche, gesellschaftliche Verhältnisse, auf ganz vielfältige Weise, da bin ich eigentlich zum Tagesgeschäft geworden, weil die Auseinandersetzung mit dem in der Kinder- und Jugendarbeit logischerweise gearbeitet, ja dieses Gegenüber von Ideologie, Kirche, Politik, Umweltansprüche, alles was auch so im Entstehen war, alles, was in dieser Zeit, auch deutschlandweit, mal über die Grenze jetzt gedacht, gewisse Umbrüche sich vollzogen, das hat dazu geführt, dass das einfach alles stärker publik geworden ist, und ich meine, die Entwicklung in den Kirchen der DDR, das wissen Sie wahrscheinlich etwas so vom Hörensagen, die Kirche wurde tatsächlich dann in den letzten Jahren vor der Wende, die ich dann auch beruflich sozusagen voll erfasst habe, schon so etwas wie eine Nische für allerlei Leute, nicht nur für kirchliche Leute, die wegen der Religion da vornehmlich hingegangen sind, sondern einfach auch für Leute, die einen Schutzraum gesucht haben, die eben in diesem Schutzraum was auch immer gearbeitet und gedacht haben, und das hat immerzu zu solchen Bezugspunkten geführt, ich erinnere mich eigentlich sehr gut, dass vor allen Dingen die Phase, wo es um Friedensfragen in Europa ging, einerseits ausgelöst durch die Frage der Atomwaffenbewaffnung oder auch der Abrüstungsdiskussion, insbesondere als es dann losging mit der Aktion ‚Schwerter zu Pflugscharen‘, da wurde das dann zunehmend auch politisch schwierig und interessant andererseits, ich denke an die Weltfriedenstag, die dann hier so stattgefunden haben, wo Auseinandersetzung mit dem Staat auch immer stärker wurde.“ (C. aus B.)

Wenn er später im Interview davon berichtet, er habe eigentlich Rockstar, Schauspieler oder Schriftsteller werden wollen, dies sei ihm aber verwehrt geblieben, dann liegt die Entscheidung gegen eine solche Karriere in seinem immerwährenden

Bestreben, der direkten Konfrontation mit der Staatsmacht auszuweichen. Dieses Muster setzt sich in seinem Bürgermeisteramt fort, wenn er heute noch versucht, Konflikte in seinem Arbeitsumfeld zu verhindern.

In der Zeit direkt vor der Wende und in seiner Funktion innerhalb der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit kann er diesen Konflikten nicht aus dem Weg gehen, und die Konfrontationen werden immer direkter, bis es zum eigentlichen emotionalen Schlüsselereignis für ihn kommt, das er als den definitiven Bruch in seiner Biographie darstellt:

„Und jetzt kommt so bisschen der Schnittpunkt, für mich begann das, [...] also ich erinnere mich zunächst einmal sehr gut, dass an irgendeinem Republikgeburtstag, wie das so schön hieß, also siebenter Oktober, ne? Das muss neunundachtzig gewesen sein, da gab es eine Tagung in Berlin, übrigens damals noch mit Stolpe im Gremium sitzend, oder der kam später, weiß nicht, dort habe ich eigentlich dann das erste Mal persönlich massiv erlebt, was da eigentlich abgeht. Also ich hatte einen Freund in Berlin, der damals da das christliche Hospiz geleitet hat, und mit dem war ich dann in der Innenstadt, Alexanderplatz und so weiter, [...] und bin dann auch auf der Schönhauser also zwischen die Schilde der Polizei geraten, und wir waren dann, wollten eigentlich zu dem Gebetsgottesdienst an der Gethsemanekirche, und wie – das war für mich eigentlich der innere Bruch, also das war nun ganz deutlich irgendwo, ist in den letzten Wochen, oder es ereignet sich was, also irgendwas muss sich ereignen, das geht so einfach nicht weiter. Das war schon eine bedrängte Situation, ich glaube, das kann auch nur jemand empfinden, nicht vom Film gucken, da muss man einfach mal zwischen Tausend Leuten gesessen haben, die nicht wissen wohin. Und dann muss man einfach die Szenerie, die ja einerseits was Gespenstisches hat, auf der anderen Seite auch was sehr Heroisches möchte ich fast mal sagen, hat, also mit Kerzen dann so um die Kirche herum, also das war schon irgendwie, sehr, sehr merkwürdig, das werde ich auch meinen Lebtag nicht vergessen.“ (C. aus B.)

Diese drohende Gewalt seitens des Staates, die nicht länger nur psy-

chisch, sondern jetzt, durch die Schilde der Polizei, auch physisch wirkte, macht ihm deutlich, dass sich hier nun wirklich etwas ereignet, dass sich ein grundlegender Wandel anbahnt. Kreist die gesamte biographische Erzählung um einen moralischen Reifungsprozess, so wird hier sein politisches Schlüsselerslebnis, dem roten Faden seiner erzählten Biographie gemäß, als ein moralisches Erlebnis für ihn wahrnehmbar. In dieser Situation ändert sich seine Verhaltensweise insofern, als er jetzt offenbar bereit ist, öffentlich und aktiv an der Bewegung teilzunehmen:

„[...] man hatte eigentlich schon deutlich das Gefühl ohne dass man da an Deutsche Einheit oder sonst was gedacht hat, überhaupt nicht eigentlich, ich jedenfalls nicht, mit einer stillen Hoffnung vielleicht unbewusst im Hintergrund, aber nicht als Zielvorgabe, da hat man dann nicht nur gemerkt, dass die DDR an ihre Grenzen stößt, sondern über ihre Grenzen hinaus wirtschaftet, ökonomisch, aber auch ideologisch, [...]“ (C. aus B.)

Der über seine kirchliche Arbeit einsetzende Politisierungsprozess und die Erfahrung der real von den Trägern des politischen Systems ausgehenden gewalttätigen Bedrohung vollenden insofern die Entwicklung seiner Selbstfindung, als er sich nun deutlich und öffentlich gegen das System wendet. Der vorher so vorsichtige und konfliktscheue Mann ist wie der spätere Bürgermeister von N. bereit, in Gemeinschaft mit Gleichgesinnten Risiken einzugehen – mit dem Unterschied, dass der Bürgermeister von N. bereits Erfahrungen mit den Folgen oppositioneller Haltung gegenüber dem System hat und sich die tatsächlich verspürte Gefahr damit etwas relativiert. Das stark emotionale Schlüsselerslebnis und die aus ihm hervorgehende politische Ratlosigkeit, die sich in einem nicht näher beschreibbaren Gefühl manifestiert, dass sich irgendetwas er-

eignen müsse, weil es so nicht weitergehen könne, führt nicht zu passivem Abwarten, sondern zur Aktion. Er begründet das Neue Forum in B. mit, organisiert erste Treffen in seiner Privatwohnung und er beteiligt sich an dem Versuch, die Stasi-Akten in der Stadt sicherzustellen. Seine Rolle in diesen Aktivitäten beschränkte sich hier nicht auf ein Mitläufertum, vielmehr wird er, immer in Gemeinschaft mit Anderen, zu einer der tragenden Figuren der friedlichen Revolution in B. Dies führt letztlich auch zur aus den CDU-Reihen des alten Stadtrates vorgebrachten Anfrage nach der Übernahme des Bürgermeisteramtes:

„Und da bin ich dann gefragt worden vom ehemaligen Stadtrat, also einer der ersten Legislaturperiode, ob ich bereit wäre, das Bürgermeisteramt zu übernehmen, das war zunächst eine Frage, die mir in einer Privatwohnung persönlich an mich gerichtet wurde, in einem ganz kleinen Kreis von drei/vier Leuten, da spielte auch der Hinweis des einen oder anderen eine Rolle, die mich, aus welchen Gründen auch immer dafür geeignet hielten“ (C. aus B.)

Weiter beschreibt er die Entwicklung seiner persönlichen Entscheidung zur Übernahme des Amtes:

„Ich hatte mich damit dann relativ schwer getan, also ich bin nicht mit fliegenden Fahnen in die Entscheidung gegangen, vor allen Dingen deshalb, weil ich ja überhaupt keine praktische politische Erfahrung hatte, also mit Ausnahme dieser Sachen, die ich da gerade benannt habe, aber keine Verwaltungspraxis oder irgendwie so etwas, weitgehend konnte ich mir das auch gar nicht vorstellen, und ich habe mich dann mit meinen kirchlichen Vorgesetzten sehr intensiv beraten auch deshalb, weil ich ja so zu sagen aus dem kirchlichen Dienst ausschied, was ja auch ganz praktische Überlegungen zur Folge hatte, was wird das dann eigentlich mal, wie geht das mit Versorgungsansprüchen und dies und jenes, und man läuft so ja auch eigentlich nicht aus jeder Arbeit weg, ich hab ja meine kirchliche Arbeit ja auch sehr gerne gemacht“ (C. aus B.)

Die Entscheidung zur Kandidatur für das Amt des Bürgermeisters läuft in für

ihn untrennbarer Verbindung mit dem Eintritt in die CDU:

„Und ich bin dann in die CDU eingetreten, das lag nah und das lag nicht nah, beides, also zu DDR-Zeiten, haben wir immer versucht, einen bewusst großen Abstand zur CDU zu halten. [...] ich habe mir aber dann gesagt, okay, also wenn es dann hier einen demokratischen Ansatz gibt, dann findest du dich möglicherweise dort am besten wieder [...] die Freunde aus dem neuen Forum haben sich dann ganz unterschiedlichen politischen Gruppierungen angeschlossen, manche sind in dem Falle bei der SPD gelandet, manche beim Bündnis, manche bei der CDU, das war ganz unterschiedlich, aber das war damals auch eine Entscheidung, die man sehr aus dem Bauch und aus der Hosentasche heraus getroffen hat, nicht ich will da oder dort hin, sondern wo könnte ich am besten hereinpassen von meinem wertekonservativ oder, weiß ich, einer der besonders die Ökologie im Blick hat, so fühle ich mich mehr da in die Richtung, also, ich glaub', das war gar nicht so bewusst“ (C. aus B.)

Der spätere Bürgermeister von B. entscheidet sich zur Übernahme des Amtes weder unüberlegt und spontan noch um ganz bewusst ein (in diesem Fall wie auch bei fast allen anderen vertretenen Kollegen aus der Region) nicht vorhandenes, konkretes politisches Konzept umzusetzen. Vielmehr wägt er seine Befähigung zu diesem Amt verbunden mit pragmatischen Überlegungen beispielsweise zu möglichen Versorgungsansprüchen ab.

Die Übernahme eines politischen Amtes im Rahmen eines aus der alten Bundesrepublik importierten politischen Systems geht für ihn notwendig mit einer politischen Selbstverortung und Einordnung in den etablierten Mustern dieses neuen politischen Systems einher. Die Entscheidung für eine Partei erfolgt mehr oder weniger „aus dem Bauch heraus“. Die grundlegende Frage ist nicht, was er erreichen will und wo er selbst sich verorten möchte, sondern etwa „Wo könnte ich am besten reinpassen?“ Dieses

Verhalten beschreibt er für alle Mitglieder des Neuen Forums in seiner Stadt so. Die eigene, genuin ostdeutsche Interessengemeinschaft löst sich zugunsten einer allgemeinen Ein- und Unterordnung in das politische System der Bundesrepublik auf. Ungeachtet der relativ zufälligen Verortung im westdeutschen Parteiensystem vollzieht sich der definitive Einstieg in das bundesdeutsche politische System von Anfang an über die etablierten Mittelinstitutionen dieses Systems, die Parteien. Es kommt weder zur Gründung einer eigenen Partei mit von den westdeutschen Parteien unabhängigem Bestand über die Wiedervereinigung hinaus (abgesehen von der in PDS umbenannten SED, die zumindest in den ersten Jahren der Berliner Republik als genuine Ost-Partei angesehen wurde), noch ergreifen die ostdeutschen Kommunalpolitiker die Möglichkeit einer parteilosen Kandidatur mit oder ohne Unterstützung einer der „importierten“ Parteien.

Die beiden oppositionellen Ethopolitiker unterschiedlicher Ausprägung finden ihre Entsprechung im anderen Extremtyp, dem opportunistischen Karrieristen. Beispiele für diesen ostdeutschen Politikertyp sind die Bürgermeister von W. und H. Beide waren schon zu DDR-Zeiten in Blockparteien aktiv, der eine als Mitglied der CDU und Ost-Bürgermeister einer sehr kleinen Gemeinde, der andere als Mitglied der Nationalliberalen. Den Weg in die Politik beschreiben beide als die Konsequenz legitim empfundener opportunistischer Motive, den Eintritt in die jeweilige Partei als Schutz bzw. Instrument zur Realisierung persönlicher Ziele:

In der Wahrnehmung des Bürgermeisters von W. ist das gesamte gesellschaftliche Leben bestimmt von Politik. Diese Einsicht erscheint ihm so wich-

tig, dass er sie seiner eigentlichen Lebensgeschichte vorausschickt. Diese Auffassung führt er selbst auf seine kommunistische Erziehung zurück, zu der er sich offen bekennt. Beide Eltern waren Mitglieder der SED. Die politische Erziehung durch die staatlichen Institutionen, die er von Kindergarten und Schule über die Organisationen der Jungen Pioniere und der FDJ bis hin zur Nationalen Volksarmee durchlief, prägte ihn stark und vermittelte ihm eine politisch-gesellschaftliche Idealvorstellung, die für ihn jedoch zu Beginn seines Studiums zerbrach:

„Und dort wurde ich in die Realität des Lebens entlassen. Und es ist diese Idealvorstellung, nach der ich vom Staat und vom Elternhaus erzogen wurde, zusammengebrochen. Das heißt, ich musste mich dann zwangsläufig mit der eigentlichen Politik – Staatspolitik und Wirtschaftspolitik – beschäftigen, um einfach die Konflikte, die ich hatte, überhaupt verstehen zu können.“ (W. aus W.)

Eine nähere Beschreibung des Grundes für den Zusammenbruch seines sozialistischen Ideals erfolgt ebenso wie eine nähere Beschreibung der Konflikte, die sich für ihn ergaben (deutlich später im Text):

„Solche Beispiele wie bei der Verleihung des Karl-Marx-Ordens unserer Sektion wurden eben unsere Labore – Elektroniklabor – von der alten Technik befreit [Aufnahmefehler] da reingestellt, weil ja ein Staatsmann gekommen ist. Da wurden die Toiletten renoviert und die Aufgänge renoviert, damit er alles sieht, dass es wunderschön ist. Und solche Sachen hat man natürlich miterlebt und musste man verarbeiten. Und als der wieder weg war, wurde die alte Technik wieder 'reingeräumt in unser Labor.“ (W. aus W.)

Diesen Konflikten zum Trotz erfolgt kein im Gegensatz zur staatlichen Lehre stehender innerer Politisierungsprozess. Vielmehr nimmt der spätere Bürgermeister von W. weiterhin politische Ämter an und entwickelt hier einen sehr praktikablen Opportunismus, den er aus heutiger Perspektive als Opposition darstellt:

„Dann beim Studium hat man mich wieder in die Seminarleitung 'rein gewählt, also von unserer Seminargruppe und dort sollte ich für Agitation und Propaganda Führung machen. [...] und das ist mir dann bis zum vierten [...] Studienjahr hängen geblieben, der Posten, obwohl ich nicht in der Partei war und obwohl ich eigentlich politisch nicht pro gewesen bin – staatsmäßig jetzt. Aber nach außen hin war's eben so, da hat's den Anschein gehabt, ich hab' regelmäßig meine Versammlung gemacht und wir haben auch diskutiert, also es ist nicht so, dass ich contrarevolutionär oder sowas war, also das will ich nicht behaupten [...] so dass wir also unter uns, unter unseresgleichen doch sehr, sehr stark politisch diskutiert haben. [...] Und das habe ich immer zum Anlass genommen, in meinen Seminaren darüber zu sprechen. Also nicht das, was der Staat wollte, also was das Formular vorgegeben hat, sondern das, was aktuell war, und dann ganz sachlich. Wir wurden ja nicht kontrolliert. Ich hab' dann bloß einen Bericht schreiben müssen und in dem Bericht hab' ich natürlich das dann 'reingeschrieben, was man wollte, da war ich immer gut.“ (W. aus W.)

Ordnungsgemäß schließt er sein Studium ab und arbeitet in der Folge als Elektronik-Ingenieur im Rechenzentrum des DDR-Außenhandels und später als Wartungsingenieur an großen EDV-Anlagen. Die politische Indoktrination setzte sich auch in dieser Zeit durch Gespräche zu politischen Fragen mit dem Direktor, von ihm im DDR-Jargon als „FDJ-Gespräche“ bezeichnet, fort, und auch eine spätere Ausbildung zum Berufsschullehrer brachte erneut die durch den Lehrplan bestimmte Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus mit sich. Sein Leben in der DDR fasst er denn auch wie folgt zusammen:

„Also mein ganzes Leben ist faktisch durchwachsen gewesen mit der Frage der Konfrontation mit politische Ereignissen und mit Stellungen und Meinungen, die man von mir gefordert hat.“ (W. aus W.)

Zu einer über diese Anforderungen, denen er in seinem realistischen und instrumentell orientierten Arrangement mit dem System nachkommt, hinaus-

gehenden politischen Aktivität ist der spätere Bürgermeister von W. nur bereit, wenn es um die Verwirklichung persönlicher Ziele geht. Sein Eintritt in die NDPD erfolgt dementsprechend wie auch bereits seine Umschulung zum Berufsschullehrer ausschließlich aus dem opportunistischen Kalkül heraus, hierdurch größere Chancen für die Genehmigung zum Aufbau eines selbständigen Gewerbes zu erlangen:

„Und ich habe auf Grund dieser Tatsache, dass ich '87 die Ablehnung gekriegt habe, '88 den Schritt getan, in die damalige Blockpartei der SED, in die Nationaldemokratische Partei [...] einzutreten, das ist die Partei der Handwerker gewesen. Und dort wurde mir versprochen, weil man auch schon Beispiele hatte, wenn man Mitglied ist, dass man eine größere Chance hat, dass eine Genehmigung erteilt wird. Und da bin ich faktisch Liberaler geworden.“ (W. aus W.)

Die opportunistischen Motive zum Parteieintritt werden nicht verschleiert, sondern offen zugegeben und demnach nicht als illegitim betrachtet. Ebenso legitim erscheint dem schon zu DDR-Zeiten amtierenden Bürgermeister von H. die Übernahme seines Amtes. Noch während der Schulzeit tritt er in die CDU-Blockpartei ein:

„Und dann, ich bin also während der Schulzeit noch in die CDU eingetreten, einfach aus dem Grund, weil erstens bin ich christlich erzogen und bekenne mich auch dazu, zum anderen hatte ich so meine Ruhe, dass sie mir nicht auf die Ketten gegangen sind, die Kommunisten letztendlich.“ (L. aus H.) „Das war zu DDR-Zeiten so, wenn man dann, wenn man das Gymnasium gemacht hat, und dann studieren wollte, es sind ständig welche gekommen, die die Leute agitiert haben, dass sie in die damals führende Partei SED eintreten. So, und da hab ich gedacht, das muss ich mir nicht antun unbedingt, ich bin christlich erzogen, gehst du in die CDU.“ (L. aus H.)

Wie auch im Fall des Ethospolitikers von N. fällt die Wahl auf die christliche Blockpartei. Die Auswahl unter einer der Blockparteien erscheint gegenüber dem Eintritt in eine Par-

tei außer der SED zweitrangig und beliebig. Die christliche Erziehung und die später erwähnte Einbindung in die Kirchengemeinde durch die Jugendarbeit liefert ihm den nötigen Anhaltspunkt.⁴⁹ Konflikte mit dem System ergeben sich in der Schulzeit offenbar nicht:

„Sicherlich, ich hab da immer, ich hab da keine Berührungängste gehabt. Ich bin natürlich nicht so großartig hervorgetreten. Ich war also weder, zu DDR-Zeiten, weder FDJ-Sekretär, noch irgendwas anderes. Ich war zwar überall dabei, wie alle dabei sein mussten, aber ich habe da keine großartige Funktion innegehabt. Ich bin auch kein Mann, der sehr gerne große Reden hält und sich da interpretiert.“ (L. aus H.)

Ein möglicher Handlungsbedarf in Reaktion auf Repressionen seitens der offiziellen DDR-Führung besteht ebenso wenig. Nachdem er ebenso wie der Bürgermeister von W. nach seinem Abitur den Militärdienst abgeleistet hat, beginnt er ein zahnmedizinisches Studium in Berlin. Nach dem frühen Abbruch des Studiums und seiner Rückkehr in den Heimatort ergibt sich für ihn aufgrund persönlicher Kontakte trotz der fehlenden beruflichen Ausbildung die Möglichkeit zur Übernahme eines Jobs. Ohne Scheu, welche durch die zuvor geäußerte Missbilligung der „Kommunisten“ hätte erwartet werden können, übernimmt er die Tätigkeit im höchsten politischen Organ der kommunalen Ebene der DDR, dem Rat des Kreises. Aus seinem beruflichen Umfeld erwachsen für ihn weder Legitimationsprobleme noch innere Konflikte:

„So, und da bin ich eigentlich ganz gut gefahren, und da kam der Kreissekretär auf mich drauf zu, und sprach mich eben an, ob das was für mich wäre, als Bürgermeister zu arbeiten. Letztendlich auch zu kandidieren, obwohl man das ja für die Zeit ein bisschen muss in Klammern setzen, das war ja schon festgelegt, das war ja keine Wahl in dem Sinne dann. Jedenfalls habe ich das überlegt und bin dann zu der Auffassung gekommen, warum nicht, das haste noch

nie gemacht, das ist mal was Neues, und habe gesagt okay, das wäre was, ich wäre bereit dazu, und da bin ich dann nach einem Jahr, habe ich dann damals für den Rat des Kreises gearbeitet, bin dann nach einem Jahr raus nach [Ort in der näheren Umgebung] in die Gemeinde, und habe dann ein halbes Jahr später, 1989 im Frühjahr wieder, die letzten DDR-Wahlen, und bin dann faktisch, ich will nicht sagen gewählt, aber bestätigt worden, so war das ja, habe das gemacht.“ (L. aus H.)

Der offenbar vergleichsweise unüberlegten Übernahme eines politischen Amtes stehen keine moralischen Skrupel entgegen, vielmehr wird der neue Beruf als persönliche Herausforderung und beruflicher Aufstieg angesehen. Zur Übernahme des Amtes könnte neben der als Auszeichnung begriffenen Aufforderung des Kreissekretärs auch die Verbundenheit zum Heimatort ausschlaggebend gewesen sein. Auch die bewusste Wahrnehmung der faktisch irrelevanten Wahlen wird nicht als konfliktlösend thematisiert, sondern als legitim begriffen. Ebenso reibungslos, wie er sich in die politische Tätigkeit zu DDR-Zeiten einfand, werden die rasche opportunistische Umorientierung und der Übergang in die durch Wende und Wiedervereinigung determinierte postsozialistische Zeit vollzogen:

„Und dann kamen die ganzen Turbulenzen mit der Wende, das war also eine sehr interessante Zeit, und dort ging es richtig heiß her, viele Diskussionen und Versammlungen und alles gemacht und bis dann die neuen Wahlen kamen, 1990, da habe ich mich wieder zur Wahl gestellt, ich habe also, muss ich dazu sagen, sofort '89 auch den Gemeinden, ich habe da nie Probleme gehabt, sofort geöffnet, diesen ganzen Bewegungen, aus der Bürgerbewegung die ganzen Gruppen, die da alles kamen, ich sage: Tür und Tor stehen offen, ihr könnt euch da mit hinsetzen und mitmachen und mitdiskutieren, und das ist was vernünftiges, ich mache hier keine Parteipolitik, das ist nie mein Stil gewesen, sondern ich wollte immer was tun für die Bürger, die hier leben, für die Gemeinde, weil ich bin auch hier groß geworden und wohne hier,

und es ist halt meine Aufgabe dann hier etwas zu tun, denke ich, und so hat es sich dann wirklich ergeben, es kamen ja die neuen Wahlen 1990, und dort bin ich also mit wirklich großer Mehrheit, ich hatte 89% der Erststimmen, das erste mal demokratisch gewählt worden.“ (L. aus H.)

Weder in seiner persönlichen Lebensgeschichte noch in seiner Erzählung stellt die Wende einen Bruch dar. Sie wird als eine von vielen Stationen in seinem beruflichen Werdegang beschrieben. Den Bürgerbewegungen steht er ebenso offen aber unbeteiligt gegenüber wie dem vorher regierenden SED-Regime. Seine opportunistische Zusammenarbeit mit der SED-Kreisleitung führt nicht, wie im Fall des Bürgermeisters von F., zu einem zumindest vorübergehenden Bruch in der politischen Karriere. Den Grund dafür beschreibt er am Ende seines Interviews:

„Das ist vielleicht auch eine große Schwierigkeit, wo viele damit ein Problem haben, ja, das war so schön gewesen, die ganzen Jahre, warum ist das plötzlich anders, und das kann ich nicht, das war immer so. Es ist halt eine neue Situation, man muss sich da auch manchmal verändern. Und die Zeit bei uns ist halt schnellebig, jetzt, heutzutage, das ist überall so. Man muss sich den neuen Gegebenheiten eben stellen, und sagen, jetzt gehen wir einen anderen Weg, der ist auch nicht schlecht, und plötzlich habe ich ein vernünftiges Ergebnis.“ (L. aus H.)

Die interviewten ostdeutschen Bürgermeister rekrutieren sich gänzlich aus beruflichen und gesellschaftlichen Nischen des DDR-Systems: Gesellschaftlich aus dem Umfeld der evangelischen Kirche, beruflich meist aus technischen Professionen.⁵⁰ Die Wahl technischer Berufe geht meist auf die bewusste Entscheidung gegen einen der anderen, durch die Besetzung von SED-Parteiorganisationen politisierten Berufszweige zurück. Nur wenige der ostdeutschen Gesprächspartner standen in öffentlicher Opposition zum SED-Regime; für den Bürgermeister

von B. trifft dies mehr unbeabsichtigt über sein kirchliches Amt zu, der Bürgermeister von Z. gibt an, auf kommunaler Ebene insofern öffentlich oppositionell gewesen zu sein, als er sich geweigert habe, seine Redebeiträge in der kommunalen Gemeindevertretung vorher schriftlich einzureichen. Die Verwunderung des Bürgermeisters von N. über die unerwartete, in der Wende zutage getretene Kraft und Dynamik außerhalb der SED geht zurück auf das Fehlen einer der politischen Solidarnosc vergleichbaren öffentlichen Opposition zugunsten eines individuellen Arrangements mit dem politischen System in der DDR. Alle in der ostdeutschen Vergleichsregion interviewten Bürgermeister sehen sich selbst, zumindest aus heutiger Perspektive, als innerlich langjährige Gegner des Systems. Trotzdem ist keiner an der Einleitung der politikgesellschaftlichen Wende in der DDR beteiligt, selbst die moralisch und sozial motivierten späteren Bürgermeister „springen auf den bereits fahrenden Zug auf“⁵¹. Politische Beteiligung erfolgt vor allem bei den Karrieristen erst in dem Moment, in dem die Unausweichlichkeit der Wende und das Erfordernis einer Stellungnahme von persönlicher oder Parteiseite spürbar wird.

Die moralische Motivation der als Ethospolitiker zu klassifizierenden Bürgermeister von B., S., N. und auch Z. bewirkt ein oppositionell-politisches Engagement bereits zu DDR-Zeiten bzw. in einer vergleichsweise frühen Phase der Wende. Die ursprüngliche moralische und sozialverantwortliche Motivation zur Übernahme des Bürgermeisterramtes mischt sich bei diesen Kommunalpolitikern mittlerweile ebenso wie bei ihren eher opportunistischen Kollegen, die das Amt mehr als Beruf denn als Berufung

betrachten und sich in der Regel durch die Aufforderung zur Übernahme des Amtes verpflichtet fühlten, mit dem Spaß an und der persönlichen Herausforderung in der Arbeit.

Die opportunistischen Karrieristen zeichnen sich durch eine verstärkte Betonung und Bewertung des Privaten gegenüber dem Öffentlich-Politischen aus, was sich nicht nur in der Darstellung ihres Erlebens der Wende, auf die im nächsten Kapitel näher eingegangen wird, zeigt. Eine sehr typische Formulierung bringt in diesem Zusammenhang der Bürgermeister von F.:

„Das war also bekannt, ohne dass ich jetzt auf die Barrikaden gegangen bin, kein Freiheitskämpfer oder was, ich habe einfach ein ordentliches und normales Leben geführt.“ (S. aus F.)

„... Eine Arbeit ausführen, die in sich die Befriedigung enthält, die man braucht, um eigentlich total sich wohl zu fühlen.“ (E. aus N.)

Westdeutsche Politiker – zwischen sozialem Engagement und professioneller Karriere

Der größte Teil der in der westdeutschen Vergleichsregion interviewten Kommunalpolitiker lässt sich auf einer Achse zwischen den Extremen professioneller politischer Karriere und teilweise moralisch motivierten sozialen Engagements verorten. Die Motivationen der Bürgermeister bewegen sich zwischen persönlichem Interesse für das Amt (beispielsweise in N. und H.), Verpflichtung gegenüber und Dienst an der Partei (beispielsweise in M. und U.) und dem Willen zum Dienst an den Bürgern und am (Heimat-)Ort (beispielsweise in S. und E.). Dabei ist zumindest in größeren Städten

entgegen den Erzählungen aus dem deutschen Osten professionelle Politik nicht vom Feld lokaler Politik getrennt. Zudem bekennen sich die westdeutschen Bürgermeister in der Regel bewusst zum politischen Charakter ihres Amtes.

Als Sozialpolitiker stellen sich unter anderem die Gesprächspartner in E. und S. dar. Nach dem Abbruch seines Lehramtsstudiums und der von seinen Eltern forcierten Rückkehr in den Heimatort nimmt der spätere Bürgermeister von E. eine Schicht-Arbeitsstelle in einer der Akkordkolonnen eines ortsansässigen Betriebes an und arbeitet dort zunächst aus Scham und Schuldbewusstsein die von seinen Eltern für das abgebrochene Studium aufgebrauchte finanzielle Unterstützung ab. Nach dem Beispiel seines Vaters tritt er in die Gewerkschaft ein, beginnt mit der Nominierung zu den Vertrauensleutewahlen sein politisches Engagement und wird sofort zum Vertrauensleutenvorsitzenden gewählt, einem Amt, das er sehr ernst nimmt:

„... habe ich mir gedacht, um Gottes Willen, was hast du denn jetzt angerichtet, was kommt auf dich zu. Hatte paar Wochen später dann die erste Versammlung, habe mir in der Zwischenzeit das ganze zur Verfügung stehende schriftliche Material zu Gemüte geführt.“ (C. aus E.)

Drei Jahre nach der erfolgreichen Kandidatur gegen seinen langjährigen Vorgänger zum Betriebsrat wird er Betriebsratsvorsitzender und übernimmt in der Folge als Vertrauensperson der Belegschaft die wichtigsten ehrenamtlichen Funktionen im Betrieb,⁵² bis er schließlich als freigestellter Betriebsrat hauptamtlich für die Belange der Belegschaft eintritt. Sein Verantwortungs- und Gerechtigkeitsgefühl zeigt sich ebenso wie das ihm eigene bewusste und konfliktbereite Eintreten für seine Ideen beispielsweise in der

sehr unpopulären Entscheidung, als Betriebsrat nicht für die Versorgung des Personals mit preiswerten Waren zu sorgen, sondern gewissenhaft für deren arbeitsbezogene Bedürfnisse einzutreten und für sie da zu sein. Die Ablehnung von bewusster Popularität und populistischem Verhalten zieht sich wie ein roter Faden durch seine Erzählung:

„Worauf ich überhaupt nichts gebe, ist die so genannte Popularität. Das ist Herbstlaub.“ (C. aus E.)

Als von seiner beruflichen bzw. gewerkschaftlichen Lebensgeschichte unabhängig beschreibt er seinen zwischenzeitlich erfolgten Eintritt in die SPD, den er als einziger der Befragten aus dem westdeutschen Teil ohne Ansprache allein aufgrund persönlicher bewusster Entscheidung vollzieht. Den Eintritt in die Partei beschreibt er wie auch die Übernahme des örtlichen Juso-Vorsitzes und die Wahl zum Stadtrat gegenüber seiner Arbeit im Betrieb als eher nebensächlich:

„Und zur Partei kam ich auch irgendwann. Ich habe es ja schon mal kurz erwähnt, und zwar am ersten März 1972, im Zuge der Diskussion um die Ostverträge, gewählt habe ich die SPD ja immer, und da habe ich gedacht, [...] jetzt musst du mal Farbe bekennen, bin also in die Partei eingetreten, zum Entzücken eines ehemaligen Studienkollegen, der damals die Juso-Gruppe hatte, aber im März in den Stadtrat gekommen ist, das dann nicht mehr gebraucht hat, die hat er mir dann gleich in die Hand gedrückt.“ (C. aus E.)

Sein weiterer lokalpolitischer Weg vollzieht sich dann auf für die westdeutschen Kommunalpolitiker typischem Weg über einen kontinuierlichen Aufstieg innerhalb der kommunalen Ämter:

„Na ja, war dann in der Partei sehr tatkräftig, Arbeit ist ja immer gefragt, habe dann jahrelang erst mal Plakate geklebt, Prospekte vertragen und so weiter, '78 bei der Kommunalwahl haben sie gemeint, sie müssten mich auch mit auf die Liste setzen, habe ich gesagt, wenn ihr meint, habe da auch keinen großen

Ehrgeiz gehabt, war dann auf Platz elf oder was und bin dann auf Platz sieben gelandet, also etliche Plätze verbessert, und bei der nächsten Wahl '84 war ich dann wieder so auf Platz sieben und bin dann auf Platz drei oder zwei oder was gelandet, also auch so weit nicht mehr vom OB, und '84 begann dann das Unglück, da hätten wir einen zweiten Bürgermeister gebraucht, und dann haben die gemeint, aufgrund meiner Wahlergebnisse müsste ich das machen. Ich hätte viel lieber Fraktionsvorsitzender gemacht, da hätte ich ein wenig streiten können.“ (C. aus E.)

Dabei zeigt er sich zwar aktiv in der Partei, die Initiative zur Kandidatur kommt aber jeweils von außen. Die Motivation zur Amtsübernahme liegt für ihn vor allem in der persönlichen Verbundenheit zu seiner Heimatstadt:

„... bin also dann [...] zum zweiten Bürgermeister vereidigt worden, eine Kollegin hat gesagt, wo ich den Eid gesprochen habe, hat sie ganz klar nebenbei gehört ‚Gott schütze E‘, war natürlich ein Flachs, aber ... Habe dann fünf Jahre den Job als zweiter Bürgermeister neben der betrieblichen Tätigkeit gemacht, das war insofern etwas anstrengend, weil mein Vorgänger im Amt in Praxis zweieinhalb Jahre ausgefallen war, krankheitsbedingt.“ (C. aus E.)

Nach dem Tod seines Amtsvorgängers kandidiert er erfolgreich zum Bürgermeister der Stadt. Als solcher betreibt er die vorher auf betrieblicher Ebene durchgeführte Arbeit auf der städtischen Ebene weiter. Dabei sind ihm persönliche Kontakte mit den Bürgern sehr wichtig, zumal es sein erklärtes Ziel darstellt, den Bürgern, für die er sich verantwortlich fühlt, ein gutes Leben zu ermöglichen und dafür zu sorgen, dass sie bekommen, was ihnen zusteht:

„Und ich denke, es ist wichtig, dass man in so einer Wirtschaft, zum Vorstand vom Unternehmen XY den gleichen Kontakt hat und die gleiche Kontaktmöglichkeit, wie zu der Rentnerin, die sich nicht traut, ein Wohngeld zu beantragen, weil das in ihrem Verständnis nicht drin ist.“ (C. aus E.)

Dabei fungiert er in mehreren von ihm beschriebenen Fällen, beispielsweise in der Beratung eines jungen, unge-

wollt schwangeren Mädchens oder als „Briefkastendame“ für eine 15-Jährige, tatsächlich als „Sozialarbeiter“⁵³, dem seine Bürger ihr Vertrauen schenken.⁵⁴ Sein persönliches Berufsethos, das auch das des ebenfalls gewerkschaftlich engagierten Vaters darstellte, überträgt der Bürgermeister von E. auf sein Bürgermeisteramt:

„Das war die oberste Maxime genau wie da in dem Job, wenn man auf Dankbarkeit rechnet, dann ist man wirklich fehl am Platz. Entweder man macht es, oder man lässt es gehen.“ (C. aus E.)

Die Bereitschaft zum Engagement wird dem ehrenamtlichen Bürgermeister von S. bereits durch sein Elternhaus vermittelt, das er, wie sich selbst auch, als unpolitisch beschreibt. In seinem sozialen und auf den Heimatort bezogenen Verantwortungsgefühl liegt auch die Motivation zur Ausübung seines Amtes:

„Einfach das Interesse. An der Ortschaft. Ja, das Interesse, dass also da, ja, ich fühle mich halt hier Zuhause. Das ist meine Heimat, kann man sagen, ja, bis auf die zehn Jahre, wo ich in [Ortsname] fünf Kilometer weiter gewohnt habe, bin ich einfach hier, schon von Berufswegen Zuhause, ich bin mit der Familie da, meine Geschwister, meine Mutter lebt noch, ja, vom Verein her, vom Vereinsgeschehen her, ich bin einfach da eingebunden.“ (W. aus S.)

Geboren und aufgewachsen in S., zieht er nach einer dem beruflichen Weg der Eltern folgenden Ausbildung bei der Post und seiner Wehrdienstzeit zunächst bedingt durch seine Heirat in einen Ort in der Nähe, von dem aus er aber wenige Jahre später nach S. zurückkehrt, um dort zu bauen. Durch sein intensives Engagement im Roten Kreuz, das sich „schön langsam“ von der Teilnahme an einem Erste-Hilfe-Kurs in der Schulzeit, über Engagement und leitende Funktion im Jugendrotkreuz, die Übernahme des Amtes des stellvertretenden Kolonnenführers im Ort bis hin zum „Chef“ des Roten Kreuzes auf Kreisebene

entwickelte, wird er nach seiner Rückkehr nach S. gefragt, ob er für den Stadtrat kandidieren wolle. Aufgrund seines Verantwortungsgefühls für den Ort zeigt er sich bereit dazu, möchte aber wegen seiner aus dem Hausbau resultierenden geringen zeitlichen Verfügbarkeit nur auf einer Nachrückerposition kandidieren. Dies ist für ihn aber nicht mit einem Parteieintritt verbunden, den er aus persönlichen Disharmonien mit der örtlichen Parteileitung bis heute ablehnt. Nachdem er nach vier Jahren in den Gemeinderat nachrückt, wird er vom Kreisvorsitzenden der SPD gefragt, ob er als Kandidat für das Amt des Bürgermeisters zur Verfügung stehe. Nach seiner erfolgreichen Wahl stellt sich für ihn die Ehrenamtlichkeit des Bürgermeisterpostens in einer so kleinen Gemeinde wie seiner als problematisch dar, da er an Vormittagsveranstaltungen wichtiger Gremien nicht teilnehmen kann. Er erachtet es als wichtig, seinen Ort an den entsprechenden Stellen ins Gespräch zu bringen. Sein Hauptaugenmerk liegt aber in seinen Aufgaben in der Gemeinde, die für ihn weit über die Repräsentation der Gemeinde nach innen hinausgehen:

„dass man sich hier auch um die Vereine kümmert [...] dass wenn dort Probleme sind, dass man versucht, ein bisschen einzugreifen, ja, dass man sich auch bei den Jahreshauptversammlungen, wenn man gemerkt hat, da hoppelt es ein wenig, da fehlt der Vorstand, da fehlt einer, dass man da ein wenig eingreift und versucht, den ein oder anderen zu bewegen, dass er das ein wenig macht.“ (W. aus S.)

Dabei versteht er sich selbst als „Kümmerer und Reparierer“. Wie auch der Bürgermeister und Volksschulleiter von T. ist der Bürgermeister von S. in seiner Tätigkeit als Postzusteller täglich greifbar. Dabei hat er dem Bürgermeister von E. voraus, dass er fast jeden Bürger des Ortes kennt. Teamgeist und ein kollegialer Führungsstil zeichnet

alle vorwiegend sozial motivierten Bürgermeister aus. Die aus ihrem karitativen Engagement für ihre Mitbürger gezogene Befriedigung der kommunalen Sozialpolitik beschreibt der ebenfalls zu dieser Gruppe gehörende Bürgermeister von A. – ähnlich den moralisch motivierten ostdeutschen Ethospolitikern:

„[...] und man kann den Leuten also helfen, und, ich sage mal, sie unterstützen, und das ist eigentlich das Erfreuliche an dieser ganzen Sache.“ (G. aus A.)

Als typische kommunale Karrierepolitiker lassen sich demgegenüber vor allem die Bürgermeister von H. und N. fassen. Während die meisten anderen westdeutschen Bürgermeister die Normalität ihrer Kindheit und ihres Werdegangs betonen, stellt der Bürgermeister von N. seine gesamte Erzählung über dar, wie ungewöhnlich sich sein Lebensweg und sein Weg in das Amt des Bürgermeisters vollzog:

„... bin mit zehn Jahren aufs Gymnasium gekommen, und bin dann mit elf Jahren nach Bonn gezogen, habe dort ein halbes Jahr übersprungen, weil mein Vater [...] von Nürnberg nach Bonn gegangen ist, bin mit 16 nach Amerika gegangen, habe dann mit 18 Abitur gemacht, habe insgesamt also nur sieben deutsche höhere Schuljahre, bin mit 18 nach Kassel gegangen, [...] dann habe ich in Bonn, Genf und München studiert, [...] habe studiert Jura, politische Wissenschaften, habe in Genf in der UNO gearbeitet, in der Menschenrechtskommission, habe dann mein erstes juristisches Staatsexamen abgelegt, habe dann meine Doktorarbeit aufgenommen über die grenzüberschreitende, interkommunale Zusammenarbeit, [...] habe dann diese Dissertation zunächst beim Europarat, in Straßburg angefangen, habe dann eigentlich in Feldstudien im Ausland mit einem DAAD-Stipendium an der baden-württembergisch-schweizerischen und bayrisch-österreichischen Grenze gearbeitet, aber auch andere Euregionen besucht, [...] habe dann parallel dazu meine Referendanzzeit durchgeführt, die mich nach Niederbayern geführt hat [...] habe dann mein zweites juristisches Staatsexamen in München gemacht, ich habe dann meine Dissertation zu Ende geführt, [...] und bin dann 1977

in den bayrischen Staatsdienst eingetreten als Regierungsrat zur Anstellung, und bin damals, und, bereits nach [Name der westdeutschen Vergleichsregion] abgeordnet worden [...] Ich war dann hauptamtlicher Ausbilder der Juristenausbildung [...] und bin dann Sachgebietsleiter für Baurecht bei der Regierung von [Name der westdeutschen Vergleichsregion] geworden“ (E. aus N.)

Zur Politik kommt der heutige Bürgermeister schließlich durch die Anfrage eines SPD-Funktionärs, ob er zum Bürgermeister von N. kandidieren wolle. Da ihn das Amt reizt, setzt er alles daran, die Wahl zu gewinnen. Dazu lässt er sich drei Monate vor dem Wahltermin beurlauben, um diese Zeit dem Wahlkampf zu widmen und Hausbesuche in N. durchzuführen. Zusätzlich motiviert ihn die Situation des Wettkampfes, vor allem, da ihm der Gegenkandidat und langjährige Bürgermeister der Stadt aus seiner Zeit als Jurist einer Aufsichtsbehörde durch lange gegen diesen geführte Prozesse bekannt ist. Die hieraus gewonnene Kenntnis seiner Schwächen macht sich der spätere Bürgermeister von N. im Wahlkampf zunutze.

Den Wahlkampf schildert er als eines der großen Themen, die sich durch seine gesamte Erzählung ziehen, und noch viel stärker als der Bürgermeister von H. betont er den ständigen Kampf, den sein Amt mit sich bringt.⁵⁵ Dabei stellt er sich als Einzelkämpfer dar:⁵⁶

„Was man, wie man sich das vorstellt, mit Team oder so was, das ist, also bei so einem Beruf ist das nicht möglich.“ (E. aus N.)

Das Amt stellt eine neue Herausforderung für ihn dar, und die Aussicht auf die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung und zu persönlichem Erfolg motiviert ihn zu dem Amt, in dem er heute seine „persönliche Erfüllung“ findet:

„Und was mir hier an der Arbeit eben ganz besonders gefällt, ist, dass man, [...] was man machen will,

auch machen kann. Das heißt, man kann seine ganzen Fähigkeiten, die man hat, kann man einsetzen, Und damit eigentlich eine Arbeit ausführen, die in sich also die Befriedigung enthält, die man braucht, um eigentlich total sich wohl zu fühlen. Also, das ist dann in der Tat so, und so fühle ich mich. Fühle mich also ausgesprochen gut in meiner Arbeit, und ich habe auch den Eindruck, dass ich erfolgreich bin.“ (E. aus N.)

Seine juristische Ausbildung und seine in der Verwaltung eines nahegelegenen Landratsamtes gesammelten Erfahrungen bezeichnet er als für seine Tätigkeit außerordentlich nützlich. Der Bürgermeister versteht sich als Motor nicht nur des Ortes, sondern auch der Region, als Vorbild und vor allem innerstädtisch wie nach außen sehr einflussreiche Person:

„Also ich bin sehr, sehr bekannt. Und das hat aber andererseits natürlich zur Folge, dass ich natürlich auch ganz genau beobachtet werde, das, was ich mache, wie ich es mache, und daran kann ich auch ganz klar erkennen, dass ich doch einen großen Einfluss habe [...] Es ist so, dass ich mittlerweile natürlich einen, aus meiner Sicht also, hohen Einfluss ausüben kann. Aber natürlich ist das immer eine Sache der Diskretion. [...] Ich weiß auch, dass man über bestimmte Dinge eben auch nicht reden sollte, weil sie dann nicht mehr funktionieren. Gerade im Bereich der Diplomatie.“ (E. aus N.)

Die eigentlich von ihm angestrebte Karriere im diplomatischen Dienst zeigt sich auch in seiner Amtsführung. Der Bürgermeister sieht sich nicht nur als Manager, sondern auch als Botschafter der Stadt, und pflegt in diesem Sinne persönliche Kontakte zu politisch Verantwortlichen in Brüssel, Berlin und bei wichtigen Institutionen und Organisationen. Persönliche Kontakte rangieren in der Prioritätenliste seiner Amts- und Politikauffassung an erster Stelle. Seine häufigen Dienstreisen werden ihm innerorts offenbar vorgeworfen, er rechtfertigt diese aber mit der Aussage, die so gepflegten Kontakte und seine europaweit erlang-

te Aufmerksamkeit kommen der Stadt zugute, zumal sich – je größer die Einheit werde – alles um so mehr über Beziehungen abspiele. Der Bürgermeister schätzt sein Amt wegen seiner persönlichen Entscheidungsfreiheit, da er gern selbst entscheide.

Als professioneller Karrierepolitiker erweist sich auch der nach Macht, Einfluss und Selbstbestätigung strebende Bürgermeister von H. Aus einer Arbeiterfamilie stammend, absolviert er nach dem Abitur ein Jurastudium, wobei politisches Engagement weder in seiner Schul- noch seiner Studienzeit eine Rolle spielt. Erst nach Gründung einer Familie und mehreren Jahren Tätigkeit als Richter und Staatsanwalt wird er von einem ehemaligen Schulfreund angesprochen, ob er nicht Lust habe, für den Stadtrat zu kandidieren, man suche noch einen Juristen. Die Anwerbung durch eine Partei erfolgt also von vornherein mit dem Zweck, ihn zum Stadtrat zu machen. Der Eintritt in die Partei besteht für ihn in einer reinen Formsache:

„Und dann hat man mir auch gesagt, du, bist du eigentlich Mitglied in der SPD, habe ich gesagt, nein, aber das ist kein Problem für mich, ich bin dann halt Mitglied geworden.“ (D. aus H.)

Obwohl er in H. nicht bekannt ist, wird er mit Hilfe eines günstigen Listenplatzes Stadtrat. Die Arbeit in diesem Gremium macht ihm Spaß, er findet persönliche Erfüllung in der Tätigkeit und profiliert sich in der Fraktion durch seine juristischen Kenntnisse, seine gute Argumentation und freie Rede, so dass er bereits nach drei Jahren im Amt gefragt wird, ob er Kandidat für die Bürgermeisterwahl werden wolle. Wegen seines Hausbaus und seiner kleinen Kinder lehnt er dieses Angebot zunächst ab, wird aber Fraktionsvorsitzender und nach der Bürgermeisterwahl dann doch hauptamtlicher zweiter Bürgermeister.

In der folgenden Bürgermeisterwahl setzt er sich gegen einen anderen „neuen“ Kandidaten durch und wird Bürgermeister der Stadt. Seine Motivation zum politischen Engagement liegt in der

„Möglichkeit der politischen Einflussnahme damals, egal auf welcher Ebene, aber es bot sich für einen Anfänger sowieso nur die kommunale Ebene an“ [...] Warum [...] gibt man dann dieses doch ordentliche Leben bei der Justiz auf, davon hätte ich auch gut leben können, und begibt sich dann weiter in die Politik hinein, man schleckt dann Blut, wenn man so will. Also, oder man fängt Feuer.“ (D. aus H.)

Dazu kommt neben dem Wunsch, sich mit anderen messen zu wollen und in einem solchen Amt Selbstbestätigung zu finden, auch Ehrgeiz ins Spiel:

„Da spielt auch ein gewisser persönlicher Ehrgeiz eine Rolle mit, man will dann auch einmal gewinnen, [...] auch dieses fast sportliche Verhalten spielt eine Rolle, aber auch die Überzeugung, eine Stadt doch in wesentlichen Dingen auch in Grundzügen nach seiner politischen und persönlichen Überzeugung mitverwalten oder -gestalten, -entwickeln zu können, das fand ich sehr reizvoll.“ (D. aus H.)

Sein Hauptaugenmerk liegt bezüglich seiner Amtsführung auf der externen Repräsentation, wohingegen er die interne eher unwillig erledigt. Wichtig erscheinen ihm in seiner Erzählung vor allem die von ihm initiierten Projekte, die in seine erste, persönlich als sehr spannend empfundene Amtszeit fallen. Sich selbst versteht er als Steuermann, der die Linie für die Verwaltung vorgibt; seinen kollegialen Führungsstil begründet er mit Größe und Sachkunde der Verwaltung und der fehlenden Zeit für die persönliche Kontrolle jeder Verwaltungsentscheidung.

Allein anhand ihrer Motivation zur Übernahme und Ausführung ihres Amtes lassen sich die beschriebenen Kommunalpolitiker sehr anschaulich zwei der drei beschriebenen Politikertypen, dem zuweilen moralisch

motivierten Sozialpolitiker und dem an persönlicher Selbstverwirklichung interessierten Karrierepolitiker, zuordnen. Während die sozial engagierten Bürgermeister es als ihre Aufgabe sehen, den Bürgern ihrer Stadt zu helfen⁵⁸ und ihnen zu dienen⁵⁹, geht es im Postulat des Bürgermeisters von N. für die von fast allen westdeutschen Gesprächspartnern geforderte parteipolitische Unabhängigkeit der Bürgermeister eher um den Fortbestand seiner persönlichen, von den Parteien und Fraktionen des Ortes unbeeinflussten Entscheidungsfreiheit. Der Bürgermeister von H. versucht dagegen bewusst, Kommunalpolitik parteipolitisch nach sozialdemokratischen Prinzipien zu gestalten.

„Bürgermeister kann man nicht lernen, Bürgermeister muss man sein“ (P. aus N.)

Das Thema Karriere in Ost- und Westdeutschland

Ein deutlicher Unterschied zwischen den interviewten Kommunalpolitikern aus den alten und den neuen Bundesländern ergibt sich aus den verschiedenartigen Verläufen kommunalpolitischer Karrieren. Während im Osten berufliche Karrieren generell als politisch betrachtet wurden und deshalb in Widerspruch zu den ethisch-moralischen Maximen der SED-Gegner standen, widersprechen sich Karriere und soziales Engagement im Westen nicht, wird individuelle Karriere nicht wie im Osten negativ, sondern als erstrebenswert gesehen. Dazu ist im

Westen aktives individuelles Engagement gefordert, wohingegen die Kaderrekrutierung der DDR sich auch auf das Karriereverhalten der ostdeutschen Bürgermeister auswirkt.

„also Karriere zu machen habe ich immer abgelehnt“ (W. aus W.)

Politische Karriere in der DDR

Jede berufliche Karriere wurde in der DDR ab dem Erreichen einer bestimmten Position notwendig politisch. Die Beförderung beispielsweise auf den leitenden Posten einer Erwachsenenbildungseinrichtung war an die Mitgliedschaft des ausgewählten Kaders in der SED bzw. an den Eintritt in die Partei geknüpft. Berufliche Karrieren waren in der DDR deshalb untrennbar mit der opportunistischen Anpassung an die Erfordernisse des politischen Systems verknüpft.⁶⁰ Dem späteren Bürgermeister von N. war bereits mit dem Freiwerden der ihm übergeordneten Stelle klar, dass ihm diese angeboten werden würde; er kam der Aufforderung zum SED-Eintritt kurzfristig mit seinem Eintritt in die Block-CDU zuvor. Hieran lässt sich ein klares DDR-Verhaltensmuster erkennen, das sich auch in den anderen ostdeutschen Interviews widerspiegelt: Der von den Interviewpartnern beschriebene übliche Weg zum Eintritt in die SED und zum beruflichen Aufstieg innerhalb des Systems war, von einem Vorgesetzten oder einem Parteifunktionär zum Eintritt oder zur Übernahme einer neuen Stelle aufgefordert zu werden, es war also eine offizielle Aufforderung abzuwarten. Eine aktive Bewerbung um ein Amt wird nirgends belegt. Einer solchen Aufforderung war bereitwillig nach-

zukommen, wenn man Karrierepläne hatte. Dem Bürgermeister von N. war bewusst, dass seine durch den CDU-Eintritt nonverbal ausgesprochene Ablehnung den beruflichen Aufstieg beenden würde, was er aber in Kauf nahm, um dem „ganzen politischen Mist“ aus dem Weg zu gehen. Ein solches Verhalten wird aber als unüblich beschrieben; so steht es für den späteren Bürgermeister von W. in Schul- und Studienzeit trotz seines im Interview beschriebenen inneren Bruchs mit dem System nicht zur Disposition, die Aufforderung zur Übernahme eines Amtes auszuschlagen oder dieses Amt nach einer gewissen Zeit niederzulegen.

In den Interviews werden zwei unterschiedliche Formen schulischer und beruflicher Laufbahnen beschrieben. Die Bürgermeister von W. und H. sind die einzigen Gesprächspartner, die einen „einigermaßen normalen DDR-Ausbildungsweg“ beschreiben. Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass, wer aufgrund seines Verhaltens nicht negativ auffiel, ein Aufstieg folgte, ohne selbst aktiv werden zu müssen. Der Bürgermeister von S. beschreibt dies als eine Erziehung zur Passivität,⁶¹ die nach der Wende zu einer Desorientierung der DDR-Bürger geführt habe:

„Was völlig neu für sie war, dass man sich um verschiedene Sachen selber kümmern muss. Ne, das war dann nicht mehr so, dass man schon immer mal gesagt kriegte, was man jetzt zu machen hat, sondern man musste sich halt kümmern.“ (L. aus S.)

Allein wer durch regimekritisches Verhalten oder die Verweigerung von Loyalität gegenüber dem System aufgefallen war, musste selbst handeln, wenn er beispielsweise eine universitäre Ausbildung und eine berufliche Karriere anstrebte. Ebenso mussten diejenigen selbst aktiv werden, die nicht der SED sondern einer Blockpartei beitreten wollten – wer bereit

war, in die SED einzutreten, musste offenbar nur auf die Aufforderung zum Eintritt warten. Obwohl er Mitglied der Block-CDU war, konnte der Bürgermeister von H. nach Abbruch seines Studiums auf die Versorgung mit einer Arbeitsstelle durch das System vertrauen:

„Und wie gesagt, über den Bekannten, der hatte mir einen Job besorgt, beim Rat des Kreises, und dann kam damals jemand von der CDU, wie schon gesagt, dann sagt der: ‚Wäre das was für Dich? Wir suchen dort jemanden.‘“ (L. aus H.)

Der „jemand von der CDU“, der später im Interview als der Kreisvorsitzende der Block-CDU offenbar wird, wurde vorab ebenfalls als „guter Bekannter“ beschrieben.

Die in den Interviews dargestellten Reaktionen auf systemkonformes politisches Engagement oder das Einschlagen einer politischen Karriere in einer genuin politischen Institution vermitteln den Eindruck, dass Karrieren in der DDR misstrauisch beäugt und gesellschaftlich nicht gebilligt wurden:

„Die haben sich ein bisschen verwundert, aber da gab es also keine Probleme, sagen, lass das. Meine Mutter hat sicherlich mal gesagt, bist du der Meinung, bist du sicher, dass das richtig ist, also für mich wäre das nichts und hin und her und immer vor den Leuten, und sicherlich gibt's da ganze Menge Ärger.“ (L. aus H.)

Die Bedenken der Mutter des Bürgermeisters von H. sind nicht moralischer Art, sie machen sich vielmehr fest an den negativen Effekten, die das Amt ihrer Überzeugung und Beobachtung nach mit sich bringt. Die Missbilligung seines Engagements in einer politischen Institution der DDR wird dem Bürgermeister von F. erst mit der Wende bewusst, als ihm der Weg zu einer Gemeinderatskandidatur verwehrt wird.

■ „Bürgermeister der ersten Stunde“ (P. aus N.)

Politische Karriere in der Zeit des Umbruchs

„Hier haben wir noch Altlasten mit uns rumzuschleppen. [...] Und da muss ich sagen: dort [in den alten Bundesländern] sind – der Bürgermeister, der stellvertretende Bürgermeister, die Stadträte – sind mehr. Bei uns hier [...] das ist noch eine allgemeine Tendenz – sagt man so ungefähr: naja, da haben sie ja wieder einen Dummen gefunden, der es macht. [...] Da fehlt eigentlich das, was dahinter stehen müsste: die Anerkennung, dass man praktisch auch weiß als Bürger, da sitzen welche, die jetzt was für uns tun.“ (S. aus F.)

Der Bürgermeister von F. beschreibt hier anschaulich die Übertragung von in der DDR geformten Wahrnehmungsmustern auf die Zeit nach der Wende; der Bürgermeister genoss zu DDR-Zeiten kein besonders großes Ansehen bei den Bürgern und ihm wurde von ihnen auch keine Problemlösungskompetenz zugebilligt. Es ist aber nicht nur das geringe Ansehen des Amtes, sondern auch die mit diesem Amt verbundene staatskonforme politische Aussage, die der Bürgermeister von C. nicht auf sich bezogen wissen wollte:

„Wenn mir 1989 einer gesagt hätte ‚Du wirst Bürgermeister‘ dann hätte ich gesagt ‚Du bist ein Arschloch.‘“ (A. aus C.)

Durch die obligatorische Verbindung einer DDR-Karriere mit opportunistischem politischen Engagement in der SED wird Karriere an sich auch nach der Wende nicht nur bei den moralisch motivierten Ost-Bürgermeistern als unmoralisch empfunden. Dies zeigt sich am Beispiel des Gesprächspartners aus W. in der Rückschau auf die ausgeschlagenen Karrieremöglichkeiten in der DDR:⁶²

„Zu DDR-Zeiten hatte ich die Möglichkeit, Karriere zu machen, also ich hätte aufsteigen könne, ich hätte Schulleiter, auch stellvertretender Schulleiter

werden können, ich hätte damals im Außenhandel Gruppenleiter werden können. Ich hätte – überall musste ich aber in die SED gehen, und ich hab' gesagt: das mache ich nicht.“ [...] „Und dadurch, das ich das nicht konnte – ich stand ja nicht dahinter – habe ich das immer alles abgelehnt –, das zu tun, also Karriere zu mache, habe ich immer abgelehnt. Ich hätte es machen können, aber ich wollte es nicht.“ (W. aus W.)

Trotzdem sehr an individuellem Erfolg und beruflicher Karriere orientiert, vermeidet er in seinen Erzählungen die bewusste persönliche Herausstellung seiner Fähigkeiten und Leistungen. Dieses Muster in seiner Selbstdarstellung, das auch bei anderen ostdeutschen Bürgermeistern zu beobachten ist, zeigt sich auch in seinen Erwartungen ans Amt.

„Ich hatte gewisse Ängste im Zusammenhang mit Protokollen, Stadtratssitzungen, Vorlagen erarbeiten, Strategien zu erarbeiten, und ich sage mir, wenn ich jetzt alleine dastehe: machst du das richtig, machst du das falsch? Also diese Sachen, die ich schon gewusst habe, die eventuell auf mich zukommen, weil es gab ja eine Gemeindeordnung, da stand drin, was der Bürgermeister alles für Aufgaben hat. Und die haben mir einfach gesagt: Halt, Vorsicht: Wer weiß, ob du das schafft. [...] Und deswegen bin ich der einzige gewesen, das kann ich mit Fug und Recht sagen, der nicht Bürgermeister machen wollte. Alle, meine Eltern, meine Schwiegereltern, meine Frau, meine Freunde, meine Bekannten, alle haben gesagt: du bringst das, mach' das, wir brauchen dich.“ (W. aus W.)

Gerade die hier geäußerten Selbstzweifel sollen seine politische Karriere und die spätere Beschreibung seiner Erfolge kontextualisieren und damit relativieren. Die Amtsübernahme der Bürgermeister der ersten Stunde wurde dagegen jedoch vielfach, vor allem bei den Ethospolitikern, sowohl subjektiv als auch im persönlichen Umfeld nicht als Einstieg in eine politische Karriere, sondern vielmehr als moralisch-verantwortlicher Schritt empfunden und muss somit nicht gerechtfertigt werden. Dementspre-

chend dient die Beschreibung der Rekrutierung dieser Ethospolitiker durch die Aufforderung Anderer (man denke nur an den Bürgermeister von B.) auch nicht – wie im Fall des Bürgermeisters von C. – als Rechtfertigung,⁶³ sondern kann als Hinweis auf die automatische Fortsetzung des DDR-Rekrutierungsverfahrens auch in der Zeit des Umbruchs gewertet werden. Alle Bürgermeister bis auf den Gesprächspartner in Z. geben an, gefragt worden zu sein, ob sie das Amt übernehmen würden. Der Bürgermeister von Z. stellt hier insofern eine Ausnahme dar, als er als einziger selbst die Initiative zur Amtsübernahme ergreift:

„Und dort hatte ich eigentlich noch nie irgendwie mit dem Gedanken geliebäugelt, Bürgermeister zu werden, bis sich jemand von der CDU als Kandidat angeboten hat, wo ich mir gesagt habe, wenn der es kann, kann ich es besser. Da habe ich gesagt, gut, dann trete ich erst einmal innerhalb der CDU als Gegenkandidat auf.“ (K. aus Z.)⁶⁴

In dieser Handlungsweise zeigt sich sein für die ostdeutschen Kommunalpolitiker ungewöhnliches konkurrenzdemokratisches Politikverständnis, das sich auch in anderen Aussagen manifestiert, ihn in diesem Punkt den westdeutschen Bürgermeistern ähnlicher macht als seinen ostdeutschen Kollegen. Seine ebenso ungewöhnliche Konfliktbereitschaft zeigt sich auch in einer moralisch motivierten Organisation einer Gedenkminute für die Opfer von Ungarn in jungendlichem Alter und der Beschreibung seines aufmüpfigen Verhaltens im DDR-Gemeinderat von Z.:

„Das war eigentlich ein ständiger Zank darum, was gibt es für Sportobjekte in der Stadt, wie können die Sportobjekte erhalten bleiben, [...] ich hatte auch als Stadtverordneter mehrmals Redeverbote gehabt, [...] weil ich mich immer geweigert hatte, ein Manuskript zu machen.“ (K. aus Z.)

Als Station einer politischen Karriere fassen die ostdeutschen Bürgermeister

ihr Amt in der Regel nicht auf. Zurückzuführen ist dies auf ihr fortgeschrittenes Alter, das eine weitere Kandidatur oder eine spätere Umorientierung irrelevant macht, zum Teil auf die Verbundenheit zum Ort,⁶⁵ zum anderen aber auch darin begründet liegt, dass das Amt nach wie vor, wie beispielsweise im Fall des Bürgermeisters von B., als die persönliche, ethisch-moralische Lebensaufgabe begriffen wird.

Karriere scheint allein für den Bürgermeister von H. eine über das Amt des Bürgermeisters hinausweisende Rolle zu spielen. Bereits mit der Aufnahme eines zahnmedizinischen Studiums entschied er sich gegen die Übernahme des elterlichen zahntechnischen Labors, die ihm als persönliche Perspektive damals zu wenig lukrativ erschien, was er aus heutiger Sicht freilich relativiert. Nachdem sein vor und über die Wende hinaus von ihm besetztes Bürgermeisteramt wegen der geringen Ortsgröße nur noch ehrenamtlich weitergeführt wurde, kandidierte er erfolgreich zum Verbandsleiter des Gemeindeverbandes. Er beschreibt die Übernahme des Bürgermeisteramtes der Gesamtgemeinde als sein nächstes persönliches Ziel, da seine bisherige Arbeitsstelle mit der Verbindung der Gemeinden wegfällt. Als ein Politiker, der konsequent und in erster Linie von der Politik lebt, kann der Bürgermeister von H. auch dem Typus des professionellen Berufspolitikers zugeordnet werden. Mit seiner intensiven berufsbegleitenden verwaltungstechnischen Fort- und Weiterbildung hat er nun die besten Chancen, eine klassische kommunalpolitische Verwaltungskarriere nach bundesdeutschem Muster einzuschlagen.

Während sich die ostdeutschen Kommunalpolitiker in der Regel von Konflikt- und Konkurrenzsituationen

fernhalten und die eigene politische und berufliche Laufbahn wegen der persönlichen und allgemein-ostdeutschen negativen Besetzung des Begriffes nicht als Karriere bezeichnen würden, distanzieren sie sich auch bewusst von den in Westdeutschland beobachteten oder auch nur erwarteten kommunalpolitischen Karrieremustern:

„Insofern glaube ich schon, ist die Karriere eines Bürgermeisters im Alt-Bundesgebiet völlig anders, der hat sich mit Sicherheit am Wahltag nicht erst entschieden, dass er Bürgermeister machen soll, sondern da gibt es ja, wenn es um Neubesetzungen geht, die Bürgerwahl ist, da gibt es ja im Vorfeld jämmerlichen Wahlkampf, wo dann der Bürger hoffentlich den richtigen gewählt hat.“ (P. aus N.)

„man schleckt dann Blut, wenn man so will“ (D. aus H.)

Politische Karriere im Westen Deutschlands

„Zu einem Eintritt in eine Partei braucht es meistens einen ganz konkreten Anstoß. Meistens durch eine bestimmte Person. Also nicht durch ein bestimmtes Ereignis, man wird vielleicht politisch geprägt, durch bestimmte Persönlichkeiten, wie Willy Brandt oder mir hat auch später Helmut Schmidt sehr imponiert, oder Wehner vorher, das waren schon die Leute, die mir sehr imponiert haben. Aber die geben nicht unbedingt für sich den Anstoß zu einer Parteimitgliedschaft. Da muss einer da sein, den man kennt und den man auch schätzt, vielleicht, oder mag, je nach dem, mit dem man zu tun hat, ein Freund, oder irgendein Kollege, der dann sagt, na ja, jetzt wenn du schon so denkst und redest, jetzt musst du auch mal ein Formular unterschreiben und Mitgliedsbeitrag zahlen und dich organisieren. Dazu bedarf es eines konkreten Anstoßes.“ (D. aus H.)

Üblicherweise beginnt die kommunalpolitische Karriere eines westdeutschen Bürgermeisters mit der Ansprache durch Bekannte oder Freunde:

„Und eines Tages hat man mich, oder sagen wir mal andersrum, ich habe mich eigentlich immer für Politik sehr interessiert, und eines Tages hat man mich gebeten, dass ich politisch tätig werde, bin dann in die Union eingetreten, und habe 1978 zum ersten Mal für den Stadtrat mitkandidiert.“ (G. aus A.)

Auf die Bitte, politisch aktiv zu werden, folgt für den Bürgermeister von A. wie selbstverständlich der Eintritt in die Partei.⁶⁶ Politische Aktivität ist ohne Partei für die meisten Bürgermeister aus der westdeutschen Vergleichsregion offenbar schwer denkbar. Bis zum Eintritt in das Bürgermeisteramt sind parteipolitisches Engagement und berufliche Laufbahn entgegen der DDR-Praxis klar voneinander getrennte Sphären. Dies spiegelt sich auch in der klaren Strukturierung der lebensgeschichtlichen Erzählungen: Zunächst wird der persönliche und berufliche Werdegang thematisiert, daran anschließend erzählen die Bürgermeister, wie sie zur Politik kamen.

Obwohl die Mehrzahl der westdeutschen Bürgermeister in direktem zeitlichen Zusammenhang mit der Aufforderung zur kommunalpolitischen Tätigkeit in eine Partei eintritt, finden sich immerhin drei parteilose Bürgermeister, die sich allerdings sämtlich durch eine der am Ort ansässigen Parteien haben in ihrer Wahl unterstützen lassen. Ein Eintritt in die Partei, für die sie kandidierten, erscheint nicht als die notwendige Folge, die erscheinbar für die Bürgermeister in der ostdeutschen Vergleichsregion ist.

Insgesamt stellt sich der persönliche berufliche Erfolg für die westdeutschen Bürgermeister im Vergleich zu ihren ostdeutschen Kollegen als deutlich wichtiger dar. Das Anstreben einer politischen Karriere ist in den alten Bundesländern auch bei den Politikern, die sich selbst per Abstammung dem Arbeitermilieu zuordnen, keineswegs ein ungewöhnliches oder

illegitimes Vorhaben, es kann vielmehr als allgemein anerkannt und ohne weitere Einschränkungen vertretbar gelten.

„War eigentlich kein großes Thema. War also nicht umstritten, dass da einer gesagt hätte, würde ich nie machen, oder, Partei, ist ja mehr oder weniger schon alles verpönt, sich da irgendwo zu binden, nein. Solche Argumente haben nie eine Rolle gespielt, oder war auch nie irgendwelchen Angriffen ausgesetzt, dadurch, dass da einer gesagt hat, gerade, weil du das jetzt machst, bist du für mich schon unten durch. Also, nie und nimmer.“ (K. aus W.)

Dabei schließen sich subjektive karrieristische Motive und die altruistische, auf Ort und Bürger bezogene Motivation nicht zwingend aus. Oftmals wird das kommunalpolitische Engagement auch neben ehrenamtlicher Arbeit in Kirchengemeinde oder Vereinen als ein üblicher Aspekt der Integration in die Ortsgemeinschaft dargestellt:

„Nein, es war so, wissen sie, wenn man Lehrer in einer solchen Kleinstadt ist, dann muss man sich ja auch irgendwo engagieren. Also, dann war ich in der katholischen Kirche als Pfarrgemeinderat und alles, und dann haben die natürlich gesagt, du könntest dich jetzt auch politisch etwas engagieren, und dann schlittert man halt so rein. Und dann kamen die ersten Vorstandswahlen, und dann, wissen sie ja, dann sucht man halt vernünftige Leute, und dann hat man schon einen Posten. Und dann geht es eigentlich, wenn man mitmacht, immer weiter. Und ich habe immer noch gedacht, ich hätte die Entscheidung, irgendwann mal nein zu sagen, aber das hatte ich nicht mehr, nein.“ (G. aus A.)

In der Regel verläuft eine kommunalpolitische Karriere linear von erstem parteilichen Engagement über den Eintritt in den Stadtrat, die Übernahme von Fraktionsvorsitz oder dem Amt des zweiten Bürgermeisters bis hin zum Bürgermeisteramt. Eine weitergehende politische Karriere auf Landes- oder Bundesebene schließen die Bürgermeister, denen dies angeboten wurde, für sich aus, Engagement auf Kreisebene vollzieht

sich aber oftmals parallel zur lokalpolitischen Tätigkeit.

Auch im westdeutschen Teil finden sich Beispiele für den Typus des professionellen Berufspolitikers. Der berufliche Werdegang des Bürgermeisters von W. vollzieht sich beispielsweise als klassische Verwaltungskarriere. Mit der mittleren Reife tritt er eine Ausbildung im gehobenen Verwaltungsdienst an, in deren Rahmen er zunächst im Rathaus in W., dann als Verwaltungspraktikant in den Verwaltungen verschiedener anderer Orte arbeitet. Nach Abschluss von Ausbildung und Wehrdienst kehrt er auf die freigewordene Planstelle des Kämmers in der Kommunalverwaltung nach W. zurück und bekommt anlässlich der Pensionierung des geschäftsleitenden Beamten das Angebot zur Übernahme dieser Stelle.

In dieser Position fällt es ihm zunächst schwer, vom kollegialen Verhältnis zu den Mitarbeitern abzugehen und sich Autorität zu verschaffen. Drei Jahre später wird ihm dann die Kandidatur zum Bürgermeisteramt angeboten:

„Und kurze Zeit später, nachdem eben er '90 da ein letztes Mal in sein Amt gewählt worden war, wurde mir angeboten, aufgrund der guten Arbeit anscheinend der vergangenen Jahre, ob ich denn bereit wäre, als Bürgermeister '96 zu kandidieren. Also sechs Jahre voraus sind die Weichen gestellt worden.“ (K. aus W.)

Mit dem Besuch von Seminaren einer Parteistiftung bereitet er sich auf den Wahlkampf vor und wird schon zwei Jahre vor der Wahl durch die Bekanntgabe der Kandidatur zur öffentlichen Person, was ihm größere Probleme bereitet.

Er tritt in der Vorbereitungsphase auf seinen Wahlkampf auch in die Union, die ihn auf die Kandidatur angesprochen hatte, ein, wobei die Wahl der Partei beliebig erscheint und allein auf das Angebot zur Kandidatur zu-

rückzuführen ist, wenn er auch sagt, er wäre sich mit einem Eintritt in die SPD auf gewisse Weise untreu geworden.⁶⁷ Nach seiner Wahl geht es ihm zunächst darum, die Zielvorgaben seines Wahlprogramms Schritt für Schritt konsequent umzusetzen und abzuarbeiten. Wie seine ostdeutschen Kollegen empfindet er den Amtsantritt trotz seiner Verwaltungserfahrung und seiner sehr guten Kenntnis der örtlichen Belange wegen der ungewohnten Repräsentationsaufgaben als Sprung ins kalte Wasser. Ungewohnt und nicht geheuer ist ihm zunächst auch die Tatsache, dass hinter bzw. über ihm niemand mehr steht, der die Verantwortung trägt. Sich selbst sieht der Bürgermeister von W. als neutralen Mittler. Zwar thematisiert er keine Ressentiments gegenüber dem politischen Charakter seines Amtes, er begreift sich aber selbst nicht als Politiker, möchte auch keinesfalls parteiisch erscheinen und wünscht sich die Anonymität des „normalen“ Lebens zurück.⁶⁸

„Wir sind keine Revolutionäre“ (A. aus C.)

Subjektives Erleben von Umbruch und Wende

„Also der überwiegende Teil der Bevölkerung hier im Land sowieso, das war wie zu Nazizeit, das ist dann doch an denen mit der DDR vorbeigelaufen; wir sind ja auch nicht mit der Kerze in der Hand nach Leipzig gezogen. Wir sind keine Revolutionäre, aber wir Deutsche kennen alle die. Ehe es dazu kommt, dass er aufsteht, muss es ihm schon besonders schlimm gehen.“ (A. aus C.)

Der Bürgermeister von C. spricht hier nicht nur von den Deutschen allgemein, sondern insbesondere von

sich. In mehreren Abschnitten seiner Erzählung wird deutlich, dass er sich selbst zur schweigenden Masse der Mitläufer zählt. Wenn er die passive Haltung der Mehrheit in der DDR mit der dem deutschen Volk angeblich eigenen politischen Kultur begründet, entschuldigt er damit nicht nur sein eigenes Verhalten. Er vernachlässigt damit die DDR-Bürger, die das SED-Regime ohne Gewalt zu Fall brachten und damit die Wende herbeiführten. In der Studie sind sowohl in der Wende aktive und durch die Wende aktivierte Gesprächspartner vertreten als auch Bürgermeister, die erst in der Folge des Umbruchs und durch die Übernahme des Bürgermeisteramtes politisch tätig wurden. Ihr subjektives Erleben der Wende weist auf ihr politisches Selbstverständnis als Bürgermeister und ihre Motivation zur Übernahme des Amtes hin und lässt Rückschlüsse auf die Konsistenz der Typisierung zu. Dazu ist es aber wenig sinnvoll, die Wende-Statements nach den drei konstruierten Typen zu ordnen, weil die Grundlagen für das Erleben der Wende sich bei den Mitgliedern der Blockparteien und den parteilosen Bürgermeistern unterscheiden. Daher werden die ostdeutschen Bürgermeister sehr grob nach ihrer Parteimitgliedschaft und innerhalb der Parteilosen nach der Intensität ihres Wendeengagements unterschieden.

■ *„auf den Zug aufgesprungen“ (L. aus S.)*

Politische Aktivität in der Wendezeit

Von allen ostdeutschen Interviewpartnern scheint allein der Bürgermeister von B. von den Ereignissen im Herbst 1989 nicht vollkommen überrascht

worden zu sein. Nur er berichtet von seinem aus der beruflichen Tätigkeit im kirchlichen Umfeld resultierenden Einblick in Initiativen, wie „Schwerter zu Pflugscharen“. Nicht nur durch die sehr detaillierte Beschreibung seiner Wendeerlebnisse wird deutlich, wie groß die Bedeutung dieses Ereignisses und die damit verbundenen Erfahrungen für seine persönliche Biographie ist. Seine vorher nur latente Politisierung wird durch das unmittelbare Erleben der Demonstrationen und Initiativen manifest und führt, wenn auch nach wie vor im Schutz der Gruppe, zum Heraustreten aus der gesellschaftlichen Nische der evangelischen Kirche in die politische Öffentlichkeit. Als derjenige, der die Prozesse der Umgestaltung des politisch-gesellschaftlichen Systems wohl am bewusstesten erlebt hat, ist in seiner Erzählung am ehesten ein Hinweis auf die Wende in der Wende zu erwarten, auf das Umschwenken vom Ziel der demokratischen Erneuerung der DDR auf die mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten verbundene Übernahme des politischen Systems der Bundesrepublik. Zwar beschreibt der Bürgermeister von B. noch den Zusammenbruch des SED-Regimes, die daraus resultierende „merkwürdige, offene Situation“ lief jedoch für ihn „ja dann in die Einheit sozusagen rein“, und „die DDR, die lief irgendwie aus“.

Einen sehr großen Teil der biographischen Erzählung nimmt das persönliche Erleben der Wende auch beim Bürgermeister von S. ein:

„... und bin dann '89 – ich bin bestimmt nicht der Mann der ersten Stunde gewesen, aber vielleicht doch nicht der als letzter auf den Zug aufgesprungen ist; also, ich bin dann auch mit dem Fahrrad durch die Lande gereist und habe die Pamphlete vom Neuen Forum dann auf meiner Kofferschreibmaschine Baujahr 1936 abgetippt und weiterverteilt. Um einfach das Informationsdefizit ein Stück aufzufüllen und hier

dabei zu sein. War dann auch Gründungsmitglied des Neuen Forums hier in S., im Oktober '89, war damals also auch noch nicht so ganz ungefährlich, was wir damals gemacht haben, aber ich denke, es war richtig, und haben letztendlich über diese Zeit versucht, den Prozess in Gang zu bringen, hatten hier am 15. Januar '90 eine sehr große Demo.“ (L. aus S.)

Hier zeigt er sich über seinen Wohnort hinaus sehr engagiert, was sich unter anderem in seiner Präsenz am Runden Tisch in S. als Vertreter der Jugend verdeutlicht.

■ *„werden wir völlig unpolitisch?“ (P. aus N.)*

Mitglieder der Blockparteien und ihr Umgang mit der Wende

Für die meisten der in der ostdeutschen Vergleichsregion interviewten Bürgermeister scheint die Wende vergleichsweise unvermittelt eingetreten zu sein. Dies zeigen auch ihre diesbezüglichen Formulierungen:

„Und zwischendurch natürlich habe ich eine Familie gegründet, ein Haus gebaut, vier Kinder gezeugt und großgezogen, und da kam '89 die Wende.“ (P. aus N.) „Dann kam die Wende '89.“ (W. aus W.)

Wie wenig beteiligt sie an den eigentlichen Wendeprozessen waren, erweist sich daneben auch in der Tatsache, dass die Bürgermeister von Z. und F. die Wende an sich in ihren Erzählungen überhaupt nicht erwähnen. Beschrieben wird bei allen diesen Gesprächspartnern lediglich die persönliche Reaktion auf die für sie unvermittelt eingetretenen Veränderungen. Diese Reaktionen bestehen generell in der Fortführung des bisherigen kommunalpolitischen Engagements – die Grundlagen hierfür unterscheiden sich jedoch sehr, was sich vor allem an den Berichten der Bürgermeister von H., W. und N. illustrieren lässt.

Der bereits zu DDR-Zeiten amtierende und der Block-CDU angehörende Bürgermeister von H. beschreibt den Herbst 1989 als turbulente Zeit. Seine sofort geäußerte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den oppositionellen Gruppen bringt ihm letztendlich auch die Wiederwahl. Damit ist H. der einzige im Rahmen der Datenerhebung besuchte Ort, dessen Bürgermeister über die erste freie Kommunalwahl hinaus im Amt blieb.

Gegenüber der opportunistischen Umgangsweise dieses Bürgermeisters weist die nach intensiven Diskussionen erfolgte Entscheidung zu einer weiteren, aber veränderten politischen Arbeit in N. einen geradezu ethisch-moralischen Charakter auf. Während sich der Bürgermeister von N. angesichts der neuen Situation in seiner Funktion als Parteimitglied der Block-CDU in der Pflicht fühlte, an der Gestaltung der Demokratisierung der DDR mitzuwirken, empfand der Bürgermeister von W. die Wende zwar ebenso als Chance, allerdings zu einem anderen Zweck:

„Wir haben in W. zwei Neubaugebiete, [...] und diese haben Kabelfernsehen gehabt, [...] die Häuslebauer, also die Einfamilienhäusler, [...] hatten nichts. Und da hab' ich mich '89 mit noch paar anderen zusammengetan und hab' gesagt: so, und wir machen jetzt eine Generallösung für den gesamten Ort, dieses Klein-Klein hört auf, wir gründen eine neue Gesellschaft und verkabeln den ganzen Ort.“ (W. aus W.)

Es sind also sowohl materialistische als auch postmaterialistische, idealistische Tendenzen im Wendeverhalten der Blockparteimitglieder zu verzeichnen. Gemeinsam ist den Bürgermeistern Z., N, H. W. und F., dass sie weder zu den Initiatoren noch zu den ethisch-moralisch motivierten Förderern der Wende gehören, diese aber positiv beurteilen und sich, wenn auch in unterschiedlichem Umfang und mit verschiedenen Zielrichtungen, in Re-

aktion auf den Zusammenbruch des SED-Regimes politisch engagieren. Unterschiede zwischen den Bürgermeistern ergeben sich in der Form dieses Engagements. Dieses reicht von der Teilhabe an den konkreten Umgestaltungen auf lokaler Ebene durch die Beteiligung am örtlichen Runden Tisch in Z. oder der Überwachung der ersten freien und demokratischen Wahlen als Wahlleiter in F. über parteipolitisches Engagement in N. und W.⁶⁹ bis hin zur opportunistischen Anpassung an die Erfordernisse der neuen Situation in H.. Schon die auf ihre Wendeerfahrung bezogene Zusammenfassung der Blockparteimitglieder in ein Kapitel zeigt, dass sie entgegen den Parteilosen hier nicht so leicht den extremen Typen zuzuordnen sind; die Übergänge von opportunistischem Verhalten und moralischer Motivation verschwimmen.

■ „Da hatte ich damit nichts zu tun“ (A. aus C.)

Passive Wahrnehmungsmuster der Wende

Wenn der Bürgermeister von C. sich auch detailliert über die Wende äußert, so ist sie in seinem Verständnis doch einem Naturereignis gleich „eingetreten“⁷⁰. Die im Herbst 1989 in seiner beruflichen Arbeitsgruppe geführten Diskussionen führen bei einigen seiner Kollegen zu darüber hinausgehendem politischen Engagement, er selbst aber bleibt passiv. Er erlebt bereits das Verfolgen der Sitzungen des Runden Tisches im Fernsehen, sofern es die laufende Arbeit zuließ, als bemerkenswerte politische Aktivität. Die Missstände in politischer und, was für ihn deutlich wichtiger erscheint, wirtschaftlicher Hinsicht werden ihm erst durch die

Berichterstattung der Medien in dieser Zeit bekannt. Ähnliches berichtet der Bürgermeister von E.:

„Und wir haben, ich hab dann mit viel Aufwand auch aufgrund meiner Möglichkeiten durch meinen Beruf Radios zusammengebastelt und Verstärkeranlagen, dass wir die Westsender hören konnten, wenigstens im Rundfunk, Fernsehen kam dann später ja erst, aber das war hier ohnehin nicht zu empfangen. Und das habe ich schon verglichen, was in Westdeutschland passiert ist und was bei uns hier [...] passiert ist, und habe mir da auch meine, ich denke schon ganz gesunde Meinung gebildet, dazu, ohne dass ich in irgendeiner Form ein Kämpfer war, für irgendwas, das hätte ja auch nichts gebracht.“ (H. aus E.)

In der Beschreibung der Auswirkungen der Wende auf seinen Wohnort widerspricht sich der Bürgermeister von C. mehrfach. Während er zunächst eine Aufbruchstimmung beschreibt, die dazu motiviert habe, gemeinsam aktiv zu werden und etwas zu verändern, anstatt immer nur zu meckern, gibt er nur wenig später an, in C. sei von der Euphorie der Wende kaum etwas zu spüren gewesen. Als er sich im Laufe der Erzählung erinnert, dass es dann über die Kirche „so eine gewisse Form“ gegeben habe, „wo dann auch gewisse Gebetsabende stattgefunden haben“, ist er plötzlich doch wieder der Ansicht, die Bewegung sei

„schon durch alle Leute gegangen – von den kleineren bis zu den höheren, wenn ich das mal von der Ausbildung sehe, alle haben sich da irgendwo beteiligt, es haben sich auch alle eingeschlossen gefühlt.“ (A. aus C.)

Aber offenbar hatte er selbst auch mit der Umbruchstimmung innerhalb seines Wohnortes nichts zu tun. Wie auch der Bürgermeister von E. war er mit seinen beruflichen und privaten Lebensumständen in der DDR zufrieden und sah für Veränderungen keine Veranlassung:

„Da hatte ich nichts damit zu tun, weil ich gerade leidenschaftlich mit der Erstellung meines Eigenheims

[beschäftigt] war. Wir sind nämlich im Dezember '89 da eingezogen, und als die Demonstrationen in Leipzig waren, habe ich das direkt nur im Radio gehört, dass so [...] Sachen laufen ebenso wie in Dresden. Ich weiß, dass Kollegen bei uns in der Kampfgruppe im Kraftwerk waren, die eigentlich dahin sollten, die sind aber dann aus irgendwelchen Gründen da nie hin gekommen. [...] Aber wie gesagt, ich hatte da keine besonderen Ambitionen, mich hervorzutun zum damaligen Zeitpunkt. Es lief alles, wir hatten Arbeit damals, wir zwar kein sehr hohes Einkommen, aber das Einkommen reichte, es hätte für uns auch so weitergehen können. Ich kann nicht so sagen, ‚ich habe jetzt die Wende herbeigesehnt.‘ Das wäre falsch. Also es hätte auch weitergehen können, aber es hätte nicht so [betont] weitergehen können ... in der DDR war die Wirtschaft am Ende.“ (A. aus C.) „Ich will es mal so sagen, ich habe Achtung vor denen, die damals die Wende eingeleitet haben, aber dazu habe ich nicht gehört, [...] ich war mit meinem Beruf ausgefüllt.“ (H. aus E.)

Individuelle berufliche und private Ziele hatten für diese beiden Bürgermeister Vorrang vor einem moralischen oder durch lokale Verbundenheit motivierten politischen Engagement. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Aussage des Bürgermeisters von E. dazu, was sich für ihn seit der Wende verändert hat. Es sind nicht politische oder persönliche Freiheit und Freizügigkeit, die er hier nennt, sondern der materielle Wohlstand, den er seit Übernahme des Amtes genießt:

„Ich habe sicherlich, wenn ich den Stundenaufwand rechne, den ich ja als Bürgermeister aufbringe, keinen hohen Stundensatz, was ich verdiene, aber es ist am Ende doch eine ganze Menge Geld, was ich zu DDR-Zeiten nie hatte, kann aber damit, weil ich ein altes Haus habe, [...] gebe ich das Geld fast alles für das Haus aus, unterstützte damit sicherlich auch irgendeinen Arbeitsplatz, weil ich selbst nicht mehr dazu komme, das ist für mich schon etwas, das ist auch eine Befriedigung. Und ich habe also einen ganz anderen Wohlstand erreicht, ich muss es mal so sagen.“ (H. aus E.)

Beide Bürgermeister beschreiben die allgemeine Mobilisierung im Herbst

1989 passiv und verorten sich in ihrer Erzählung selbst auch nur am Rande der Ereignisse. Die Tatsache, dass beide sich nicht am Prozess der gesellschaftlichen und politischen Umgestaltung beteiligten, wird mit der persönlichen Selbstverwirklichung durch den Bau eines Eigenheims und der beruflichen Arbeit begründet. Dies erscheint beiden als Erklärung vollkommen legitim. Keiner dieser beiden Kommunalpolitiker identifiziert sich mit der Wende oder den Gruppierungen, die den Umbruch in der DDR herbeiführten, vielmehr ist eine deutliche Abgrenzung von der Bürgerbewegung in den Interviews belegt. Dass die Wende in den Erzählungen ex post mit der Entwicklung zur Wiedervereinigung gleichgesetzt und mit der Erwartung eines steilen Abwärtstrends verbunden wird, illustriert das geringe, den Ereignissen und politischen Umgestaltungsprozessen beigemessene Interesse.

„Eine wahnsinnig spannende, auch anspruchsvolle Zeit“ (D. aus H.)

Die Wende aus Sicht der westdeutschen Bürgermeister

Als persönlich bedeutendes Ereignis wird die Wende bei den westdeutschen Amtsträgern lediglich in H. und N. beschrieben; der Bürgermeister von H. stellt das Jahr 1989 sogar als einen Einschnitt in seiner Amtszeit dar:

„Aber sicher war eine ganz entscheidende Zäsur und ein entscheidender Moment auch dann ab Oktober 1989 [...], das ging ja hier los mit dem Eintreffen der Züge aus der Prager Botschaft damals, mit den ersten Flüchtlingen, Grenzöffnung, Wiedervereinigung, und von da an ging es rund. Das war absolut, jetzt auch rückwirkend betrachtet, eine wahnsinnig spannende, auch anspruchsvolle Zeit, voller Emotionen, voller

ständig neuer Aufgabenstellungen, man ist gar nicht zum Schnaufen gekommen, die Ereignisse haben sich überschlagen. [...] Die Stadt H. war ja von diesen Ereignissen um die Wiedervereinigung doch sehr stark betroffen, weil sie die Anlaufstelle doch für sehr viele Bürger der DDR war nach Westen. [...] zumal es ja noch, muss ich dazu sagen, diese Länderbegrüßungsgelder gab, also das Begrüßungsgeld nicht nur des Bundes, sondern auch des Landes, sind täglich Zehntausende in unsere Stadt gekommen. [...] wir haben fast 100 Millionen in der Stadt H. ausgezahlt an Begrüßungsgeld, die Menschen, die oft stundenlang oder oft einen halben Tag im Stau standen, mitten in der Nacht ankamen, unterzubringen, zu versorgen, viele, die dann Ratschläge wollten, das dauerte auch nicht lange, dann kamen die ersten offiziellen Vertretungen auch aus der Nachbarschaft [...]. Helft uns beim Aufbau der neuen Verwaltung. Was können wir tun. Die spezielle Situation, dass wir noch eine Partnerstadt [im Osten] haben, [...] und dann durch die Wiedervereinigung, da kamen natürlich, jeder aus dem [der Partnerstadt], der eine Frage hatte, der kam nach H., und eben viele andere auch.“ (D. aus H.)

Auch die Stadtoberen von N. und M. erinnern sich intensiv an die Ausgabe des Besuchergeldes und die damit verbundene Leistung der Stadtverwaltungen. Alle anderen interviewten Bürgermeister in Westdeutschland messen der Wende an sich jedoch keine so große Bedeutung bei, die es rechtfertigte, sie in der Beschreibung der persönlichen und politischen Lebensgeschichte zu erwähnen.

In den Interviews mit den Bürgermeistern aus den alten Bundesländern wird deutlich, wie sehr sich Wahrnehmung und subjektive Bedeutung der Wende in Ost- und Westdeutschland unterscheiden. Die Tatsache, dass die Wende bei den meisten westdeutschen Bürgermeistern nur in Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Niedergang thematisiert wird, zeigt deutlich das Fehlen jeder elementar politischen Auswirkung der Entwicklungen in Ostdeutschland auf die westdeutsche Kommunalpolitik.

Die grundlegenden Denkprozesse, die bei vielen ostdeutschen Bürgermeistern angeregt wurden, blieben im Westen aus. Auch die Wiedervereinigung brachte keine Notwendigkeit zur Reflektion des eigenen politischen Systems mit sich. Distanziert betrachtet man den Vollzug der Deutschen Einheit auf staatlicher Ebene:

„Es kamen dann die Entwicklungen zur Deutschen Einheit.“ (D. aus H.)

Die Aufnahme der fünf neuen Bundesländer in die Bundesrepublik wird von den westdeutschen Bürgermeistern des Samples möglicherweise persönlich begrüßt, hat aber, abgesehen von den in der Folge aufgetretenen wirtschaftlichen Problemen der Gemeinden, keinerlei Auswirkungen auf die Modalitäten ihrer Amtsausübung.

„Mitlaufen kann man ja immer, aber wer übernimmt den Hut hier im Ort?“ (P. aus N.)

Verantwortung⁷¹: ein zentraler Aspekt

Die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung spielt in den Erzählungen der ostdeutschen Bürgermeister über die Wendezeit und ihren damit verbundenen (Neu-)Beginn politischen Engagements immer wieder eine Rolle.⁷² Der Bürgermeister von B. beschreibt die Umbruchsstimmung als vom allgemeinen Willen zur Übernahme von Verantwortung geprägt. Dies stellt eine hervorzuhebende Veränderung zu der Zeit vor 1989 dar:

„Das war ja auch die DDR-Sache, wo man froh war, dass jemand die Verantwortung übernahm. Das hätte ich ja selbst nicht für möglich gehalten, das so viele da sind, die außerhalb der SED diese Verantwortung übernehmen [...]“ (P. aus N.)

Die Bereitschaft zur Partizipation in den politischen Institutionen der DDR war in der Regel gering. Dies veränderte sich jedoch durch die Wende in der DDR, die viele vorher in ihr Privatleben zurückgezogene DDR-Bürger aktivierte. Diese plötzliche Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung ohne die vorher notwendige Bindung an die SED verdeutlicht oftmals eine innere moralische Verpflichtung, der sich diejenigen ausgesetzt fühlten, die für eine Veränderung im Land einstanden. Dazu gehörte auch die Übernahme von politischen Ämtern, um auch die Institutionen des Landes demokratisch umgestalten zu können. So verbindet denn der spätere Bürgermeister von N. die Übernahme des Bürgermeisteramtes persönlich eng mit dem Gang in die Verantwortung.

„Ich muss Ihnen sagen, ich habe mir unter dem Bürgermeister gar nichts vorgestellt, ich wusste es ja nicht. Ich habe mir nur gesagt, ich gehe in die Verantwortung, um letztendlich das alte System nicht mehr aufkommen zu lassen, und hier in diesem Ort etwas zu bewegen.“ (P. aus N.)

Auch der Bürgermeister von Z. beschreibt seine persönliche Bereitschaft zur Übernahme des Bürgermeisteramtes in Abgrenzung zu professionellen westdeutschen Kollegen ähnlich:

„Ja, wissen Sie, wer nicht aus der sagen wir mal Kommunalpolitik gelernt hat, sondern einfach bereit war, sich der Verantwortung zu stellen.“ (K. aus Z.)

Der Bürgermeister von S. geht sogar so weit, Kommunalpolitik sei gleichbedeutend mit der Übernahme der Verantwortung für seine Mitmenschen. Diese persönliche Verantwortung sei mittlerweile durch die Wahrnehmung immer neuer Aufgabenbereiche der lokalen Politik enorm:

„Und damals war also der Gestaltungsspielraum ein ganz anderer, damit wuchs natürlich auch enorm die Verantwortung, die man hatte, aber ich denke, diese Verantwortung, der muss man sich heute genauso

„noch stellen, aber, der Gestaltungsspielraum ist, denke ich, wesentlich geringer geworden.“ (L. aus S.) Verantwortung und Verantwortungsgefühl spielen offenbar vor allem für die interviewten Unionsbürgermeister eine große Rolle. Aufgrund des moralischen Charakters der Aussagen kann die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung als Hinweis für moralische Motivation gewertet werden. Dies bestätigt sich auch im Kreis der Personen, welche die Übernahme von Verantwortung auf diese Weise eng mit der Übernahme eines politischen Amtes verbinden. Formulierungen dieser Art wurden nur von den als moralisch motivierte Ethospolitiker bezeichneten Bürgermeistern getroffen.

Während die Bedeutung der Übernahme und des Tragens von Verantwortung als ein Faktor der Amtsausübung eines Bürgermeisters im Osten offenbar nicht mit der Ortsgröße in Zusammenhang gebracht werden kann, da sie hier sowohl die Bürgermeister zweier eher kleiner als auch die der zwei größten Gemeinden betrifft, wird dieses Kriterium im Westen tatsächlich nur in kleinen Orten thematisiert. Dabei zeigt sich allein der Bürgermeister von T. den ostdeutschen Bürgermeistern vergleichbar moralisch motiviert:

„Als dann, am Grab meines Vorgängers, der frühere Landrat vom Kreis [...] so sinngemäß gesagt hat, es ist leicht, sich am Abend vor den Fernseher zu setzen, die Pantoffeln anzuhängen, die Füße zu strecken und über die anderen zu lästern. Aber Verantwortung selber übernehmen, das will keiner mehr machen. Und wie die dann gekommen sind und haben mich gefragt, das war ja nach der Beerdigung, dann ist mir dieser Satz immer im Kopf rumgeschwirrt. Verantwortung übernehmen, das heißt nämlich auch wirklich, ein Großstück Verantwortung tragen.“ (S. aus T.)

An diesem Zitat wird aber der Unterschied in der Betonung auf Verantwortung in Ost und West

deutlich. Während die ostdeutschen Bürgermeister die Übernahme von Verantwortung als moralische Pflicht in den Vordergrund stellen, liegt die Betonung im Westen eher auf dem tatsächlichen Tragen der Verantwortung und damit auch auf der eher rationalen Überlegung einer mit der Verantwortung übernommenen persönlichen Haftung. Darüber hinaus hat die Übernahme eines kommunalpolitischen Amtes bei den westdeutschen Bürgermeistern in der Regel zunächst nichts mit der bewussten Übernahme von Verantwortung, sondern vielmehr mit der Frage der persönlichen Priorität, der „Lust“ dazu, zu tun. Dieser Unterschied ergibt sich möglicherweise aber auch dadurch, dass das Bürgermeisteramt für die westdeutschen Gesprächspartner in der Regel nicht das erste übernommene kommunalpolitische Amt darstellt. Einig sind sich aber alle in der Bewertung des Bürgermeisteramtes als einer Position, die eine grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme und zum Tragen von Verantwortung in viel höherem Maße erfordert, als es ihre Tätigkeiten vorher verlangten.

„Je größer das Gebilde wird, umso unpersönlicher wird es“ (L. aus H.)

Ortsgröße und Motivation zu politischem Engagement

Wie auch im Westen⁷³ spielt der individuelle Bekanntheitsgrad des Kandidaten vor allem in den kleineren ostdeutschen Gemeinden eine große Rolle. Konkret hat nach Ansicht des

Bürgermeisters von W. der die besten Chancen, der bereits lange Zeit im Ort wohnt, womöglich bereits dort zur Schule gegangen ist oder dort arbeitet. Um so erstaunlicher erscheint es, dass nicht nur mit ihm ein „Zugezogener“ den Bürgermeisterstuhl einer der kleineren Gemeinden besetzt, sondern der gleiche Fall auch für die Orte C. und N. zutrifft:

„Anerkennenswert wurde also gesagt, dass ich ja kein gebürtiger [Ortsname] bin. Das hat ja in so einer kleinen Gemeinde etwas zu sagen. Zugezogen eben von [...] war.“ (P. aus N.)

Dagegen werden die größeren Kommunen B., Z. und E. von bekannten Bürgern vertreten: Der Bürgermeister von B. war im Vorfeld durch seine kirchliche Arbeit und seine Aktivität in der Wendezeit bekannt, der Bürgermeister von Z. durch seine politische Opposition im DDR-Stadtrat und der Bürgermeister von E. war bereits vor der Wende Vorsitzender des Sportvereins. Diese eher unerwartete Konstellation rührt zumindest für die betroffenen kleineren Gemeinden aus dem Mangel eines unbelasteten „Alteingesessenen“, der sich für das Amt des Bürgermeisters zur Verfügung stellt. Dies wird durch das Beispiel S. belegt: Hier wird ein junger, in der Wendezeit politisch aktivierter Bürger zum Bürgermeister, während ein in der Stadt sehr bekannter Kaufmann und Leiter einer Genossenschaft, der aber bereits vor der Wende schon als NDPD-Mitglied in der Kommunalverwaltung mitarbeitete, bewusst von einer Kandidatur zum Stadtrat abgehalten wurde. Hier zeigt sich die politische Sensibilität der direkten Nach-Wende-Zeit.

Gerade die Bürgermeister der kleineren Gemeinden, so sie dort wie beispielsweise die Bürgermeister von S. und H. traditionell ansässig sind,

begreifen das soziale, kommunale, kirchliche und Vereinsengagement ihrer Vorfahren als politische Tradition. Eine deutliche Unterscheidung zwischen den Bürgermeistern kleinerer und denen größerer Orte lässt sich dennoch nicht treffen: Sozial und moralisch motivierte Kommunalpolitiker finden sich ebenso wie opportunistische Karrierepolitiker in Städten der unterschiedlichsten Größen. Auch in der Ortsverbundenheit lassen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Bürgermeistern großer oder kleiner Gemeinden oder den Motivationen dieser Bürgermeister ausmachen. Alle Bürgermeister geben an, in erster Linie „Dienstleister“ für die Bürger ihrer Stadt sein zu wollen, persönlich ansprechbar und für den Bürger jederzeit greifbar. Besonders der Bürgermeister von B., aber auch beispielsweise der Bürgermeister der kleineren Gemeinde H. bedauern, durch die Größe der Kommune nicht so individuell auf die Bürger eingehen zu können, wie sie es ursprünglich wollten. Freundschaftliche persönliche Beziehungen werden in der ostdeutschen Vergleichsregion insgesamt deutlich häufiger thematisiert und als bedeutender eingeschätzt als in den alten Bundesländern.

Soziale Kontakte in der Ortsgemeinschaft, die im Osten generell so wichtig sind, scheinen im Westen mit zunehmender Größe der Stadt an Relevanz zu verlieren. Beschreibt der Bürgermeister von S. seine Nähe und Greifbarkeit für die Bürger als quasi allgegenwärtig, lässt sich dies am augenfälligsten mit den Kontakten des Bürgermeisters von H. kontrastieren: Dieser pflegt so gut wie keinen Kontakt zum einzelnen Bürger, die Interessen Einzelner scheinen ihm eher lästig. Dies wird unter anderem in seinem Bericht über einen typischen Tagesablauf

zwischen Tagungen, Sitzungen und Gesprächen mit Ministern deutlich:

„Dann kommt aber auch mal ein Sozialhilfeempfänger, dem man auch nicht immer die Tür verweigern kann.“ (D. aus H.)

Die sozialen Kontakte des Bürgermeisters von H. beschränken sich im privaten Bereich, der übrigens im Gegensatz zum Beispiel S. klar von seinem beruflichen Bereich abgegrenzt ist, auf seine Familie, seine Freunde und seine Partei, im beruflichen Rahmen hält er, wie auch der Bürgermeister von N., den Kontakt zu Menschen, mit denen er im Amt zusammenarbeitet, von denen er sich Vorteile verspricht oder deren Stimmen er im Wahlkampf gewinnen möchte. Den Kontakt zu den Bürgern der Stadt glaubt er in ausreichendem Maße über die Stadtverordneten zu halten, denen er die Kenntnis der Problemlagen an der Basis zubilligt:

„44 Stadträtinnen und Stadträte sind ein Haufen Zeug. Aber 44 Stadträtinnen und Stadträte sind auch Bindeglieder wiederum in die Bürgerschaft. Die hören schon noch, wo die Leute der Schuh drückt. Und da muss man auch Acht geben, dass man als Bürgermeister nicht zu sehr den Bodenkontakt verliert. Auch schon noch weiß, als Politiker ganz allgemein, was die Leute für Sorgen haben, und für Probleme, und, das wird dann wieder doch durch die Stadträte an einen herangetragen. Wenn ich nur noch zehn Stadträte hätte, mit denen könnte ich zwar die Verwaltungsarbeit und die Entscheidungen schneller und zügiger und sachgerechter treffen, aber es würde uns möglicherweise etwas der Kontakt in die Bevölkerung verloren gehen.“ (D. aus H.)⁷⁴

Es geht dem Bürgermeister von H. bei seiner Politik nicht an erster Stelle um die Probleme der einzelnen Menschen der Stadt, der er vorsteht. Die Kommune hat mit einer Bevölkerung von etwa 50.000 Einwohnern eine Größe erreicht, die zu einer Abstraktion der Stadt von der Menge der in ihr lebenden Menschen führt, der der Bürgermeister von B. im Osten

beispielsweise bewusst entgegenzuarbeiten versucht.

Während sich die Gemeinderäte der drei kleinsten westdeutschen Gemeinden offenbar dadurch auszeichnen, dass hier keine Fraktionen existieren und jedes Ratsmitglied nach seinem Gutdünken entscheidet, wird bereits in W., ganz besonders aber in der nur wenig größeren Gemeinde C. eine Unterscheidung zwischen Stadtregierung und Oppositionsfraktion erkennbar, die im Falle der größten Stadt voll etabliert ist und zu einem generell fraktionsabhängigen Abstimmungsverhalten führt.⁷⁵ Das gemeinsame Engagement der Gemeinderatsmitglieder und aller Kräfte in der Kommune für eine positive Entwicklung der Stadt, das im Osten unabhängig von der Ortsgröße von den Bürgermeistern propagiert wird, vertreten im Westen vor allem die Bürgermeister der kleinen Orte, die sich in diesem Zusammenhang auch als Mittler und in der Funktion dessen verstehen, der die unterschiedlichen Interessen der Stadt zusammenbringt. Entsprechend der mit der Größe der Kommune auch deutlich stärkeren Bedeutung von Parteien im Westen ist der Bürgermeister von H. der Partei, die ihn zum Bürgermeister nominierte, stark verbunden – ohne sie wäre er als in der Stadt unbekannter und nur zugezogener Jurist sicher nicht gewählt worden.⁷⁶ Dass dies aber nicht uneingeschränkt auf die Ortsgröße zurückzuführen ist, zeigen die Beispiele der Bürgermeister von E. und N., die sich zwar auch von der SPD nominieren ließen, wahrscheinlich aber vor allem aufgrund ihrer unterschiedlich gearteten Bekanntheit im Ort gewählt wurden.

Abgesehen vom Bürgermeister von N., der in Vielem tatsächlich als kommunalpolitischer Ausnahmefall zu sehen ist, sind nur die ehrenamt-

lichen Bürgermeister der beiden kleinsten westdeutschen Gemeinden parteilos.⁷⁷ Die Bekanntheit im Ort stellt aber bereits in den mittelgroßen Gemeinden C., U. und M. nur ein Listenplatz-Kriterium neben der langjährigen Parteimitgliedschaft des Kandidaten dar.⁷⁸ In der größten Stadt schließlich wird der Listenplatz des Bewerbers um einen Stadtratsposten nicht mehr an dessen örtlicher Bekanntheit, sondern vor allem an seiner Profession festgemacht. Diese ist im Fall der Bürgermeister aller größeren Städte – abgesehen von E. – juristischer Natur, während die drei Lehrer der Studie sich als örtliche Autoritätspersonen in den kleineren und Kleinstgemeinden durchgesetzt haben. Eine solche Unterscheidung lässt sich wegen der Dominanz der „Techniker“ im Osten nicht treffen. Abschließend ist festzustellen, dass sich die Neigung zu sozialem Engagement oder zur Verfolgung persönlicher Ziele im Westen leichter mit der Ortsgröße in Verbindung bringen lässt als im Osten. Doch auch im Westen kann nicht uneingeschränkt davon ausgegangen werden, dass die Bürgermeister der größeren Orte an ihrer persönlichen Karriere und weniger am Dienst an den Bürgern orientiert sind.

„Also, muss man mal aufpassen, dass man das nicht von hinten her mit Überschriften versteht oder vergoldet oder so etwas.“ (C. aus B.)

Konsistenz der Typisierung

Als ein entscheidendes Problem bei dem Versuch einer einheitlichen Typisierung der ost- und westdeutschen Lokalpolitiker stellt sich das im Osten

stark prägende Erlebnis des demokratischen Aufbruchs dar, des Umbruchs und der Wende, verbunden auch mit dem Wegfall aller bekannten Reglements und dem Erfordernis, sich auf das neue System einzustellen. Demgegenüber herrschten spätestens seit Beginn der 50er Jahre weitgehend relativ stabile politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse im Westen.

Je nach der konkreten Mischlage der unterschiedlichen Motive zum Engagement auf der lokalpolitischen Ebene lässt sich eine Tendenz der Bürgermeister mal mehr zum altruistischen, mal mehr zum egoistischen Extrem feststellen. Auf diese Weise bewegen sich die Interviewpartner in Bezug auf ihre Motivation zum kommunalpolitischen Engagement generell auf einer Ebene zwischen den genannten Polen. Diese Pole müssen allerdings für die westdeutschen Kommunalpolitiker anders benannt werden als für die ostdeutschen.

Gisevius gruppiert Bürgermeisterkandidaten in Fachleute der Verwaltung auf der einen und „Bürgeranwälte“ aus der Mitte der Bevölkerung auf der anderen Seite.⁷⁹ In Bezug auf ihre Fachkompetenz in Verwaltung oder Kommunalpolitik der „Professionellen“ auf der einen stehen sozial und möglicherweise moralisch motivierte „Sozial-Arbeiter“ auf der anderen Seite gegenüber. Unter „Professionellen“ sind Kandidaten mit spezifischem Verwaltungswissen, also Verwaltungspersonal und Juristen, sowie Kandidaten mit entsprechender Erfahrung in Kommunalpolitik und -verwaltung, wie beispielsweise langjährige Ratsmitglieder, zu fassen. Als „Sozial-Arbeiter“ sind Kandidaten mit einem konkreten, für Stadt oder Bürgerschaft positiven oder einem anderen altruistischen Ziel zu verstehen. Diesem Prinzip entspre-

chend lassen sich die Interviews in der westdeutschen Vergleichsregion auf einem Horizont zwischen den Achsenendpunkten „soziales Engagement“ und „professionelle Karriere“ verorten. Dies ist jedoch nicht in der gleichen Weise auf die ostdeutschen Bürgermeister anwendbar. Die im Umgang mit dem SED-Regime und im demokratischen Umbruch gesammelten Erfahrungen der ostdeutschen Gesprächspartner bewirken eine deutlich stärkere Polarisierung. Die Extreme der Motivationsachse der neuen Bürgermeister in den neuen Bundesländern lassen sich am besten mit den Bezeichnungen „Ethospolitiker“ und „opportunistischer Karrierist“ beschreiben. Trotzdem entsprechen sowohl Sozial-Arbeiter als auch Ethospolitiker dem Typ des zum Teil moralisch motivierten Sozialpolitikers, und Professionelle wie auch opportunistische Karrieristen dem Typ des Karrierepolitikers.

Die dritte Dimension, der professionelle Berufspolitiker, mischt sich im Osten beispielsweise in der Person des Bürgermeisters von H. mit dem Typ

des opportunistischen Karrieristen, während sie im Westen beispielsweise durch den Bürgermeister von W., eingeschränkt auch für den Interviewpartner in U., klare Konturen erhält. Dies mag vor allem daran liegen, dass klassische Verwaltungslaufbahnen wie auch echte Politikerkarrieren im Osten durch die Wende abgebrochen wurden und neue erst im Entstehen begriffen sind. Zudem trägt die unter den ostdeutschen Kommunalpolitikern übliche und spürbare Distanz zu Karriere an sich dazu bei, dass ein möglicher Wunsch nach Karriere nicht in der Öffentlichkeit thematisiert wird.

Neben der angeführten Typisierung lässt sich, zumindest bei einzelnen Bürgermeistern der ostdeutschen Vergleichsregion, auch ein populistischer Charakterzug ausmachen. So präsentiert sich der Bürgermeister von W. beispielsweise gern in der Öffentlichkeit, während die Bürgermeister von H. und vor allem von C. ganz im Sinne der Typisierung von Berking und Neckel die Kritik des neuen und das Lob des alten Systems als ihre Aufgaben entdeckt haben.

Wahrnehmung von Politik

Bei der Auswertung und dem Vergleich der Gespräche mit den Bürgermeistern aus West- und Ostdeutschland zeigen sich deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung von Politik und den politischen Strukturen der Bundesrepublik. Auch diese unterschiedliche Wahrnehmung resultiert aus den für den Osten und den Westen Deutschlands schwer zu vergleichenden Erlebnissen und Ereignissen, die mit Politik in Verbindung gebracht werden. Dies beschränkt sich selbstredend nicht auf die Perspektiven im Erleben der Wen-

de. Entscheidend sind hierbei auch die unterschiedlichen Umstände von Sozialisation und Politisierung. Ein Beispiel hierfür stellt die unterschiedliche Bedeutung von Gemeinschaft für die ost- und westdeutschen Kommunalpolitiker dar, die stark vom Kollektivgedanken der DDR-Gesellschaft beeinflusst wird.

„Und das sind aber die Grundübel, die uns alle betreffen, und die merken wir zunehmend immer stärker, dass dieses Zusammengehörigkeitsgefühl, das wir in 40 Jahren DDR erfahren haben, also hier gab es ja diese Kollektive, diese sozialistische Kollektive, und jeder war da integriert, jeder, von der Reinema-

chefrau bis zum Ingenieur, bis zum Werksdirektor, die kriegten ja alle dasselbe Geld, ... ich meine, der kriegte vielleicht 1.000 Mark mehr, der Direktor als die Reinemachefrau, aber im Prinzip waren die über den Lohn alle gleichgestellt, und haben natürlich alle dieselben Ziele gehabt, das ist natürlich heute, wo das Geld regiert, genau das Gegenteil. Ich muss sagen, das Geld macht eins, dass es den Charakter total versaut ... und das führt zur ständigen Isolierung ... also das ganze, die Wertvorstellungen, die wir hier in der Marktwirtschaft haben, sind also langfristig nicht gut und können keine Gesellschaft zusammenhalten.“
(A. aus C.)

Bereits die Ausprägung des von den meisten ostdeutschen Bürgermeistern ausgeübten kollegialen Führungsstils weist in einigen Fällen deutlich auf den Bezug zum sozialistischen Kollektiv.⁸⁰ Das monistische Verständnis von öffentlichem Interesse führt in Verbindung mit dem Kollektivgedanken zu der Bereitschaft, Eigeninteressen hinter diesem Allgemeininteresse zurückstellen zu lassen. Der Bürgermeister von F. beschreibt die Kreisorganisation seiner Partei wörtlich als „sehr gute Kollektive“.⁸¹ Einander vollkommen entsprechend lesen sich die Beschreibungen der Bürgermeister von B. und E. über ihre Motivation zur politischen Arbeit nach der Wende als Aufbau einer parteiübergreifenden Gemeinschaft mit den Bürgern mit dem gemeinsamen Ziel, die Entwicklung der Stadt mit vereinten Kräften voranzutreiben. Dabei werden sowohl die Gruppe der in der Gemeinde aktiven haupt- und nebenamtlichen Kommunalpolitiker als auch der Verbund der Bürgermeister in der Region als Kollektive begriffen und die fortschreitende Tendenz zur Individualisierung bedauert. Durch kollektivistische Denkmuster zeichnen sich vor allem die moralisch motivierten Bürgermeister von B. und N. sowie die opportunistischen Gesprächspartner aus E. und C. aus.

Die westdeutschen Bürgermeister sehen Gemeinschaft zwar auch als positiv und sehr wichtig an, sie beziehen die Vorteile von Gemeinschaft aber in der Regel auf die Funktion beispielsweise als partei- oder fraktionsinternes Korrektiv und Stütze in Konfliktsituationen. Von bewussten Kollektiverfahrenungen, die auf die Wurzeln der Kollektividee in der deutschen Arbeiterklasse hindeuten, berichtet nur der Bürgermeister von E. aus seiner Tätigkeit in einer Akkordkolonne im Schichtdienst und im Betriebsrat eines großen Industriekonzerns.

Auch die Gemeinschaft der Bürgermeister in der Region, die der ostdeutsche Bürgermeister von N. quasi als Institution beschreibt, erfährt im Westen eine ganz andere Betonung. Die Bürgermeister zeigen sich zwar interessiert an den Entwicklungen der anderen Städte im Umkreis, sehen diese aber kritisch und vor dem Hintergrund eines latenten bis offenen Konkurrenzverhältnisses zwischen den Gemeinden, vor allem in Bezug auf die Unternehmensansiedlung.

„Was heute mit Demokratie hier in Deutschland gemacht wird“ (A. aus C.)

„Demokratie“ im Sprachgebrauch

Eine sprachanalytische Auswertung der Aussagen in den Interviews, die den Begriff Demokratie oder das Attribut demokratisch beinhalten, liefert einen ersten Einblick in das Demokratieverständnis der Politiker. Dabei zeigen sich, ebenso wie bei der Betrachtung des politischen Selbstverständnisses, sowohl Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen als

auch zwischen den Bürgermeistern kleinerer und größerer Orte.

„Über-Demokratie“, „Einzeldemokratie“ und „harte Demokratie“ (C. aus B.)

Ostdeutsches Demokratieverständnis

Wie der Bürgermeister von N. empfinden die meisten der ostdeutschen Bürgermeister die „Regierung“ von Parteien in einer Demokratie als notwendig. Dies geht vor allem darauf zurück, dass ihnen neben dem Regierungssystem der DDR keine weitere funktionierende Alternative zur Ausformung eines mehr oder weniger demokratischen Staates bekannt ist. Von dem Muster, das man von Demokratie im Kopf hatte, wurde gemeinhin angenommen, dass es der Ausprägung von Demokratie nach Vorbild der Bundesrepublik entsprach. Dabei wurde das westdeutsche politische System als demokratisches Gegenüber zur DDR begriffen. Insofern war Demokratie das, was die Bundesrepublik für die DDR-Bürger ausmachte:

„Die [offiziellen] Ziele waren zu SED-Zeiten ja fast die gleichen, wie wir sie heute unter demokratischen Verhältnissen haben, es nimmt sich nicht viel.“ (A. aus C.)

Mit dieser Aussage wird das bundesrepublikanische politische System gegenüber einem nicht näher beschriebenen DDR-System als demokratisch ausgezeichnet: Demokratie als Sammelbegriff für das gesellschaftlich-politische System der Bundesrepublik mit allen Facetten. Der Bürgermeister von C., der mit Abstand am häufigsten von Demokratie spricht, äußert neben diesem aber noch ein zweites Verständnis, das seine Aussagen weit häufiger bestimmt, die Idee der demokratischen Staatsform beschreibt

und offenbar der verinnerlichten DDR-Lehre entspricht:

„Na gut, das hatte sich 40 Jahre lang so herausgebildet, man hat ja bestimmte demokratische Freiheiten nicht großartig aufkommen lassen. Sicher war es aus heutiger Sicht falsch, aber – muss ich mal auch sagen –, was heute mit Demokratie hier in Deutschland gemacht wird, ist schon wieder überzogen, andersherum. Nichts gegen Demokratie, aber wenn Zehnjährige etwas anbrennen, weil ihnen gerade danach ist, hat das mit Demokratie nichts zu tun [...] Nee, ich muss sagen: Demokratie ist richtig, Demokratie muss sein, wir hatten 40 Jahre die eine Form, die ist ganz in der Ecke, und jetzt, muss ich sagen, die andere Form ist in der anderen Ecke. Also in der Mitte liegt genau das Maß, zu dem wir eigentlich hin müssen.“ (A. aus C.)

Demokratie bildet also für den Bürgermeister von C. auf der anderen Seite die Grundlage sowohl für das westdeutsche als auch, im Sinne des demokratischen Sozialismus, für das politische System der DDR, obwohl er die gesellschaftlichen Systeme beider Staaten als konträr begreift. Auf Demokratie im Sinne einer Idee oder Staatsform beziehen sich auch seine Äußerungen, was heute mit Demokratie in Deutschland gemacht werde und dass dies mit Demokratie nichts mehr zu tun habe.

Die Betonung der Ausprägung von Demokratie in Westdeutschland liegt für ihn zu sehr auf der individuellen Freiheit und ist ihm damit zu liberal. Dies drückt sein Wunsch nach einer Form von Demokratie aus, die zwischen den konträren Modellen in DDR und BRD zu verorten wäre. Die konkrete Kritik, die der Bürgermeister von C. an Demokratie äußert, bezieht sich jedoch nicht auf demokratische Strukturen, sondern auf die Unzulänglichkeit des bundesdeutschen Rechtsstaates und die zu großen Freiheiten, die seines Erachtens auch dadurch entsteht, dass offenbar keine Angst vor Strafe besteht.⁸² Unter Demokratie versteht er in diesem Zu-

sammenhang nicht die grundlegende Idee einer Staatsform, sondern das gesamte politisch-gesellschaftliche System eines Staates. Dies zeigt auch die in Verbindung mit Demokratie genannten Änderungserfordernisse in Deutschland, die vor allem in der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Werterziehung von Kindern und Jugendlichen liegen. Er differenziert nicht zwischen wirtschaftlichen und politischen Strukturen und versteht die Versorgung der Bevölkerung mit Arbeitsplätzen ebenso wie die Werterziehung und Kontrolle der Jugend als typisch staatliche Aufgaben, was die unbewusste Übertragung der in der DDR durch den Staat übernommenen gesellschaftlichen Aufgabenbereiche auf den Staat der Bundesrepublik verdeutlicht.

Dieser Gemengelage unterschiedlicher Demokratie-Deutungen steht im Beispiel des Bürgermeisters von B. eine klar durch unterschiedliche Begriffe strukturierte Wahrnehmung von Demokratie gegenüber:

„Und das zweite war sicherlich, dass man gesagt hat, also, wir wollen jetzt mal die neu geschenkte Freiheit, nenne ich es mal pathetisch – mal versuchen, ja für den einzelnen fruchtbar umsetzen. Also das von ganz praktischen Dingen wie reisen können, Erfahrungen sammeln können, über Fragen wie – weiß ich, Umweltschutzfragen haben auch am Anfang eine große Rolle, Abwasser, also solche Dinge. Praktische Dinge, die man eigentlich vor die Hunde gehen sah, einfach anzufassen. War sehr praktisch orientiert. Und erst später ist sicherlich stärker dazugekommen, dass man gesagt hat, also jetzt wollen wir Demokratie mal in ihrem ganzen Fächer sozusagen auch benutzen lernen und das alles.“ (C. aus B.)

Demokratie wird hier weder mit dem gesamten gesellschaftlichen System und den „neu geschenkten Freiheiten“ gleichgesetzt noch als etwas begriffen, was, wenn auch in anderer Form, bereits die ideelle und strukturelle Basis des politischen Systems der

DDR darstellte. Demokratie wird als die theoretische Grundlage des politischen Systems der Bundesrepublik verstanden, nach deren Prinzip sich die politische Praxis in der BRD vollzieht. Demokratie kann insofern praktisch angewendet und in Zusammenhang mit der Praxis „gelernt“ werden.

„Und in der Demokratieausprägung der Bundesrepublik geht das nun mal über Parteien. Also, ich glaube, es wäre auch für uns in den neuen Ländern nicht sinnvoll gewesen, so im Sinne einer Über-Demokratie ein Modell zu versuchen, was dann ganz anders geht, oder, alles mit irgendwelchen außerparlamentarischen Oppositionen zu machen, oder mit einer Einzeldemokratie, was so in sich Unsinn ist oder so etwas, also ich denke, einfach oder viele, nicht alle, haben gesagt, jawohl, das Parteiensystem ist etwas, was Deutschland mehr oder weniger gut bisher getragen hat, also müssen wir uns auch mal entscheiden.“ (C. aus B.)

Der Bürgermeister von B. begreift Demokratie hier als konkretes politisches Konzept, in dem unterschiedliche Schattierungen denkbar sind. Eine davon ist die von ihm als die „Demokratieausprägung der Bundesrepublik“ akzeptierte Demokratie über Parteien; in dieser Anerkennung zeigt sich ein pluralistischer Begriff demokratischer Politik. Neben dieser Ausprägung von Demokratie existieren aber für ihn noch mögliche weitere Modelle, die sich durch die Art der Teilhabe des Einzelnen an den politischen Entscheidungen im Staat unterscheiden. Die Modelle von „Über-Demokratie“ über die Partizipation mittels außerparlamentarischer Oppositionen bis zur „Einzeldemokratie“ zeichnen sich alle durch größere allgemeine Mitbestimmungsrechte und die Beschneidung der politischen Macht der Parteien aus. Wenig später formuliert der Bürgermeister eine unbestimmte Kritik an der Vorherrschaft der Parteien in der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung:

„Insofern habe ich auch deutlich das Gefühl, [...] dass möglicherweise die harte Demokratie, wie wir sie jetzt betreiben, [...] in irgendeiner Weise einer Modifizierung bedarf [...] ich habe nur immerzu das Gefühl, dass sich dieses, diese Art mit Parteien oder über Parteien Demokratie zu regieren, oder in der Demokratie zu regieren, dass das irgendwelche Grenzen hat.“ (C. aus B.)

Seine Kritik an der Parteiendemokratie bezieht sich explizit auf die starke Konflikt- und Konkurrenzorientierung der Parteien und auf die Ausprägungen informeller Beziehungen, vorgegebener Handlungs- und Denkmuster und parteiinterner Intrigen und deren Bedeutung auch für seine Partei. Diese Wahrnehmung der durch Parteien betriebenen Politik in Deutschland bringt ihn zu der Bezeichnung „harte Demokratie“. Sie widerspricht wiederum seinem persönlichen, ethisch-moralisch geprägten Demokratieverständnis:

„Es ist nie so weit von den [...] Bürgern weg, dass man das Recht hätte, sich da auf einen besonderen Thron zu setzen. Das ist nicht mein Verständnis von Demokratie und von Amt, also ich halte immer noch dafür, dass das sehr viel mit Ethik und Moral zu tun hat.“ (C. aus B.)

Im Sprachgebrauch des Bürgermeisters von B. zeigt sich durch die vergleichsweise klar konturierten Begriffe von Demokratie, die er in verschiedenen Zusammenhängen benutzt, eine intensive Reflexion über politische Fragen und ihren ethisch-moralischen Hintergrund. Diese Auseinandersetzung fehlt dem Bürgermeister von C. als Grundlage seines verwischten Gebrauchs des Begriffes Demokratie. Ähnliche Verwendungen des Wortes werden bei Betrachtung der westdeutschen Interviews offenbar.

„Da habe ich mein eigenes Demokratieverständnis“ (C. aus E.)

Westdeutsches Demokratieverständnis

Nur vier der zehn in Westdeutschland interviewten Bürgermeister benutzen in den ein- bis zweistündigen Schilderungen über ihren Weg in die Politik und ihr Leben als Kommunalpolitiker die Begriffe Demokratie oder demokratisch. In den Ausführungen des Bürgermeisters von H. über die Aufgaben von Opposition und Regierung in einer Demokratie zeigt sich zunächst ein klar pluralistisches, konflikt- und konkurrenzdemokratisches Politikverständnis, wie es Bürgern liberaldemokratischer, westlicher Staaten gemeinhin zugebilligt wird:

„Ich habe auch ein ziemlich dickes Fell, ich ertrage da schon einiges, [...] das ist halt nun mal so, in der Demokratie, der Wettbewerb, der Parteien zueinander, die Opposition muss die Regierung kritisieren, [...] das sind die demokratischen Spielregeln, [...] jeder legt sie etwas anders aus. Der eine ist eben aggressiver, und wenn du angegriffen wirst, empfindest du es halt subjektiv häufig wahrscheinlich mehr aggressiv, als es der andere vielleicht sieht [...] der dich angreift. Das ist auch, [...] ich tu nur meine demokratische Pflicht.“ (D. aus H.)

Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass der Erzähler gleichzeitig mit seinem demonstrativen Anerkennen der so gearteten demokratischen Spielregeln nach einer Legitimation seiner persönlichen Anwendung konfliktorientierter politischer Praktiken sucht. Die Formulierung, er tue nur seine (demokratische) Pflicht, vermittelt dabei den Eindruck einer obrigkeitsorientierten Form der Rechtfertigung eigener Handlungen durch Vorgaben übergeordneter politischer Instanzen.

Die von ihm erwähnten demokratischen Spielregeln umfassen in

den politischen Handlungsmustern gebräuchliche Umgangsformen und beziehen sich demnach nicht auf einen abstrakten Demokratiebegriff, sondern auf die konkrete Ausprägung von Demokratie in der Bundesrepublik. Etwas später in seiner Erzählung benutzt der Bürgermeister von H. erneut den Begriff der Spielregeln, um im politischen System der Bundesrepublik übliche oder rechtlich festgelegte Prozeduren und Handlungsweisen zu beschreiben:

„Wir wären froh, wenn uns da keiner mehr in die Suppe spucken würde. Auch keiner aus dem Stadtrat. Das würde ich, und wenn die Kollegen ehlich sind, wird ihnen das jeder bestätigen. [...] Deswegen leidet man auch manchmal unter den mühsamen demokratischen Prozeduren. Die gibt es aber nun mal. Und ich wüsste jetzt auch keine bessere Lösung, denn das hieße, na ja, es wäre schon noch Demokratie. Wenn man einen verantwortlich machen würde für begrenzte Zeit. Wäre auch noch demokratisch. Aber das sind jetzt die Spielregeln, mit denen lebe ich eigentlich ganz gut.“ (D. aus H.)

Bürgermeister D. aus H. bekennt sich deutlich zu den rechtlich geregelten oder durch Gewohnheit eingeschliffenen politischen Prozeduren, denen er in seinem kommunalpolitischen Amt begegnet, auch wenn er sie als oft mühsam begreift.⁸³ Zwar verfügt er offenbar über ein sehr differenziertes und theoretisch fundiertes Verständnis von Demokratie als Staatsform, er entwirft deshalb aber kein demokratisches Konkurrenzmodell zum demokratisch-politischen System der Bundesrepublik und äußert durch die Betonung seines guten Auskommens mit den Regelungen des bundesdeutschen politischen Systems auch kein Interesse an einer möglichen Umgestaltung.

Ähnliche Probleme mit der vorgeschriebenen Notwendigkeit, alle von einer bestimmten Angelegenheit in der Kommune betroffenen Gruppen

am Entscheidungsprozess zu beteiligen, äußert der Bürgermeister von W. Seine Kritik mündet aber nicht in einer uneingeschränkten Akzeptanz der „Spielregeln“:

„Aber da werden eben die ganzen Verbände und die ganzen Institutionen, und wer da alles das große Sagen mit hat, und die Lobby, die im Hintergrund dann sowieso dann noch mit aufmischt, die müssen mit eingebunden werden, sicher ist es irgendwo ein demokratischer Entscheidungsprozess, Meinungsfindungsprozess, aber, geht manchmal sehr zu Lasten, jetzt von Gemeinden oder der Allgemeinheit als solcher.“ (K. aus W.)

Die Ansicht, zum demokratischen Meinungsfindungsprozess gehöre die Anhörung aller Beteiligten oder Betroffenen, verdeutlicht den Respekt des Bürgermeisters gegenüber dem demokratischen Pluralismus. Diesem Interessenpluralismus der unterschiedlichen Gruppierungen in der Gemeinde stellt er aber ein monistisches Interesse von Gemeinde und Allgemeinheit gegenüber, das die Einbeziehung Aller in Entscheidungsprozesse nicht rechtfertigt, wenn dadurch schnelle Entscheidungen behindert werden. Dies zeigt eine latent technokratische Tendenz. Dass er sich dennoch an die kommunalpolitischen Regelungen hält, liegt ebenso wie sein monistisches Verständnis eines Allgemeininteresses möglicherweise in seiner langjährigen hauptberuflichen Verwaltungsarbeit begründet, in der es vorrangig um die effiziente Umsetzung eines Gemeinderatsbeschlusses und nicht um die politische Beratung im Vorfeld einer Entscheidung ging. Ein uneingeschränktes Bekenntnis zur pluralistischen Ausprägung der bundesrepublikanischen Demokratie legt der Bürgermeister von M., einer der kleinsten Gemeinden, ab:

„Ohne Parteien geht es nicht. Ohne Parteien, Demokratie ist auf Parteien-Demokratie angelegt, das ist auch gut so.“ (U. aus M.)

Sein Begriff von Demokratie als Staatsform ist stark von der westdeutschen Ausprägung der Demokratie als Parteiendemokratie geformt. Aber auch für ihn steht die tatsächlich von den Parteien ausgeübte Rolle auf einem anderen Blatt, das uneingeschränkt zu akzeptieren den meisten Bürgermeistern widerstrebt.

Bei all diesen westdeutschen Bürgermeistern zeigt sich ein großes Maß an Akzeptanz bezüglich Demokratie als Staatsform allgemein und auch bezüglich der konkreten Ausgestaltung von Demokratie in der Bundesrepublik. Im Hinblick auf einzelne Ausprägungen rührt sich Kritik, was aber nicht zum Entwurf konkreter, anderer Regelungsmuster führt. Dabei wird auch die Arbeit in der Gemeinde bewusst als demokratisch verstanden. Ein dem ostdeutschen Bürgermeister von B. vergleichbares, ethisch fundiertes Demokratieverständnis wird in der Sprachanalyse jedoch allein in der Verwendung des Begriffes durch den Bürgermeister von E. offenbar:

„Naja, wissen sie, habe ich gesagt, wir haben 13 Ortsteile, und in jeder Periode halte ich dort eine Versammlung [...] bloß E., gab es wirklich einmal eine Zeit lang, weil mein Vorgänger über vier Jahre keine gehalten hat, ich aber auch keine halten wollte in der Vorwahlzeit, was dann so aussieht, als wenn man das als Plattform benutzen würde, da habe ich mein eigenes Demokratieverständnis.“ (C. aus E.)

Sein persönliches Demokratieverständnis drückt sich hier in einem moralischen Fairness-Gedanken aus, der die Nutzung persönlicher Vorteile durch das Amt im Wahlkampf ächtet. Allein durch diese sprachanalytische Auswertung kann keine Einteilung der westdeutschen Bürgermeister bezüglich des Demokratieverständnisses getroffen werden, da zu wenige vergleichbare Aussagen vorliegen. Deutlich wird aber, dass der Verwendung des Begriffes Demokratie

drei unterschiedliche Definitionen zugrunde liegen. Demokratie wird hier einerseits allgemein als Staatsform begriffen, andererseits als Ausdruck für die Beschaffenheit und Basis des politischen Systems der Bundesrepublik. Ein dritter Demokratiebegriff bezeichnet persönliche moralische Ideen darüber, wie sich Politik vollziehen sollte.

Kommunalpolitik contra Selbstverwaltung⁸⁴ – Felder lokaler Politik

Die im Westen weit verbreitete Agilität und der Erfindungsgeist westdeutscher Lokalpolitiker beim Umgehen vorgeschriebener Wege scheint den Bürgermeistern aus der ostdeutschen Vergleichsregion noch zu fehlen. Beschreiben sie ihre kommunalpolitischen Handlungsfelder, erscheinen diese meist deutlich eingeschränkter als die der westdeutschen Kollegen, was nachgewiesenermaßen nicht auf die rechtlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen ist. Auch der Vergleich der städtischen Verschuldung der ost- und der westdeutschen Kommunen zeigt keine signifikanten Unterschiede, die für diesen Sachverhalt grundlegend sein könnten. In der Form der Ausübung eines kommunalpolitischen Amtes spiegelt sich auch die unterschiedliche Art der Erziehung in den beiden deutschen Staaten wieder. Die weitestgehende soziale und wirtschaftliche Absicherung der DDR-Bürger, die sich weder um einen Platz in der Kinderkrippe noch um eine Arbeitsstelle Gedanken machen mussten, führte zu einer weitgehenden Passivität. In nur sehr eingeschränktem Maße gilt

dies auch für die von den Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft „verwöhnten“ Bürger der Bundesrepublik, für die in vielen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens keine entsprechende „Komplettversorgung“ durch den Staat vorherrscht.

Die im Wendeprozess erkämpfte und lang ersehnte Freiheit des westlichen Systems bezahlten die Ostdeutschen subjektiv mit ihrer bisherigen umfassenden staatlichen Absicherung. Die auch nicht zur Unabhängigkeit erzogenen Bürger der alten Bundesrepublik waren zur Zeit der Wende jedoch bereits seit über 40 Jahren mit ihrer staatlichen Ordnung vertraut. Insofern lässt die in den ostdeutschen Interviews immer noch spürbare Desorientierung gegenüber der im Westen praktizierten bewussten Form der politischen Einflussnahme nicht wundern.

„bei Kommunalpolitik kann man sich streiten, ob das Politik ist“ (L. aus S.)

Schwerpunkte lokalpolitischer Arbeit im Osten

Als Aufgaben der Gemeinde werden von den ostdeutschen Bürgermeistern vor allem kommunale Dienstleistungen für die Bürger und die hier angesiedelten Unternehmen gesehen. Als zentral wird hier der Auf- und Ausbau der Infrastruktur durch Abwasserentsorgung, Kläranlagenbau und Trinkwasserversorgung, durch Ausbesserung der inner- und zwischenörtlichen Straßen, Bau von Umgehungsstraßen und Radwegen, durch Sanierung der Stadtkerne und Ausweisung neuer Bau-, Gewerbe- und Industriegebiete, durch Versorgung mit Telefon- und Kabelnetzen sowie durch die Instandhaltung von kulturellen und Sportein-

richtungen dargestellt. Neben diesen eher alltäglichen Aufgaben einer Kommunalverwaltung tritt die Lösung von für den Osten Deutschlands spezifischen Problemen:

„Wir haben der ganzen Frage Haushalt, haben wir ja überhaupt keine Ahnung gehabt, wo wir ins Rathaus gegangen sind, das ganze Problem Eigentumsverhältnisse, haben wir uns wesentlich einfacher vorgestellt. Und wir haben natürlich nicht gewusst, wie desolat städtische Einrichtungen waren.“ (K. aus Z.)

Auch der Bürgermeister von W. gibt an, für seine Stadt habe die Abwicklung von Volkseigentum, die Beseitigung von Industriebrachen in der Stadt und der Umgang mit Grundstücksrückforderungen von Alteigentümern eine große Rolle gespielt. Daneben waren die Städte in den neuen Bundesländern Anfang der 90er Jahre mit Umweltschutzmaßnahmen und der Privatisierung städtischer Wohnbau- und Ver- bzw. Entsorgungsbetriebe sowie der Übergabe von Kindergärten und Heimen an freie Träger beschäftigt. Diese Maßnahmen werden nicht als strittig dargestellt, in den kommunalen Gremien herrschte hierbei offenbar Konsens.

Ein nach der Ausräumung der drängendsten Fragen infolge der Wende nach wie vor brisantes Problem ist der Zusammenbruch der örtlichen Industrie. Die zwangsläufige Deindustrialisierung führte zu hoher Arbeitslosigkeit, der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, und durch Ausbleiben der erwarteten Steuergelder zu finanziellen Problemen der Städte. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Beschaffung von Arbeitsplätzen in neu anzusiedelnden Betrieben gilt für alle Bürgermeister als höchste Priorität. Die über die Ausweisung preiswerter Gewerbegebiete hinausgehenden Handlungsspielräume werden allerdings gering eingeschätzt.

Die Erledigung dieser Aufgaben stellt im Verständnis der ostdeutschen Bürgermeister weniger politische als viel mehr Verwaltungsarbeit dar. Dies geht sogar so weit, dass Kommunalpolitik an sich als Verwaltung begriffen wird:

„Ja, wissen Sie, wer nicht aus der, sagen wir mal, Kommunalpolitik gelernt hat, sondern einfach bereit war, sich der Verantwortung zu stellen, hat natürlich viele Voraussetzungen, die ein anderer, sagen wir mal in den alten Bundesländern, der irgendwie in den Kommunaldienst eintritt und sich langsam empordient.“ (K. aus Z.)

Als rein politisch begreift nur der Bürgermeister von W. seine Tätigkeit, was aber in seinem universalistischen Politikverständnis begründet ist. Alle anderen distanzieren sich mehr oder weniger deutlich von der politischen Seite ihres Amtes:

„[...] dass ein Bürgermeister eigentlich kein Mann der Politik ist, oder nur am Rande, denn ein Bürgermeister in Sachsen, wie auch in verschiedenen anderen deutschen Ländern, ist ein Chef der Verwaltung und muss hier schon ein paar politische Dinge mit wahrnehmen, aber in erster Linie ist das so, dass er doch das Rathaus in Ordnung und in Betrieb halten muss.“ (H. aus E.)⁸⁵

Dass das Amt vor allem als Verwaltungstätigkeit verstanden wird, zeigt sich auch in den Empfehlungen der Amtsinhaber für potentielle Bürgermeisterkandidaten. Für den Bürgermeister von F. ist rechtlicher, administrativer und ökonomischer Sachverstand für die Belange der Kommunalverwaltung entscheidend.

Diese Charakterisierung der kommunalen Arbeit als rein administrative Tätigkeit ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Zunächst einmal nimmt die Verwaltungsarbeit tatsächlich einen großen Teil des kommunalen Alltags in Anspruch. Daneben spielt auch der Vergleich zur direkten Nachwendzeit mit ihrer Orientierung an schnellen, praktikablen Entscheidun-

gen und im Fall der Bürgermeister, die bereits vor der Wende kommunalpolitisch aktiv waren, zu den outpurierten Verfahrensmustern der DDR-Verwaltung eine Rolle. Gegenüber der Zeit des „Wilden Ostens“ erscheinen die Handlungskompetenzen der kommunalen Entscheidungsträger durch eine sehr weit ausdifferenzierte Reglementierung äußerst begrenzt. Die in den politischen Gremien der Städte zu treffenden Entscheidungen werden vorrangig als objektiv notwendige Sachfragen begriffen, in denen sich keine politisch diskutierbare Alternative stellt.

Auch die Hilfe aus den alten Bundesländern beschränkte sich auf administrative Strukturen und Handlungsabläufe: Die Verwaltungsangestellten aus westdeutschen Partnergemeinden vermittelten den Mitarbeitern in den ostdeutschen Kommunen die üblichen Verfahrensweisen der Verwaltung, während auf die rein politischen Arbeitsbereiche von Bürgermeistern, Beigeordneten und Stadträten nur in Seminaren der parteinahen Stiftungen vorbereitet wurde. Dagegen weisen alle Bürgermeister auf Verwaltungsfachkurse oder die nebenberufliche Fortbildung zum Verwaltungsfachwirt hin.⁸⁶ Aufgrund der Tatsache, dass die „gelernten DDR-Bürger“⁸⁷ alles, was sie zu machen hatten, gesagt bekamen, wird es als ungewöhnlich empfunden, dass diese Fort- und Weiterbildungen nicht verpflichtend, sondern auf freiwilliger Basis angeboten werden, und dass man sich selbst um solche Belange kümmern muss. Die starke Auseinandersetzung mit dem neuen Regelsystem und seine Komplexität lassen die Verwaltung für den kommunalen Bereich als vorrangig erscheinen.

Schließlich ist auch eine Abgrenzung von Handlungs- und Denkweisen, die

als „politisch“ verstanden werden, zu beobachten, die vermutlich auf die Politisierung aller Gesellschaftsbereiche in der DDR zurückzuführen ist; auf diese Überpolitisierung wird mit der Ablehnung von Politik an sich zugunsten nachvollziehbarer und rechtmäßiger Verwaltungsabläufe reagiert.

Neben fundierten Verwaltungskennnissen, die der Bürgermeister von E. als einziger ostdeutscher Kommunalpolitiker für sein Amt als nicht zwingend erforderlich einschätzt, stellen viele der Bürgermeister das Talent zur Arbeit mit Menschen als wichtigste Voraussetzung für das Amt des Bürgermeisters dar. Die Repräsentation der Stadt in der Öffentlichkeit grenzt der Bürgermeister von E. aus dem Aufgabenfeld der Dienstleistung am Bürger aus:

„Man muss hier oftmals viel reden, wenig sagen dabei, dabei ankommen, möglichst ein bisschen populär dabei sein, und ja, entsprechende Sympathien gewinnen.“ (H. aus E.)

Er sei zwar neben seiner Eigenschaft als Verwaltungschef auch Repräsentant der Stadt, dies betone er aber nicht gern.⁸⁸ Auch hierin verdeutlicht sich die Abgrenzung des eigenen Amts und damit verbunden die persönliche Abgrenzung von der öffentlich-politischen Sphäre. Auch dem Bürgermeister von B. fällt die Repräsentation schwer. Er möchte für die Bürger der Stadt da sein, die Stadt aber nicht nach innen repräsentieren müssen.

„Also ich wollte immer ein menschlicher, guter Bürgermeister sein, ich wollte einfach jemand sein, wo die Leute auf der Straße sagen, ach, na, wie geht's denn so über den Gartenzaun.“ (C. aus B.)

Zwar erklärt er, so nah wie möglich am Bürger sein zu wollen, die Umsetzung dieses Vorhabens fällt ihm aber gerade dann sehr schwer, wenn er aus Repräsentationserfordernissen seiner eigentlichen Arbeit nicht mehr nachgehen kann.

„ob ein Bürgermeister unbedingt ein Politiker ist, das weiß ich nicht.“ (W. aus S.)

Schwerpunkte lokalpolitischer Arbeit im Westen

„Ich habe auch [...] erlebt jetzt in den letzten Jahren, dass man schon als Bürgermeister auch einen gewissen Einfluss hat, gewisse Dinge bewegen kann, gewisse Dinge machen kann, und man kann natürlich auch im Grunde genommen, ich sage mal, nichts machen.“ (G. aus A.)

Während die Bürgermeister in der ostdeutschen Vergleichsregion sich zu Amtsantritt meist ins kalte Wasser geworfen fühlen, läuft die Amtsübernahme für die meisten Bürgermeister in den alten Bundesländern reibungslos. Was folgt, ist in der Regel „business as usual“, denn die meisten sind bereits in der einen oder anderen Weise und in unterschiedlicher Intensität mit den Verwaltungsaufgaben einer Kommune vertraut. Darüber hinaus steht den westdeutschen Bürgermeistern eine verlässlich funktionierende Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung zur Verfügung.⁸⁹ Dies gibt den westdeutschen Bürgermeistern im Vergleich zu ihren ostdeutschen Kollegen natürlich gedanklichen und zeitlichen Freiraum, den sie nutzen, um in ihrer Gemeinde gestaltend zu wirken. Ihr Selbstbewusstsein als Gestalter ist denn auch meist sehr viel stärker ausgeprägt als bei ihren ostdeutschen Kollegen.

Höchstes Ziel der westdeutschen Bürgermeister – mit Ausnahme des Bürgermeisters von U.⁹⁰ – ist es, die Entwicklung ihrer Stadt voranzutreiben und ihre Infrastruktur in Bezug auf Bildung, Verkehr, Ver- und Entsorgung, Arbeit, Freizeit und Erholung in Ordnung zu halten. Dazu gehört für sie notwendig auch die aktive Bewerbung um Firmenansiedlungen, die mit der Ausweisung von preiswerten

Gewerbeflächen vorbereitet wird, oder die geschickte Verhandlung mit Grundstückseigentümern und Firmenchefs, bei der vor allem auf die Entwicklung zwischenmenschlicher Beziehungen Wert gelegt wird.⁹¹ Der Meinung des Bürgermeisters von U., von Erfolgen und Misserfolgen der kommunalen Arbeit könne nicht gesprochen werden, da es auf kommunaler Ebene allein darum gehe, dass die Verwaltung funktioniere, schließt sich keiner der anderen westdeutschen Bürgermeister an. Ihr Amt und ihre Aufgabe sehen die meisten in der kommunalpolitischen Gestaltung, für welche die städtische Verwaltung entweder als reines Instrument oder sogar als Policy-Maker fungiert. Nur in den kleineren Gemeinden wird das Amt des Bürgermeisters jedoch nicht zwingend als politisch begriffen.

Eine für die westdeutschen Bürgermeister unabhängig von der Ortsgröße⁹² essentielle Aufgabe stellt das Ausfindigmachen der höchstmöglichen Zuschüsse für die Entwicklungsmaßnahmen der Stadt dar. Dieses relativ offensive Werben um finanzielle Fördergelder gilt nicht nur als legitim, es wird vielmehr als erforderlich betrachtet. Zwar sprechen auch die ostdeutschen Bürgermeister von finanziellen Unterstützungen aus unterschiedlichen Fonds, sie scheinen aber die im Westen teilweise sportliche Züge annehmende Beschaffungspolitik nicht für vertretbar zu halten oder sind sich ihrer hieraus resultierenden Handlungsmöglichkeiten nicht bewusst. Die westdeutschen Bürgermeister erscheinen im Umgang mit dieser Aufgabe weit selbstbewusster und selbstverständlicher, was nicht nur in einem möglichen Unterschied zwischen ost- und westdeutschen Sicht- und Verhaltensweisen, sondern auch in der Gewöhnung der struktur-

schwachen westdeutschen Vergleichsregion an staatliche Unterstützung begründet sein könnte.⁹³

Gerade in den kleinsten Gemeinden gehen die in diesem Fall selbstgewählten, dem Bürgermeisteramt zugeschriebenen Aufgaben insofern über das bisher genannte hinaus, als die Bürgermeister sich hier auch zum Teil persönlich um die Räumung der Straßen, das Mähen des Sportplatzes und das interne Funktionieren der Vereine kümmern.

Aus dem Stellenwert der Repräsentationsaufgaben, die in kleineren und größeren Städten sehr unterschiedliche Ausmaße annehmen, ergeben sich die deutlichsten Unterschiede zwischen den ost- und den westdeutschen Kommunalpolitikern. Die meisten westdeutschen Bürgermeister sehen die innere und äußere Repräsentation der Stadt als besonders wichtigen, aber auch als den zeitaufwendigsten Teil ihrer Tätigkeit an:

„Wenn ich nur im Rathaus für die Stadt arbeiten müsste, einschließlich der Sitzungen und Veranstaltungen und Fahrten, [...] in die Ministerien, oder [...] zur Regierung, oder sonst wo hin, also nur als beamteter Bürgermeister, als Lebenszeitbeamter, sage ich einmal, tätig sein müsste, dann würde ich das vielleicht auch in einem 40-, ja, meinetwegen in einer 50-Stunden-Woche durchaus schaffen. Aber es kommt ja noch eines dazu, und das ist eine erhebliche zeitliche Inanspruchnahme, das ist die Repräsentation.“ (D. aus H.)

Auf regionaler, Regierungsbezirks- und Landesebene vertreten zu sein, hält der Bürgermeister von H. wie auch viele andere seiner Kollegen für unverzichtbar. Unter dem Begriff Repräsentation versteht der Bürgermeister von H. hier nur die Repräsentation der Stadt nach innen, die für ihn eine leidige und persönlich verzichtbare Aufgabe darstellt, der er einen seinen anderen Verpflichtungen deutlich untergeordneten Stellenwert beimisst.

„Es kommt ja noch dazu, das ist ja ein Wettlauf der politischen Gruppierungen gegen- oder miteinander. Wenn, ja, der war da. Aber der war nicht da. Der hat es ja nicht nötig, zu uns zu kommen. Wenn man sich da ganz allgemein im politischen Feld etwas Selbstbeschränkung bei der Repräsentation auferlegen würde, ist das nie zu schaffen. Weil ja jeder versucht, dem anderen den Rang auch abzulaufen. Das sind ja alles Wähler. Und wenn ich beim Wähler ankomme, wenn ich volksnah bin, volkstümlich bin, dann ist das immer noch das beste Rezept, gewählt zu werden. Denn die Arbeit im Rathaus, die wird auch schon beurteilt. Aber wer schaut sie denn schon so genau an.“ (D. aus H.)

In diesem Sinne begreift der Bürgermeister von H. die Repräsentation als zur Sicherung von Wählerstimmen notwendiges Übel. Demgegenüber sehen die meisten anderen Bürgermeister ihre Repräsentationsaufgaben auch als Möglichkeit, das „Ohr an der Masse“ zu haben. Allein dem Bürgermeister von W. ist es generell unangenehm, derart im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit zu stehen:

„Man wird dann auf einmal von fremden Leuten mit gegrüßt, und fragt sich dann, wer war das jetzt eigentlich, und wie ist denn da der Zusammenhang, und weiß natürlich dann im Endeffekt, wenn der sich nicht so gezeigt hätte, dass er mich jetzt kennt, er hätte mich gekannt und hätte auch gewusst, was ich da treib, oder mach, oder was da passiert.“ (K. aus W.)

„Wer schalten will, muss am Hebel sitzen“ (C. aus B.)

Wahrnehmung und Kritik des politischen Systems der Bundesrepublik⁹⁴

Die Wahrnehmung des politischen Systems resultiert bei den ostdeutschen Kommunalpolitikern aus einer

Mischung verschiedener Faktoren. Diese Auffassung des heutigen politischen Systems wird einerseits durch die Erfahrungen mit dem politischen System der DDR geprägt. Andererseits entwickelte sich vor der Wende vielfach ein Idealbild des bundesdeutschen politischen Systems, das heute mit der politisch-gesellschaftlichen Realität im vereinten Deutschland verglichen wird und notwendig zu einer Kritik des nicht idealen Systems führt. Deshalb erweisen sich die ostdeutschen Kommunalpolitiker in ihrer Auffassung des politischen Systems der Bundesrepublik insgesamt deutlich kritischer als ihre westdeutschen Kollegen. Ihre Kritik bezieht sich vor allem nahezu einheitlich auf die Einschränkung der politischen Handlungsfähigkeit durch die extrem enge Reglementierung, welche die bundesrepublikanische Ausprägung von Recht und Verwaltung mit sich bringt.

■ *„Habe mich aber ganz schnell angepasst.“ (H. aus E.)*

Das „neue“ politische System aus ostdeutscher Perspektive

In der Zeit des politisch-gesellschaftlichen Umbruchs herrschte unter den neuen Bürgermeistern zunächst große Unsicherheit über die spezifischen, bislang mit dem Amt verbundenen Aufgaben und die Obliegenheiten, welche das Bürgermeisteramt im neuen System mit sich bringen würde, denn

„es war ja auch abzusehen, dass sich die gesamte Rechtslage grundlegend ändert, so dass es keinen Sinn mehr machte, sich jetzt auf zwar noch geltendes, aber im Auslaufmodell begriffenes DDR-Recht sich, ja, zu stützen.“ (L. aus S.)

Bereits nach den Kommunalwahlen im Mai 1990 waren sich die Inter-

viewten sicher, dass das westdeutsche politische und rechtliche System übernommen werden würde, weshalb sie sich mit Amtsbeginn schon vor der Übernahme des westdeutschen Rechts an den westdeutschen Strukturen orientierten. In diesem Zusammenhang definieren sie die neue Aufgabe von Anfang an als Beruf. Sie gehen davon aus, dass ein klar definiertes Aufgabenpaket und Berufsbild für einen Bürgermeister existiert und erleben ihre Amtsübernahme als ein hinein Geworfenwerden in fest definierte, aber noch nicht vollends bekannte Strukturen. Was folgt, ist die in allen Interviews geäußerte Bemühung, sich den vorherbestimmten Aufgaben des Amtes anzupassen. Die neuen Bürgermeister sehen weder die Notwendigkeit noch die Möglichkeit, das Amt statt dessen an sich anzupassen bzw. ihr Aufgabengebiet selbst zu gestalten. Die geschenkte Freiheit bezieht sich für sie auf das Agieren innerhalb der Schranken des neuen Systems, das sie offenbar fraglos übernehmen und umzusetzen beginnen.

Besondere Probleme bereitet ihnen dabei die gegenüber der kommunalpolitischen Arbeit in der DDR deutlich aufwendigeren Verwaltungsprozeduren, bei deren Umsetzung die Kommunalverwaltungen der besuchten ostdeutschen Gemeinden generell Hilfestellung aus den westdeutschen Partnergemeinden erhalten. Die parallel verlaufende Fort- und Weiterbildung der Verwaltungsangestellten, auf die die meisten Bürgermeister hinweisen, erfolgt ebenfalls durch westdeutsches Verwaltungspersonal, das in die im Westen geltenden kommunaladministrativen Handlungsmuster und Umgangsweisen mit dem bundesdeutschen Kommunalrecht einführt.⁹⁵ Durch die daraus resultierende und auch von der Bundesrepublik provozierte

Festlegung auf die Übernahme des politisch-administrativen Modells der alten Bundesländer wurden Ansätze zu einer grundsätzlich neuen Struktur für die Noch-DDR gleichsam im Keim erstickt, eigene Ansätze werden in den Interviews nicht thematisiert. Allein der Bürgermeister von W. spricht im Zusammenhang mit der Um- bzw. Neustrukturierung der Kommunalverwaltung von verpassten Chancen. Sehr wohl werden die übernommenen Strukturen jedoch einige Jahre nach der Wende in Rückblick auf die direkte Nach-Wende-Zeit kritisiert.

Der improvisierte Neuanfang der Kommunen 1990 wird in der Retrospektive auch als Offenheit der Handlungsmöglichkeiten begriffen, weil es, von der freiwilligen Orientierung an den westdeutschen Strukturen abgesehen, noch keine konkrete rechtliche Grundlage für das lokalpolitische Handeln gab oder diese bzw. der Umgang mit ihnen noch nicht bekannt war. Zeitgleich mit der beginnenden Strukturierung und Schulung der Verwaltung mussten nicht nur die laufenden Geschäfte weitergeführt, sondern zusätzlich zahlreiche durch die Wende hinzugekommene Aufgaben übernommen und Probleme gelöst werden. Im Rückblick erscheint die kommunale Praxis dem Bürgermeister von B. als unfachmännisch und laienhaft:

„Und ich möchte nicht wissen, wenn manchmal eine Prüfungsbehörde so irgendwelche Akten von 90/91 zieht, denen muss doch schwarz vor Augen werden als westdeutsche Superbeamte, was man da alles falsch gemacht hat, vom Briefkopf bis zur Unterschrift.“ (C. aus B.)

In der Regel zeigen sich die Bürgermeister in ihrer Erinnerung an diese Zeit des „Wilden Ostens“, in der die „Bürgermeister der ersten Stunde [...] nach dem Menschenverstand die Geschicke der Orte geleitet“⁹⁶

haben, aber eher nostalgisch als peinlich berührt, sie erzählen gern und detailliert von dieser Zeit. Symptomatisch für die an pragmatischen und schnellen Problemlösungen orientierten Handlungsmuster dieser Zeit ist die Beschreibung einer Aktion von „Selbstjustiz“:

„Damals gab es also auch so Sachen, da hat also die LPG irgendwelche Gülle in irgendwelche Bäche geleitet, da sind wir also hingegangen, ist der Bürgermeister mit irgendwelchen anderen Leuten dort hingekückt, und hat nicht etwa den LPG-Vorsitzenden aus seinem Büro rausgeholt und hat ‚du-du‘ gemacht, was man jetzt wohl machen würde, weil ich was anderes nicht machen darf, sondern da haben wir uns ein paar Steine und ein bisschen Zement und ein bisschen Sand mitgenommen, und haben halt das Rohr, was in den Bach ging, zugemauert. Und damit war es vorbei. Damit konnte er nicht, das waren halt so Sachen, die man damals gemacht hat, kurzfristig ging es damals sicherlich um das Gerechter-Sein. Und das war damals einfacher, als es heute ist.“ (L. aus S.)

Als gerecht werden in diesem Sinne pragmatische Einzelfallentscheidungen empfunden, die schnelle Wirkung zeigen, nicht die in der unterschiedslosen Anwendung des gleichen Rechts auf alle Problemlagen und für alle Bürger bestehende rechtmäßige Vorgehensweise.

„Die glücklichste Zeit war eigentlich das erste, die ersten anderthalb Jahre. [...] Und wir haben dort bisschen in einer Zeit gearbeitet, wo man eigentlich ohne zu gucken, ob es unbedingt rechtmäßig ist, vieles bewegen konnte. Und ich muss sagen, hätte es diese Zeit nicht gegeben, hätten wir auch die Säuberung der Posten hier von unfähigen Leuten nicht machen können. [...] Wenn wir das damals nicht gemacht hätten, das jetzige in Deutschland bestehende Arbeitsrecht würde uns überhaupt keine Möglichkeit mehr geben, die Leute rauszubringen.“ (K. aus Z.)

Entscheidungen dieser Phase, die in dem den Bürgermeistern heute bewussten offiziellen Rechtsverständnis der Bundesrepublik als illegitim gelten müssen, erscheinen ihnen im Kontext der damaligen Zeit legitim; in der

Auffassung des Bürgermeisters von E. stellt es einen großen Wert an sich dar, dass sich alle bemüht haben, und viele, die die Gesetze kannten, haben nach seiner Aussage „die Augen zugeedrückt“. Zumindest von einem der Ethospolitiker werden die Entscheidungen der damaligen Zeit aber als illegitim entlarvt:

„Uns war das möglich entgegen der geltenden Praxis, also, nach dem Kündigungsschutzparagrafen wir wesentlich mehr gekündigt haben, als wir hätten regulär kündigen dürfen, das ist verjährt, kann ich heute auch sagen, so dass die freien Träger nach dem Betriebsübergang nach 613 DGB in der Lage waren, junge Leute, die wir, ja, es wurden also wesentlich mehr gekündigt, als hätten gekündigt werden müssen, um den Personalschlüssel zu halten, und dann haben wir dann halt ein bisschen getrickst, naja. Macht man ja nicht, oder? Damit die freien Träger nach Betriebsübergang junge Leute einstellen können.[...] Das ist jetzt sehr verkürzt und sehr drastisch dargestellt, aber wir wollten einfach auch den freien Trägern die Möglichkeit geben, junge Leute hinterher wieder einstellen zu können. Und da haben wir halt, ein wenig so, hingewirkt. Aber das ist, denke ich, außerhalb des Protokolls, und war einfach mal so, dass man, um letztendlich hinterher auch die Kinder-einrichtung attraktiv zu machen.“ (L. aus S.)

Dieser Sachverhalt ändert aber nichts daran, dass der Bürgermeister – begründet auf den guten Zweck seiner Handlung – offenbar noch immer hinter dieser Entscheidung steht. Die den kommunalpolitischen Entscheidungen in den besuchten ostdeutschen Kommunen zugrundeliegende und scheinbar typische Output-Orientierung zeigt sich sehr deutlich im „liberalen“ Verständnis der Rechtsanwendung durch den Bürgermeister von H.:

„Also mich stinkt das ziemlich an, wenn immer so stur nach dem Gesetz gearbeitet wird. Nicht, dass man da abweichen soll, aber das Gesetz oder die Vorschrift ist für mich nur Orientierung, und ich muss es immer für den Einzelfall anwenden. Und man kann das also erleben, bei manchen Instanzen, wo wirklich stur nach Gesetz, überhaupt nicht der Fall geprüft wird, so

ist die Vorschrift, so wird's gemacht, obwohl über all ein riesiger Ermessensspielraum drinne ist. Man kann dort abwägen, persönlich. [...] Und da ist das eben so, dass würde ich schon jemandem raten und sagen, guck dir das genau an und entscheide dann nach dem Einzelfall, und versuche einen Kompromiss zu finden, der dem Bürger entgegenkommt wird, aber dass letztendlich auch nicht gegen die Gesetzeslage verstoßen wird.“ (L. aus H.)

In dieser Aussage spiegelt sich seine Erfahrung in der Kommunalpolitik der DDR, in der die Gesetze tatsächlich eher als Orientierungswerte für mehr oder weniger willkürliche Einzelentscheidungen dienten.

Eine weitere Reminiszenz an die kommunalen Strukturen und Handlungsmuster in der DDR bildet die unterschiedliche Qualität der Beziehungen zu anderen hierarchischen Ebenen der Bundesrepublik. Zu Regierungsbezirk und Kreis, die sich in der Wahrnehmung des Bürgermeisters von Z. auf ihre Eigenschaft als Rechtsaufsichtsbehörde beschränken, bestehen offenbar nur die notwendigen Verbindungen. Seine Beziehung zu einigen Landesministerien, denen er auch mehr Problemlösungskompetenzen zubilligt, beschreibt er dagegen als relativ gut. Dieser Aussage würden aber sicher nur sehr wenige der in der ostdeutschen Vergleichsregion interviewten Bürgermeister zustimmen. Allein der Bürgermeister von S. erwähnt eine vorteilhafte Verbindung zu einem Bekannten auf Landesebene. Darüber hinaus scheinen zu den übergeordneten politischen Ebenen des Bundes weder offiziell noch parteiintern Beziehungen zu bestehen. Die unbewusste Übertragung der eher negativen Beurteilung übergeordneter hierarchischer Ebenen in der DDR-Zeit, die auf die Bevormundung der Kommunen beispielsweise durch die Kreise zurückzuführen ist, könnte für diese Distanzierung ebenso ver-

antwortlich sein, wie die bewusste Ablehnung der ebenfalls aus der DDR bekannten und als illegitim und undemokratisch empfundenen vertikalpolitischen Verflechtungen, gerade durch die Ethospolitiker. Gleichzeitig ist aber auch hier ein Prozess der Anpassung an westdeutsche Verhältnisse zu verzeichnen, die möglicherweise aber auch in der DDR „gelernten“ Verfahrensweisen entsprechen. So betont beispielsweise der Bürgermeister von W. die Notwendigkeit, die Interessen der Stadt bei Landratsamt, Regierungspräsidium oder Landesregierung höchstpersönlich vorzutragen, wodurch man selbst und der Ort, für den man steht, auf diesen Ebenen bekannt wird und nutzbringende persönliche Beziehungen entstehen. Auch die Bürgermeister von S. und F. berichten von ihren Bemühungen, persönliche Kontakte über die Kreisgrenzen hinweg zum Zweck der Ansiedlung von Industriebetrieben und der Versorgung mit zusätzlichen finanziellen Mitteln aufzubauen. Der Bürgermeister von C. berichtet von der Erfordernis, sich ein gutes Verhältnis zu den „entsprechenden Stellen“ zu erhalten. Im Rahmen seiner Darstellung über einen seiner persönlichen Erfolge praktikabler und unbürokratischer Hilfe für einen örtlichen Betrieb berichtet dieser Bürgermeister außerdem als einziger der ostdeutschen Bürgermeister von dem beruflichen Nutzen seiner persönlichen Kontakte aus der Zeit vor der Wende.

„Sankt Bürokratismus hoch drei in der Bundesrepublik“
(S. aus F.)

Ostdeutsche Kritikpunkte

„Ich würde vieles anders machen als es die Bundespolitik jetzt macht, aber einfach aus der Geschichte 40 Jahre DDR-Erfahrung, die ja auch nicht spurlos an uns vorübergegangen ist.“ (A. aus C.)

Dadurch, dass die ostdeutschen Bürgermeister nicht im westlichen System aufgewachsen sind, haben sie nach dem Abklingen der ersten Wende-Euphorie einen objektiveren Blick auf die Zusammenhänge des bundesdeutschen politischen Systems und sehen es insgesamt kritischer als die Westdeutschen, was durch die langjährige „Glorifizierung“ des westdeutschen Modells in der ostdeutschen Bevölkerung noch verstärkt, aber auch verzerrt wird.

Viele der ostdeutschen Bürgermeister wünschen sich die Zeiten des „Wilden Ostens“ zu Beginn ihrer Amtsperiode und die damit verbundenen, noch nicht durch bürokratische Hemmnisse eingeschränkten Handlungsspielräume dieser Zeit zurück. Ihrem Empfinden nach bleibt der Kommunalverwaltung wie auch dem Stadt- und Gemeinderat heute nur ein sehr geringer und auf wenige Bereiche reduzierter Handlungs- und Entscheidungsspielraum, der trotz der propagierten Selbstverwaltung der Gemeinden durch Bund und Land eingeschränkt wird:

„[...] weil ich natürlich in der Zwischenzeit eingesehen habe, wir können nicht ständig Revolution machen. So, wir müssen uns natürlich nach Gesetzen, nach Rahmen richten, die für alle gleich sind, damit da nicht die Lücken noch mehr gesucht werden, auch letztendlich bis zum strafrechtlichen, das ist ganz klar. Aber lesen Sie die Verwaltungsvorschriften der Fördermittel, so etwas schlimmes, dass ich eigentlich diese Sache nicht so recht verstehen kann. Es ist ja be-

dauerlich, wenn eine Gemeinde die Mittel bekommt, nach den Fördermittelmöglichkeiten, und nicht nach den Dingen, die sie am dringendsten benötigt. Ich sage einfach mal ein Beispiel: Fahrradwege waren in den ersten Jahren ideal zu fördern, weil eben das Programm zur richtigen Infrastruktur die Fahrradwege eben als einen bedeutenden Schritt ansieht. Aber wissen Sie, ich kann Fahrradwege und Nebenwege nicht in Ordnung bringen, wenn die Innenstadt mit Löchern und einer kaputten Infrastruktur behaftet ist. [...] Oder GVFG-Möglichkeiten, [...] das heißt, dass Straßen nur gefördert werden, die Gemeinden verbinden. Aber ich muss doch erstmal die Gemeinde in Ordnung bringen, ehe ich das mit der anderen Gemeinde verbinde, meine Auffassung dazu, und das sind schlimme Sachen.“ (P. aus N.)

Die Irrationalität der Förderpraxis beruht in den Augen der ostdeutschen Bürgermeister auf einer unzweckmäßigen Verteilung von Kompetenzen zugunsten der Landkreise und Regierungsbezirke, die keinen Bezug zu den kommunalen Notwendigkeiten haben. Gerade diese Kritik, die den Kommunen mehr Verantwortung und freie Entscheidung über den Einsatz der Fördermittel wünscht, vereint opportunistische und moralisch motivierte Kommunalpolitiker.

Neben eher grundsätzlichen Kritiken bezüglich der Deindustrialisierungspolitik und der Arbeit der Treuhänder, einer gerechteren Umverteilung durch Steuern und der notwendigen Einschränkung des sozialen Netzes der Bundesrepublik als Maßnahme gegen den Werteverfall, wird auch die zu geringe Ausstattung der Kommunen mit finanziellen Mitteln beanstandet:

„Also ich bedauere doch, bedauere eins ganz besonders, [...] dass die Bundesrepublik Deutschland eines der reichsten Länder ist, dass aber die Kommunen so geldknapp sind, und immer knapper werden, [...] dass es mir tatsächlich, und nicht nur mir, unverständlich ist, wieso dieses Missverhältnis zustande kommen kann. Wir kriegen im Prinzip immer mehr Dinge, die wir zu erledigen haben, übertragen, und haben aber immer weniger Einnahmen.“ (H. aus E.)

Nach dem Bürgermeister von W. kommt die Abhängigkeit der Gemeinden von staatlichen Zuweisungen durch deren Zweckgebundenheit einer restriktiven Zwangsverwaltung näher als einer kommunalen Selbstverwaltung. Dem widersprechen aber zwei der Ethospolitiker. Die Verwaltungen der Städte seien heute gegenüber ihren Befugnissen zu DDR-Zeiten durch ihre Eigenschaft als Rechtsperson und die damit verbundene Möglichkeit zur eigenständigen Vertragsbindung nicht mehr rein ausführende Verwaltungsbehörden.

„In der DDR [...] da sagte der Parteisekretär auf Kreis- oder Bezirksebene, die Stadt kriegt soundsoviel Geld, Punkt, aus. Und der Bürgermeister zu DDR-Zeiten hatte, glaube ich, auch sehr viel weniger Spielraum, als ich den jetzt heute hatte, also er war ja völlig abhängig im Grunde, da konnte man tricksen, und da ist auch viel getrickst worden, mal zum Guten, mal zum Schlechten, aber es war ja auch außerhalb jeglicher, – am Schluss war ja auch die Verwaltung genauso wie die Betriebe nur noch eine Farce.“ (C. aus B.)

An ihrer Perspektive auf die Unterschiede zwischen den kommunalen Gegebenheiten der DDR und der Bundesrepublik scheiden sich Ethos- und Karrierepolitiker. Während die „alten“ DDR-Kommunalpolitiker ihre Ermessensräume und die über informelle Beziehungen und Netzwerke geschaffenen Dispositionsspielräume in der DDR als Handlungsspielräume und Freiräume der lokalen Ebene auffassen, werden diese Spielräume beispielsweise vom Bürgermeister von B. als eine durch informelle Taktiken und illegitimes „Tricksen“ erreichte Aufweitung der insgesamt minimalen formalen Freiräume in der DDR erklärt.

Die Tatsache, dass die offizielle rechtliche Ordnung und die formale Organisation dem Bürgermeister von B. als Maßstab für seine Beurteilung dient und er nur das als legitim betrachtet, was auch legal ist, deutet auf einen

Bruch in der Kontinuität der unbewussten DDR-Denkmuster hin, der sich im Bewusstsein der opportunistischen Karrierepolitiker nicht vollzogen hat. Während der Akzent der DDR-Kommunalpolitiker vor allem auf dem informellen Aushandeln liegt, das die politische Praxis in der DDR prägte, empfinden die neuen und moralisch motivierten Politiker die formalen gesetzlichen Regelungen als Rahmen für – gegenüber dem zentralistischen DDR-Verwaltungssystem – deutlich weitere Handlungsspielräume.

Trotzdem gehen auch die Bürgermeister von B. und N. bezüglich der starken Reglementierung der kommunalen Verwaltung mit ihren Kollegen konform:

„Ich denke, dass wir dringend was tun müssen in der, im Bereich der Gesetzgebung, also man kann das ja mal so salopp formulieren: Also, lieber jeden Tag zwei Gesetze weniger als eines neu. Wir binden uns in einer Weise, das ist unsäglich. Ich glaube, es gibt kein Land, was das so ausserem lässt, wie wir. Wir sind einfach auch dadurch nicht flexibel.“ (C. aus B.)

Neben fehlenden finanziellen Mitteln scheiterten kommunale Projekte aber vor allem an der Überreglementierung der Verwaltung, die das diesbezügliche DDR-Maß um das Zehnfache übersteige. Die Übereinstimmung aller Bürgermeister in diesem Punkt lässt sich darauf zurückführen, dass als Referenz für diese Wahrnehmung weder die westdeutsche Kommune noch die DDR-Gemeinde fungiert, sondern die Zeit des „Wilden Ostens“ Anfang der 90er Jahre. Sein Unbehagen gegenüber der westlichen Verwaltungsregelung formuliert allen voran der Bürgermeister von H. Allerdings beschränkt sich seine Kritik, wenn man genauer hinsieht, nicht allein auf die starke Reglementierung an sich. Sie bezieht sich auch auf diejenigen, die sich strikt an diese Vorschriften halten:

„Bei der sturen Anwendung von DIN-Vorschriften, was wir hier haben, wo wir uns selbst auch sehr viele Schwierigkeiten machen, [...] ich sag mal, man darf es natürlich nicht überspitzen, das was wir hier machen. Ich bin schon der Meinung, und wenn man sich unterhält, mit vielen Kollegen, die sind alle zu der Erkenntnis gekommen, sicherlich weiß man das auch an höherer Stelle, dass wir dermaßen viele Gesetze und Vorschriften haben, in Deutschland, dass wir uns selber die Hände gebunden haben. Und die Beine noch dazu. Wir kommen also kaum noch weiter. Wir haben so viele Dinge, das müsste wesentlich vereinfacht werden, es könnte eigentlich vieles schneller und einfacher gehen, ja, wenn zwei anfangen, ein Haus zu bauen, in Portugal und in Deutschland, da sind die da drüben schon fertig, da sitzen wir noch über der Planung. Oder haben wir irgendwo ein Entenei gefunden, was da wieder an der falschen Stelle liegt? Also wir machen uns da selbst das Leben dermaßen schwer. Und auf die Art und Weise, da bin ich schon der Meinung, da können wir nicht ins nächste Jahrtausend gehen, mit so einer Arbeitsweise, da verpassen wir wirklich den Anschluss. Weil das viel zu zählebig ist. Wir haben viel zu viele Leute, die auf irgendwelchen Paragraphen herumreiten.“ (L. aus H.)

Neben der alten DDR-Maxime, der Mensch solle im Mittelpunkt der Entscheidung stehen, nicht das Gesetz, wird hier auch ein monistisches Verständnis der allgemeinen Interessen exemplarisch, das sich nicht auf das Interview mit dem Bürgermeister von H. beschränkt. Auch der Bürgermeister von F. äußert sein Unverständnis ob der notwendigen Einbeziehung von Denkmal- und Umweltschutzbehörden in kommunale Entscheidungen. Gerade hier könne man Gelder einsparen, die an anderer Stelle sinnvoller zu investieren wären.

Von der kritischen Distanzierung der ostdeutschen Bürgermeister vom neuen politischen und administrativen System kann jedoch nicht auf ein insgesamt distanzierteres Verhältnis zum rechtlichen und organisatorischen Rahmen der Bundesrepublik geschlos-

sen werden. Problematisch erscheint den Bürgermeistern neben den hier aufgeführten Kritikpunkten am westdeutschen Modell auch und vor allem die Rolle der Parteien, auf die später in direktem Vergleich zum Verhältnis der westdeutschen Bürgermeistern zur Parteipolitik näher eingegangen wird.

„Diese Gemeindeordnung [...] hat [...] alle Problemfälle im Griff.“ (S. aus T.)

Das „altbewährte“ System aus westdeutscher Perspektive

Gerade im Vergleich mit den kommunalpolitischen Systemen anderer europäischer Länder sieht der Bürgermeister von T. das bundesdeutsche System der kommunalen Selbstverwaltung durch Planungs- und Finanzhoheit der Kommunen als deutlich überlegen. Grundsätzliche Probleme mit diesem System thematisiert keiner der interviewten westdeutschen Bürgermeister, die Regelungen der Gemeindeordnung werden für gut befunden. Durch ihre in der Regel längerfristige kommunalpolitische Arbeit im Vorfeld beziehungsweise ihre juristische Ausbildung sind die westdeutschen Bürgermeister mit der geltenden Rechtssprache und der kommunalen Verwaltungspraxis vertraut. Darüber hinaus sind dies auch die ausgebildeten Angestellten in der kommunalen Verwaltung, so dass für die haupt- und ehrenamtlichen Wahlbeamten ein Überblick über Verwaltungspraxis im Einzelnen nicht zwingend notwendig ist. Die kommunalen Verwaltungen arbeiten in den alten Bundesländern seit über einem halben Jahrhundert nach den in den Kommunalverfassungen fixierten Prin-

zipien und rechtlichen Vorschriften. Insofern fällt die starke Reglementierung den wenigsten westdeutschen Interviewpartnern in dem Maße auf, wie dem gegenüber ihren Kollegen in den neuen Bundesländern. Außerdem erleben die meisten westdeutschen Bürgermeister ihre Tätigkeit nicht als durch starke verwaltungstechnische Reglementierung eingeengt. Dies liegt nicht nur an ihrer fehlenden Erfahrung des „Wilden Ostens“. Vielmehr werden bestehende Handlungsräume auch innerhalb der westdeutschen Praxis ganz unterschiedlich genutzt und oftmals in der einen oder anderen Weise „erweitert“.

Zwar sehen die westdeutschen Bürgermeister ihre Handlungsmöglichkeiten durch ihren immer dramatischeren Geldmangel eingeschränkt, der beispielsweise dem Bürgermeister von S. die Möglichkeit zum selbständigen Agieren und zum Initiieren eigener Projekte nimmt. Zusätzliche Handlungsmöglichkeiten erschließen sich für die kleineren Gemeinden aber durch die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen und durch das Engagement im Gemeinde- und Städtetag. Unterschiede ergeben sich hier aber auch allein durch die Ortsgröße, denn bei in etwa vergleichbarer Pro-Kopf-Verschuldung sieht sich der Bürgermeister von S. weitgehend nur in der Lage, Bestehendes instand zu halten, während der Bürgermeister von H. mit finanzieller Unterstützung des Landes ein neues Kulturzentrum baut.

Wenn der Bürgermeister von A. bei der Aufzählung seiner Aufgaben an sehr früher Stelle in krassem Gegensatz zu den vertikal kontaktarmen, ostdeutschen Gesprächspartnern die Notwendigkeit der Pflege seiner Kontakte zur Landesebene nennt, liegt dies vor allem an der politischen und finanziellen Unterstützung der

westdeutschen Kommunen durch ihr Bundesland, was auch die in der westdeutschen Vergleichsregion deutlich geringer ausfallende Kritik an und Distanzierung von der Politik der Landesebene erklären könnte. Nach dem Bericht des Bürgermeisters von A. ist die Notwendigkeit guter Kontakte zur Landesregierung auch den Bürgern seiner Stadt bewusst:

„Und natürlich auch die Überlegung, man könnte jetzt vielleicht in A. am meisten erreichen, wenn man über die [Landesregierung] gute Verbindungen hat. Und wenn ich jetzt an das Kraftwerk, da die Situation sehe, es ist also so, dass er das jetzt [Name des Ministerpräsidenten] zum Beispiel zur Chefsache gemacht hat, und auf diese Art schon hilft, das muss man ganz klar so sehen. Dass man sich in [diesem Bundesland] als Unionsbürgermeister bisschen leichter tut.“ (G. aus A.)

Die intensive Suche nach finanzieller und politischer Unterstützung wird nicht verheimlicht, vielmehr erscheint die konkrete Nutzung der gepflegten Kontakte als legitimer Bestandteil kommunalpolitischer Arbeit. Die Beziehungsverflechtung zur Landesebene erfolgt dabei entweder durch direkte Kontakte zu Landtagsabgeordneten und Ministern oder direkt wie hier über die Union zur Landesregierung.

„Hier galt es also die Bewerbung, auch die Öffentlichkeit, die Meinungsträger, auch die politischen Entscheider zu unseren Gunsten zu motivieren, da hatten wir sehr gute Mitstreiter auch, die Medien, die Wirtschaft, die gesamte Region an sich, auch die, das war auch eine, also ein sehr enges Zusammenarbeiten, ich bin Mitglied der SPD, das habe ich schon einmal gesagt, in [Name des Bundeslandes] entscheidet aber auf Landesebene nicht die SPD, sondern die Union, schon seit geraumer Zeit, auch die Entscheidungsträger der Union mit einzubinden, wir hatten das Glück, dass damals ein [Bürger der Stadt] Finanzminister war, der sich sehr stark für die Stadt in dieser Frage engagiert hatte, und dieses Arbeiten Hand in Hand, aller Interessengruppen, aber auch aller politischen Richtungen, für diese Bewerbung war dann letztlich erfolgreich.“ (D. aus H.)

Der vielfach kritisierte Klientelismus der Parteien auf Bundes- und Landesebene⁹⁷ findet offenbar seine Entsprechung auch auf kommunaler Ebene und wird von den Lokalpolitikern bewusst genutzt. Die von mehreren sozialdemokratischen Bürgermeistern beschriebene und durch lokalpolitisches Entgegenkommen vorbereitete Mobilisierung der generell in der Vergleichsregion sehr engen Kontakte der Union zur Landesregierung beschreibt der Bürgermeister von E. als politische Armut. Politische Grundsätze werden seiner Meinung nach von als Pragmatismus getarntem Opportunismus überlagert.

An der staatlichen Förderpraxis erhebt sich nur in den seltensten Fällen Kritik, zumal sich die westdeutschen Bürgermeister bei der Beschaffung finanzieller Mittel aus der Landeshauptstadt, Berlin oder Brüssel zum Teil sehr ideenreich zeigen:

„Die Leute denken immer, ich will eine Waschmaschine, oder ich will ein Schwimmbad, oder ich will eine Abwasserbeseitigung, aber die denken nicht, konnte, ich was, im Moment jetzt auch mit den Fördermitteln, ohne weiteres möglich ist, welches Projekt könnte dazu angetan werden, dass ich eine Abwasserbeseitigung oder ein Schwimmbad bekomme. Welches Projekt wäre so spannend, wäre so interessant, und könnte unseren Raum so nach außen tragen, dass die EU sagt, das Projekt interessiert mich, und dafür zahlen wir.“ (E. aus N.)

Allein der Bürgermeister von E. kritisiert die Fördergeldvergabe des Landes in der Vergleichsregion als ungerecht und gebunden an persönliche Beziehungen. Daneben beschafft er sich aber durch die Vehemenz seines Auftretens in den entsprechenden Behörden und kleine Tricks selbst Zuschüsse, deren Vorgaben er faktisch nicht erfüllt: Dies hält er in seinem speziellen Fall für legitim.

Auch der Bürgermeister von C. führt seine weite Handlungsfreiheit nicht nur

auf seine juristische und wirtschaftliche Kompetenz, sondern auch auf die notwendigen Beziehungen und die Kenntnis informeller Verfahrensweisen gerade im Bereich der Fördermittelvergabe zurück. So verschafft er sich beispielsweise durch Verhandlungstaktik und das Ausspielen einzelner Beteiligter gegeneinander große Summen an Fördergeldern vom Landkreis, die ihm eigentlich nicht zustehen. Auch dies wird als legitimer Erfolg bewertet und offen dargestellt. Dies gilt auch für den Bürgermeister von N., dem allerdings bewusst ist, dass solche Praktiken, in denen er auch die Kompetenzen seiner Ämter in Stadt und Region zur Erlangung größerer Handlungsfreiheit durchmischt, in der Öffentlichkeit als illegitim gebrandmarkt werden könnten:

„Und was ich immerhin erreiche, ist zumindest eben, dass ich mittlerweile diese Leute alle kenne, dass ich Gespräche führe, dass ich eben manche Dinge auch erreiche, worüber man dann vielleicht auch nicht unbedingt immer sofort öffentlich spricht, sondern, das sind manchmal natürlich Kleinigkeiten, aber manchmal sind das auch wieder größere Dinge, und so ist man eigentlich dauernd unterwegs, um eigentlich zu versuchen, den Standort zu stärken.“ (E. aus N.)

Seine Kenntnis informeller Verfahrensweisen konkretisiert der Bürgermeister von C. an der Vorbereitung seines möglichen Nachfolgers auf das Bürgermeisteramt. Dabei meint das „Einschalten der politischen Ebene“ den Rückbezug auf parteiinterne Beziehungen zur jeweils entscheidenden politischen Ebene:

„Ein weiterer Gedanke für den Nachfolger, nie auf der politischen Ebene etwas durchdrücken wollen von oben. Immer, ob das Landratsamt ist, ob das Regierung ist, ob das Ministerium ist, immer den Kontakt zuerst mit dem Sachbearbeiter suchen. Und erst dann, wenn der Sachbearbeiter sagt, da komme ich nicht mehr weiter, [...] dann müssen sie die politische Ebene einschalten. Dann erst von oben. Aber sie haben wenig Chancen, überhaupt normal bedient zu

werden, wenn sie jedes Objekt über das Ministerium laufen lassen.“ (B. aus C.)

Nichtsdestoweniger müssen die notwendigen Kontakte auch für den möglichen Nachfolger im Amt aufgebaut werden:

„Genausou, mein Kämmerer, [...] ist bei mir die rechte Hand. Vielleicht wird er also noch mein Nachfolger. Ist noch nicht entschieden. Nehme ich zu jedem Minister mit. Zu jedem Referenten, ob Ministerium, Regierung, ob das oder das. Damit der auch mit den Leuten, denn man kann ja ganz anders verhandeln, Telefongespräche führen. Wenn man sich schon länger kennt, wenn man weiß, wie der reagiert, wie der ausschaut. Ja. Wir waren erst kürzlich wieder in [der Landeshauptstadt], habe ich gesagt, komm, da sitzen drei Ministerien da, wir schauen, dass wir mit denen drei zusammenkommen. Wir, und dann sagen die, Herr B. [...], dann sage ich, mein Kämmerer, rechte Hand, eventuell sogar mein Nachfolger, ja, mit denen braucht der nicht mehr sich vorstellen oder bei einem Telefongespräch, und und und, die wissen, das ist der Mann, und er weiß, wie gehe ich mit den Leuten um.“ (B. aus C.)

Im Zusammenhang mit der Nutzung informeller Beziehungen zur – wenn nicht illegalen so doch illegitimen –, Erweiterung der persönlichen Handlungskompetenz sind auch die Aussagen des Interviewpartners aus C. zu den Formen praktizierter Kommunalpolitik interessant:

„Aber eines muss ich ihnen sagen, worauf ich besonders stolz bin. Ich habe während meiner Tätigkeit hier als Bürgermeister weder einen Bediensteten angesprochen auf die Mitgliedschaft der Union, noch bei Wohltaten, die ich manchem Bürger gemacht habe hier in C., dass ich die Partei ins Spiel gebracht habe, und zum Beispiel gesagt habe, als Dank können sie mir jetzt den Beitragszettel unterschreiben. Was sonst sehr selten ist. Weiß ich von anderen Bürgermeistern, die immer wieder drauf aus sind, möglichst im Amt Gleichgesinnte parteimäßig zu haben, hat es bei mir nicht gegeben, genausou habe ich nie als Fraktionsvorsitzender im Kreistag oder im Stadtrat das Wort Fraktionszwang benutzt.“ (B. aus C.)

Innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland werden

also auch auf der kommunalen Ebene von Parteien oder parteilich gebundenen Amtsträgern Macht und Einfluss missbraucht werden. Es stelle nicht die Ausnahme, sondern die Regel dar, dass Parteien über die aus ihren Reihen rekrutierten Amtsinhaber Einfluss auf die Vergabe von Stellen nehmen (Ämterpatronage), dass die Erfüllung von Bürgerwünschen an eine Parteimitgliedschaft geknüpft wird und dass Entscheidungen in kommunalen Gremien von der Fraktionsführung angeordnet werden (Fraktionszwang). Der Bürgermeister von C. distanziiert sich zwar von einer solchen Praxis, macht auch deutlich, dass er sehr wohl in eine entsprechende Situation hätte kommen können:

„Bin auch froh, dass ich, dass alle Verwandte von mir in C. nicht mit der Stadt etwas zu tun haben, ich habe also keinen Cousin oder so und so einen Posten verschaffen müssen, was ja sonst immer üblich ist, auch nicht einem nahen Freund.“ (B. aus C.)

Hier scheint ihm zwar bewusst zu sein, dass diese augenscheinlich übliche „Vetternwirtschaft“ Amtsmissbrauch darstellt, jedoch mutet sie ihm nicht vollkommen illegitim an. Den fließenden Übergang innerhalb seines Demokratieverständnisses und Rechtbewusstseins macht eine weitere Aussage deutlich:

„Eines habe ich natürlich hier speziell dann als Bürgermeister kennen gelernt, dass der Stadtrat im Endeffekt der arme Hund ist. Wenn der Bürgermeister etwas durchsetzen will, ohne, dass er lügt, aber er hält einige Argumente zurück, eine Sache, die doch legitim ist, dann ist der Stadtrat einfach nicht in der Lage, richtig zu entscheiden. Oder er wird, ich sage jetzt nicht getäuscht, aber der kriegt eben das nicht mit.“ (B. aus C.)⁹⁸

Das Vorenthalten von für die anstehende Abstimmung im kommunalpolitischen Gremium wichtigen und möglicherweise entscheidenden Fakten sieht der Bürgermeister von C. als legitimes Mittel an, eine Entscheidung in seinem Sinne zu manipulieren.⁹⁹

Gleichzeitig gibt er einem fiktiven Amtsnachfolger aber den Ratschlag:

„Und nie tricksen. Nie tricksen. Nicht im Stadtrat, nicht bei der Bevölkerung, nie mit einem Hintergedanken etwas durchbringen, die Leute über den Tisch ziehen, oder irgendwas, sondern immer offen. Immer offen, immer offen. Nicht bei der Gewerkschaft so reden, beim Arbeitgeberverband, wenn sie eingeladen sind, anders. Sondern immer dieselbe Zunge.“ (B. aus C.)

Für den Bürgermeister von C. erfüllen die von ihm angewandten undemokratischen Mittel zur Durchsetzung seiner Interessen offenbar nicht den Tatbestand des „Tricksens“. Seine Vorstellung von legitimer Politik erscheint in diesem Zusammenhang diffus.¹⁰⁰

Sein politisches Gegenstück findet sich in der Person des Bürgermeisters von U., der die Beschaffung von Fördermitteln zwar ebenso zu seinen Aufgaben zählt, seine Tätigkeit aber als rein administrativ ausführend und nicht politisch gestaltend sieht:

„Aber wir, wir haben uns zu bewegen innerhalb der Gemeindeordnung, innerhalb der Gesetze, und das richtig zu machen, das ist unsere Arbeit, und wenn uns das gelingt, dann kann man sagen, erfolgreich. [...] Weil wir ja nicht von uns aus irgendetwas betreiben, und das dann erfolgreich abschließen, wenn der Auftrag da ist, meinewegen eine Straße zu bauen, dann wird das erledigt, das ist dann weder erfolgreich noch nicht erfolgreich, das wird eben gemacht und aus.“ (H. aus U.)

„dass der Staat einem dann nicht [...] mehr in die Tasche greift“ (K. aus W.)

Westdeutsche Kritikpunkte

Während sich die Mehrzahl der Bürgermeister aus der ostdeutschen Vergleichsregion zumindest gegenüber einer ihrem Empfinden nach zu starken Reglementierung des öffentlichen Lebens und der Verwaltung kritisch äußert, ist ein solcher Konsens bei den

westdeutschen Kommunalpolitikern nicht zu entdecken. Ihre nur vereinzelt und in der Regel nur auf konkrete Nachfrage erfolgende Kritik richtet sich allein auf unterschiedliche Facetten der politischen und rechtlichen Strukturen der Bundesrepublik.¹⁰¹ Die von den ostdeutschen Bürgermeistern monierte zu starke Reglementierung wird von den westdeutschen Interviewpartnern selten und dann nur punktuell als kontraproduktiv dargestellt.

Ein allerdings von mehreren westdeutschen Bürgermeistern beschriebener Kritikpunkt besteht in der Unterwanderung des Konnexitätsprinzips vor allem durch die Bundesebene. Hier werden den Kommunen ohne Möglichkeit zur Einflussnahme der kommunalen Ebene Aufgaben zugeteilt, die zudem von den Kommunen finanziert werden sollten.¹⁰²

„Die Kommunalpolitik ist ja die unterste Ebene. Und dass man leider heute, und da sind alle Bundesregierungen gleich, die vorherige war, und die jetzige ist wieder gleich, man beschließt tolle Gesetze in Berlin, ausführen müssen es die anderen und zahlen müssen es die anderen.“ (G. aus A.)

Daneben kritisiert der Bürgermeister von W. die von ihm so genannte „Zuschussfalle“ des Staates, der zwar das Fließen von Zuschüssen für einen sehr nahen Zeitpunkt ankündigt, die finanziellen Mittel letztendlich aber erst Jahre später auszahlt, währenddem ein großer Teil dieser Fördergelder für die inzwischen angefallenen Kreditkosten der kommunalen Vorfinanzierung aufgewendet werden muss. Die Schuld für die finanzielle Misere der Städte und Gemeinden sieht der Bürgermeister von N. wie sein Kollege aus U. eher in der Firmenpolitik der ortsansässigen Betriebe, die ihre hier erwirtschafteten Gewinne durch den internationalen Einkauf verschuldeter Unternehmen ausgleichen, um keine Steuern zahlen zu müssen. Probleme in Bezug auf das

rechtliche und politische System sieht er in seinem Amt nicht:

„Wissen sie, ich bin Jurist, und ich muss ihnen sagen, ich kann alle Positionen oder Probleme so lösen, dass ich die rechtlich dafür richtige Form finde.“ (E. aus N.)

Weitere Kritik regt sich bei den westdeutschen Bürgermeistern nur noch in Bezug auf die vorgeschriebene pluralistische Form der kommunalen Entscheidungsfindung. So beschreibt beispielsweise der Bürgermeister von H. Situationen im Dienst eines jeden Bürgermeisters, in der man am liebsten an den Vorschriften der Gemeindeordnung und am Stadtrat vorbei beschließen würde. Sein Leiden unter den manchmal sehr mühsamen, demokratischen Prozeduren führt aber nicht zur Entwicklung anderer Konzepte; die Vorschriften werden als gegeben hingenommen.

Für die sachliche Arbeit von Vorteil wären seiner Ansicht nach kleinere Entscheidungsgremien. Als sehr aufwendig und problematisch sieht auch der von seiner vorherigen, als unpolitisch empfundenen Verwaltungstätigkeit geprägte Bürgermeister von W. die demokratisch-pluralistischen Formen der Entscheidungsfindung an:

„Da ist immer dieser ganze Automatismus, da müssen wir den mit einbinden in diese Unterredung, und der muss seine Meinung sagen dürfen, und der und der und der, dann wird so vieles dabei zeredet. Dass man sagen könnte, ich entscheide, ich wäge grundsätzliche Gedanken ab, und dann kommt das so. Aber da werden eben die ganzen Verbände und die ganzen Institutionen, und wer da alles das große Sagen mit hat, und die Lobby, die im Hintergrund dann sowieso dann noch mit aufmischt, die müssen mit eingebunden werden, sicher ist es irgendwo ein demokratischer Entscheidungsprozess, Meinungsfindungsprozess, aber, geht manchmal sehr zu Lasten jetzt von Gemeinden oder der Allgemeinheit als solcher.“ (K. aus W.)

In dieser Kritik, die sich aber im Westen auch nur punktuell zeigt, wird eine

Parallele zu den Kritikpunkten der ostdeutschen Bürgermeister sichtbar. Letztlich wird die Einbeziehung der betroffenen Institutionen und Verbände in die kommunalen Entscheidungen aber gutgeheißen, die Kritik wird, außer im Fall des Bürgermeisters von W., der ein monistisches Verständnis des Allgemeininteresses an den Tag legt, durch eine generelle Einverständniserklärung mit den geltenden Regelungen entkräftet:

„Wir haben hier in T. 32 Träger öffentlicher Belange zu hören. Das geht an vom Bergbauamt, vom Forstamt, von der Jagdgenossenschaft, über, ja bis hin zu Verkehrsämtern, Straßenbauamt, Flussbauamt. [...] Und die müssen alle ihr Plazet geben. Und das dauert natürlich, [...] allein wenn ich den Plan anleiere, muss ich schon mal ein halbes Jahr rechnen, bis die alle geantwortet haben. [...] Hm, das sind so Hindernisse, die wir uns selber in den Weg gelegt haben. Ich sage jetzt Hindernisse, auf der anderen Seite ist es gut. Denn der Bund Naturschutz muss Stellung nehmen. Die, die niedere und die obere Naturschutzbehörde, also in den Landratsämtern, die müssen alle Stellung nehmen [...] Denn sonst würden manche Bürgermeister aufs Blaue hinaus bauen. Wer nicht verantwortungsvoll handelt, der wird vielleicht sagen, ein wertvolles Biotop? Was? Pfeif drauf, stellen wir eine Firma rein. Also, insofern ist es schon gut, dass wir die hören müssen.“ (S. aus T.)

„Ist das nun Politik?“ (W. aus S.)

Abgrenzung von „Politik“

Die aus Art. 20, Abs. 2 GG hervorgehende horizontale Gewaltenteilung innerhalb des politisch-administrativen Systems der Bundesrepublik wird durch die in Art. 28, Abs. 2 formulierte kommunale Selbstverwaltung und die mit ihr verbundene Dezentralisierung der Exekutive in vertikaler Hinsicht ergänzt. Die hierin formulierte Zugehö-

rigkeit der kommunalen Verwaltungen zur staatlichen Exekutive führt verbunden mit der zwangsläufigen großen Bedeutung von Sachentscheidungen im örtlichen Kontext oftmals zu der Annahme, dass die Ebene der kommunalen Selbstverwaltung unpolitisch sei. Doch allein die Frage des Vorrangs einer kommunalen Aufgabe vor einer anderen und die Frage, für wen eine Lösung die beste ist, zeigt den unbestreitbar politischen Charakter kommunalpolitischer Entscheidungen auf. Zudem sind die in der Kommunalverwaltung getroffenen, den Beschlussvorlagen vorausgehenden Entscheidungen ebenfalls als politische Akte zu verstehen, wenn man davon ausgeht, dass das Wählen unter alternativen Handlungsmöglichkeiten im politisch-gesellschaftlichen Kontext als politische Entscheidung zu verstehen ist.

Zwar wird im Osten die Verwaltung als zentrale Aufgabe des Bürgermeisters sehr betont,¹⁰³ trotzdem begreifen die meisten ostdeutschen Interviewpartner ihr Amt und auch einen großen Teil ihrer Aufgaben trotz des für sie negativ besetzten Begriffes als politisch. Ein Grund dafür liegt möglicherweise in der Ausbildung ihres Begriffs von Politik in der DDR:

„Zu DDR-Zeiten war zwar alles in irgendeiner Weise politisch, aber es haben sich nur die wenigsten wirklich dafür interessiert.“ (L. aus S.)

Dieses allumfassende Politikbild drückt sich bereits in der biographischen Beschreibung des Bürgermeisters von W. aus, es wird aber in den seltensten Fällen so neutral beschrieben wie bei ihm. Die alle gesellschaftlichen Bereiche betreffende Zuordnung des Begriffes ging einher mit der Politisierung und parteilichen Durchdringung all dieser Gebiete, was sich in der allgegenwärtigen Forderung von Loyalitätsbekundungen mit dem SED-Staat

und der Sanktionierung von deren Verweigerung auswirkte.

„Aber mit Politik [...], das begann dann im beruflichen Leben, wo ich mich mit Politik dann auseinandersetzen musste. Wissen Sie, Politik war ja in der DDR eigentlich verschrien, außerdem, die, letztendlich die in dieser SED waren, die die politische Führung hatte, es gab ja nur die eine Richtung, und die ging ja auch, ständig auch von der Schule an bis zur Hochschule, in den Marxismus-Leninismus reingetrieben worden, haben ihn alle gehasst, haben ihn als Philosophie eigentlich gar nicht anerkannt, mussten ihn aber lernen, und mussten ihn, ohne das eigene Denken mit einzubringen, wiedergeben, um die Zensuren zu kriegen. Also dort war ja nicht gefragt, ob ich selbst denke, da war immer die Gefahr, das man etwas anderes denkt und sagt, als was der Lehrer sagt oder im Buch steht, sondern wir waren ja immer nur Wiederkäuer der Dinge, die dort uns gesagt worden sind, also das hat ja mit Politik nichts zu tun, höchstens, dass man sich geschützt hat vor Politik, vor der Politik, für die wir nicht dastanden.“ (P. aus N.)

Insofern diente auch der Eintritt in eine Blockpartei nicht der Möglichkeit, sich in anderer Form als in der SED politisch betätigen zu können, sondern viel mehr der Möglichkeit zu politischer Passivität:

„Das war für die allermeisten der Beweggrund in die Blockpartei CDU zu gehen. Und damit war natürlich politische Aktivität in gewisser Weise gesetzt. Die war aber nicht gesetzt, um irgendwas zu verändern, sondern sich zu schützen. Unser ganzes miteinander war, wie können wir uns am besten aus dem ganzen anderen Mist rausangeln.“ (P. aus N.)

Die hieraus folgende Distanzierung und das Negativ-Bild der DDR-Bürger von Politik wirkt hinüber in die Nach-Wende-Zeit und führt durch die notwendige Legitimation der eigenen Tätigkeit zu einer getrennten Wahrnehmung politischer Sphären und zwei unterschiedlichen Politikbegriffen, auf die im folgenden Kapitel näher eingegangen wird.

Ähnlich wie im Westen Verwaltung in den seltensten Fällen als Schwierigkeit in der Amtsausübung empfunden

wird, fällt auch die Ablehnung von Politik geringer aus als bei den ostdeutschen Gesprächspartnern. Dies liegt einerseits an der Verinnerlichung der westdeutschen politischen Strukturen, die nicht oder nur sehr eingeschränkt infrage gestellt werden, und andererseits an den von den West-Bürgermeistern nicht geteilten Erfahrungen der Ostdeutschen mit der Politisierung des gesamten gesellschaftlichen Umfeldes, welches die Bürgermeister aus den neuen Bundesländern sehr sensibel für alles „Politische“ macht.

„Große“ und „kleine“ Politik¹⁰⁴

Die Kritik an und Distanzierung von Politik ist bei den interviewten Kommunalpolitikern eng verbunden mit einer Unterscheidung zwischen „großer“ und „kleiner“ Politik:

„Als Stadt können wir nicht in die große Politik mit eingreifen“ (K. aus Z.) „Nein, also Politik spielt sicher in jeder Familie irgendwo eine Rolle, eher die große Politik dann natürlich. Bundestag. Landtag.“ (K. aus W.)

Als „große“ Politik wird in der Regel die praktizierte Politik auf Bundes- und Landesebene oder die Form ihrer Ausübung bezeichnet. Der Begriff bezieht sich aber gerade bei den Bürgermeister*innen aus den neuen Bundesländern auch auf die Ebenen der Regierungsbezirke und Landkreise, was auf die Bedeutung der Bezirke und Kreise in der zentralstaatlichen politischen Struktur der DDR zurückgeht.¹⁰⁵ Dabei wird oftmals „Politik“ als Synonym für „große Politik“ verwendet.¹⁰⁶ Dieser großen Politik wird die Kommunalpolitik gegenübergestellt; Distanzierung und Kritik bezieht sich nur auf die Ebene der großen Politik, nicht auf kommunale und lokale Politik.

Für die Bürgermeister der neuen Bundesländer fußt die Unterscheidung zwischen großer und kleiner Politik auf mehreren Ursachen, die sich jedoch wiederum weitgehend auf die größere Bedeutung der Parteien auf der Ebene der großen Politik zurückführen lassen. Große Politik ist für sie ebenso unerreichbar wie unbeeinflussbar. Sie gilt als von den Parteien dominiert und damit als vorwiegend ideologisch und von der Realität auf kommunaler Ebene weit entfernt. Auch die konfliktdemokratische Art der Entscheidungsfindung unterscheidet große von kleiner Politik:

„Mir wird das auch manchmal kritisch vorgeworfen, dass ich immer den Kompromiss suche, oder immer den Frieden will und so etwas alles, ich will ihn nach wie vor. Ich will es nicht zu vereinfachen, aber manchmal sage ich, wenn der Wasserhahn tropft, dann braucht der Bürger eine Dichtung und nicht ein Parteiprogramm [...] ich denke mal, dass vielleicht der Fortschritt in der Stadt B. auch deswegen so gut gelungen ist [...] weil wir eben nie uns in politische Streiterei verzettelt haben.“ (C. aus B.)

Entscheidungen nach praktischer Maßgabe werden ideologischen Grundsatzdebatten nicht nur wegen deren Konflikthaftigkeit vorgezogen, sondern auch weil letztere eine sachliche Entscheidungsfindung und Problemlösung hemmen.¹⁰⁷

Die meisten Bürgermeister verstehen wie der Interviewpartner in W. die Gemeinde und auch den Gemeinderat in weiten Teilen als eine auf ein gemeinsames Ziel orientierte Gemeinschaft, in der Parteien im Sinne von Vertretern singulärer und kontroverser Interessen keinen Platz haben.¹⁰⁸

„Ich muss noch mal betonen: ich bin kein Parteipolitiker und ich will auch keiner werden. Man kann auch als Bürgermeister sich parteipolitisch betätigen, in dem man im Kreistag tätig ist und in dem man strategisch bestimmte Ziele verfolgt. Und dieses war nie mein Ansinnen und ich bin wirklich mehr ein Kommunalpolitiker. [...] Ich bin kein Parteipolitiker.“

Obwohl ich Mitglied einer Partei bin. Ich nenne mich immer – und so machen Sie's auch – Kommunalpolitiker und ich habe nicht umsonst gesagt: es gibt auch Familienpolitik. Na ja, also in der kleinsten Zelle des Staates, in der Familie wird auch Politik betrieben, das ist aber auch keine Parteipolitik.“ (W. aus W.)

Die in diesem Zitat erwähnte Unterscheidung zwischen Kommunalpolitikern und Parteipolitikern weist auf ein weiteres Synonym für die große Politik hin: Die Parteipolitik. Durch die Dominanz der Parteien und die austauschbaren Köpfe ihrer Funktionsträger wird die große Politik gegenüber der Kommunalpolitik als unpersönlich und damit unverbindlich begriffen:

„Hier unten an der Basis ist es ja nicht bloß so, dass man sich vielleicht wie jetzt als Kreistag, Landtag oder dann Bundestag, dass man sich da gut verkauft und dann da über die Listen der Partei reinschlittert, ohne dass man da bekannt ist [...] Hier unten wird ja wirklich noch direkt gewählt, die Leute, die kennen mich, und die wählen also die Person. Die wählen jetzt nicht unbedingt die Partei, das steht überhaupt nicht im Vordergrund.“ (L. aus H.)

Das sinnähnliche Verständnis der Begriffe Politik und Partei führt dazu, dass die Begriffe „unpolitisch“ und „parteilos“ als gleichbedeutend und als Antonyme zu „parteilpolitisch“ gefasst werden. Wie eng große Politik heute unbewusst mit der Übermacht der SED in Verbindung gebracht wird, zeigt sich in der Darstellung des Bürgermeisters von N.: Instinktiv verbindet er große Politik in der Bundesrepublik mit der in der DDR üblichen Bedrängung potentieller Kader zum Eintritt in die herrschende Partei.

„Auch viele unparteiische, die auch heute nicht in der Partei sind, die werden auch nicht bedrängt, wir wollen hier wenig große Politik machen, im Ort, sich auf die Liste zu stellen.“ (P. aus N.)

Die Abgrenzung ihrer politischen Sphäre rührt für die ostdeutschen Kommunalpolitiker aber zusätzlich aus den stark begrenzten, für Entscheidungen zur Verfügung stehen-

den Handlungsräumen, die keinen Platz für ideologische Grundsatzentscheidungen lassen:

„Also, ich bin da sicher der Meinung, Kommunalpolitik kann in den meisten Fällen überhaupt keine Parteipolitik sein. Weil man in der Kommunalpolitik eigentlich nicht in solchen Zwängen lebt, dass man kaum was kann.“ (K. aus Z.)

Kommunalpolitik ist im Verständnis der ostdeutschen Interviewpartner weitgehend an Sachfragen orientiert. Dass sich dies in den alten Bundesländern jedoch anders verhält, vermutet der Bürgermeister von W.:

„Bei uns ist es noch nicht so, dass die Parteipolitik in den Vordergrund, auch im Gemeinderat, gestellt wird. Es ist nicht – wir sind hier immer mehr, immer noch mit Sachentscheidungen. Bauen wir's, oder bauen wir's nicht. Wir stellen nicht die Frage: wir bauen's zu Lasten von anderen sozialen Angelegenheiten, sondern bei uns geht's immer um: machen wir's oder machen wir's nicht, das ist bei Ihnen auch wieder anders.“ (W. aus W.)

In der diesbezüglichen Analyse der westdeutschen Interviews zeigt sich, dass er mit dieser Vermutung nur eingeschränkt richtig liegt. Während die begriffliche Unterscheidung zwischen großer und kleiner Politik im Osten unabhängig von der Ortsgröße thematisiert wird, scheint sie in der westdeutschen Vergleichsregion vorwiegend von den Bürgermeistern der kleinen Gemeinden angewandt zu werden. Diese Beobachtung läuft parallel zu der Erkenntnis, dass sich die Amtsinhaber in den größeren und großen westdeutschen Kommunen selbst noch weniger als ihre Kollegen in den kleinen Gemeinden von Politik distanzieren,¹⁰⁹ sich teilweise sogar mit der „großen“ Politik identifizieren. Trotzdem sind sich alle westdeutschen Gesprächspartner darin einig, dass Kommunalpolitik nicht so stark parteipolitisch geprägt sei und es auch nicht sein sollte. Die Verleugnung politischer Strukturen von Regierung

und Opposition findet sich aber vorwiegend in den kleineren Gemeinden der westdeutschen Vergleichsregion. Auch bei den westdeutschen Kommunalpolitikern kann die Assoziationskette Politik = große Politik = Parteipolitik beobachtet werden. Dabei bedeutet Parteipolitik die Auseinandersetzung von Gruppierungen unterschiedlicher Ideologien, was sich nicht auf unterschiedliche Meinungen zum diskutierten Thema beschränkt. Eine Problemlösung wird in diesem Bild von Politik nicht auf konsensdemokratischen Weg oder über einen Kompromiss erreicht, vielmehr setzt sich die nach Köpfen stärkere Fraktion durch. Diesem Prinzip folgend kann die offenbar zumindest bis zu einer bestimmten Orts- bzw. Stadtratsgröße übliche Form der pragmatischen und an der Praxis orientierten Entscheidungsfindung durch Abstimmung jedes Ratsmitgliedes nach eigenem Dafürhalten und häufig einstimmige Entscheidungen nicht „politisch“ sein. Insofern begreifen gerade die westdeutschen Bürgermeister der kleineren Gemeinden Kommunalpolitik faktisch ebenso wenig als Politik, wie beispielsweise ihre Vereinsarbeit.

„Ich bin kein Parteipolitiker und ich will auch keiner werden.“ (W. aus W.)

Die Rolle der Parteien

Der ostdeutsche Bürgermeister von W. trifft in seiner Schilderung die bewusste Unterscheidung zwischen Kommunal- und Parteipolitik:

„Da ja Politik ich immer einteile in Kommunalpolitik und Parteipolitik, muss ich noch was dazu sagen: ich hatte bis zu der Zeit den Vorsitz der Ortsgruppe unserer FDP, den habe ich aber mittlerweile als Bürgermeister abgegeben, weil ein Bürgermeister

ebenfalls ein Staatsdiener ist und parteipolitisch unabhängig sein muss in seinen Entscheidungen.“ (W. aus W.)

Die Notwendigkeit der parteipolitischen Unabhängigkeit des Bürgermeisters wird gleich doppelt begründet. Zum einen resultiert sie für den Bürgermeister von W. aus dem Staatsdienst, der unparteiische Entscheidungen erfordere, was dem Weberischen Beamtenbild entspricht,¹¹⁰ zum anderen aus der Feststellung, dass Parteipolitik und Kommunalpolitik sich widersprechen und Parteipolitik demgemäß auf kommunaler Ebene nicht erwünscht sei.¹¹¹ Wie wenig konsistent diese parteipolitische Unabhängigkeit jedoch exakt in seinem Fall ist, zeigt sich nur wenig später, wenn der Bürgermeister den Erfolg seiner Partei in der Gemeinde darauf zurückführt, dass er in seiner Eigenschaft als Bürgermeister am besten informiert sei und so sehr schnell auf anstehende Probleme reagieren könne. Eines der Hauptkriterien für die Unterscheidung zwischen Kommunal- und Parteipolitik wird wenig später deutlich:

„Ich fühle mich nicht als Parteipolitiker, ich fühle mich als Kommunalpolitiker, mir macht es Spaß, an der Basis zu arbeiten, mit Menschen zu arbeiten, die man anfassen kann.“ (W. aus W.)

Unter dem Begriff Politiker verstehen die im Osten interviewten Bürgermeister generell Parteipolitiker. Dieser Definition folgend werden Politiker als ideologisch und klientelistisch charakterisiert, was die DDR-Wirklichkeit in der Orientierung von Politikern an „Macht und Futtertrögen“ reflektiert. Demgegenüber verstehen sich die Bürgermeister als Kommunalpolitiker; diese werden – parallel zur Unterscheidung von Partei- und Kommunalpolitik oder auch großer und kleiner Politik – nicht als Politiker betrachtet und zeichnen sich neben ihrem Arbeitsbereich „an der Basis“ dadurch aus, dass sie das

Wohl aller Bürger, nicht nur das einer bestimmten Klientel, im Auge haben:

„Aber wenn hier jemand bei mir parteilich anfängt, dann kriegt der schon Zoff mit mir, weil wir hier auf der Gemeindeebene nur Sachpolitik machen, und die wird nie nach Parteiinteressen geregelt – find ich sowieso zum Kotzen [...] auf dem Rücken der Bürger müssen die Parteiinteressen ausgetragen werden. [...] mit den ganzen Parteien nichts [pflegt er keine Kontakte], also da habe ich nichts am Hut.“
(A. aus C.)

Die DDR-Blockparteien werden von fast allen ostdeutschen Bürgermeistern als SED-abhängige Organe begriffen, was sich in ihrer Wahrnehmung jedoch lediglich auf die zentrale Leitung und die Parteioorganisation bis zur Kreisebene bezieht, während die Parteien auf kommunaler Ebene von ihren Mitgliedern ausgemacht und insofern positiv bewertet werden. Dieses Bild entspricht auch der Beurteilung der bundesdeutschen Parteien heute, bei denen die Ost-Bürgermeister ebenfalls zwischen Kommunalpolitikern und den eigentlichen „Politikern“ unterscheiden, als die sie die politischen Akteure ab der Kreisebene aufwärts begreifen.

„Ich habe ein Mandat der CDU damals gehabt, habe es jetzt auch noch, würde es aber sicherlich nicht brauchen, weil ich hier als Mensch Bürgermeister bin, auch akzeptiert werde, hoffe ich. [...] Die riesengroße Rolle spielt es bei mir nicht, und ich mache da auch keinen Hehl draus, wenn ich bei Mitgliederversammlungen, Kreismitgliederversammlungen oder so, dann dort doch in aller Öffentlichkeit feststelle, dass eine Verbindung zwischen unserer Ortsgruppe und Kreisorganisation nach oben, nach Bonn, überhaupt nicht da ist. Wir kümmern uns hier, ich mache meinen Wahlkampf, ich bezahle den selbst, das kostet mich ein paar tausend Mark, ich kriege dazu keinen Pfennig, zahle aber meine Beiträge, und dort kann ich mich schon mal drüber aufregen, ich meine [...] und ich bin mir nicht sicher, ob die da weiter oben, ob die ihren Wahlkampf auch alleine bezahlen müssen, dass weiß ich nicht. Und das ist eine Kluft.“ (H. aus E.)

Der Kontakt zur Bundesebene der Partei wird ebenso wenig gesucht wie

der zur zentralstaatlichen Ebene der Blockparteien in der DDR. Die Disanzierung von den Funktionsträgern der „großen“ Politik und von jeder ideologischen Einflussnahme durch diese wurde beibehalten. Die Aussage des westdeutschen Bürgermeisters von H., er wirke in den Parteigremien der kommunalen und regionalen Ebene bewusst an der Meinungsbildung innerhalb der Partei, auch auf Landes- und Bundesebene mit, steht in deutlichem Kontrast hierzu.

Auch die Gründe für den Parteieintritt haben sich für die Ostdeutschen nicht verändert:

„[...] weil für mich der Beweggrund meine Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche war, die Glaubensfragen, und damit war das für mich der einfachste Weg, in die CDU zu gehen. Andere, die diesen Hintergrund nicht hatten, hätten genauso hier [...] in die NDPD gehen können, das sind ganz aktive Leute gewesen, sie haben es aber wieder anders gemacht, die haben dann aus ihrer Parteimitgliedschaft einen Vergnügungsverein gemacht, oder haben sich [...] der Denkmalsache angenommen, oder ähnliches, also, auch wieder unpolitisch, für den Ort etwas getan, für die Geselligkeit, für den Zusammenhalt. Bei uns war es letztendlich das Mäntelchen des Christ-Seins, das konnte man uns ja nicht verbieten, und das die SED letztendlich eigentlich die christlichen Bürger nicht aufnehmen durfte, war ja eigentlich ein Grund.“ (P. aus N.)

Der Eintritt in eine Blockpartei verfolgte in der Regel das Ziel, sich durch die Schaffung vollendeter Tatsachen davor zu schützen, weiterhin bezüglich einer Mitgliedschaft in der SED bedrängt zu werden. Die Wahl der Partei war dabei zweitrangig und wurde durch die Suche nach einem möglichen, den Ausschlag gebenden Bezugspunkt getroffen. Der Eintritt in die West-Parteien vollzog sich für die vorher parteilosen Interviewpartner nach dem gleichen Prinzip. Es kam letztlich nicht darauf an, in welche Partei man eintrat, um sein

Ziel, etwas in der Gemeinde und in Ostdeutschland an sich bewegen zu wollen, zu verfolgen. Auch der Parteieintritt in die westdeutschen Parteien erscheint damit als opportunistischer, aus der als notwendig empfundenen Anpassung an das neue System resultierender und zielgerichteter Akt, der auf die bewusste Übernahme des bundesdeutschen politischen und Parteiensystems folgte.

Alle in der ostdeutschen Vergleichsregion interviewten Kommunalpolitiker gelangten durch die Nominierung ihrer Partei ins Amt, nachdem sie sich, bis auf den Bürgermeister von C., formal in das Parteiensystem integriert hatten. Trotzdem artikulieren sie eine ambivalente Haltung gegenüber den Parteien (auch ihrer eigenen) wie auch gegenüber der auf die Parteien als Mittelinstitutionen fixierten Gestaltung des demokratischen Systems der BRD:

„Im Moment ist in Deutschland kaum eine Partei oder überhaupt keine Partei da, die hier eine übermäßige Anerkennung hat, das muss ich mal so sagen, auch die CDU nicht.“ (H. aus E.)

Die den Parteien von den ostdeutschen Gesprächspartnern beigemessene geringe Problemlösungskompetenz und ihre distanzierte Haltung zu den Parteien spiegeln zum großen Teil die in DDR-Zeiten gebildete negative Assoziation von Partei und Parteipolitik und den unbewussten Transfer dieser Denkmuster auf das neue System wieder:

„Wir haben eigentlich alle hier in den neuen Bundesländern, ich weiß nicht, ob ich da für alle sprechen kann, zumindestens eine große Mehrheit, von den Parteien den Kanal voll, weil wir ja schlimmes in der SED-Zeit erlebt haben, und wir auch sagen, eigentlich sind Parteien in mancher Hinsicht eine schlimme Sache.“ (P. aus N.)

Eine wirklich konkret auf die parteipolitische Praxis der bundesdeutschen Parteien bezogene Kritik äußert der Bürgermeister von B.:

„Mir geht diese Mentalität vieler älterer CDU-Mitglieder aus den Altbundesländern völlig ab, also, die dann über 38 Jahre in der Landesvertretung sind, und alles genau wissen, wie welches Scharmützel ausgeht [...] und wie man das schon immer macht, und welche Drähte man ziehen muss, und wo man stolpert, und welcher Parteifreund der Lieblingsfeind wird, und alles so etwas da, und da stehe ich immer noch staunend davor, und sage, aha, das gibt es auch. [...] das sind halt auch die verschiedenen Entwicklungen, die, wo man jetzt sagt, aha, die DDR kommt. Da hat man mit Parteien ja nie was am Hut gehabt, [...] mir ist das alles noch relativ fremd so, diese ganzen Verquickungen so, also wie welche Karriere angegangen wird, muss man in der KDV sein, oder muss man dort sein, und dann muss man auf dem Schoß sitzen und mit dem darf man es sich nicht verschleißern, und alles so etwas, das sind für mich alles relativ weit weggerückte Dinge.“ (C. aus B.)

Die machtpolitischen Techniken und die von der Bedeutung informeller Beziehungen anstelle fachlicher Qualifikationen abhängenden Karrieremuster werden als unmoralisch, unredlich und vor allem undemokratisch empfunden. Aus seinen Erfahrungen mit den Parteien und ihrer Bedeutung für die politischen Systeme von DDR und Bundesrepublik erwächst nicht nur für den Bürgermeister von B. eine vorsichtige, aber die Grundfesten des bundesdeutschen politischen Systems betreffende Kritik. Trotz dieser kritischen Haltung wird das bundesdeutsche Parteiensystem generell akzeptiert und die Notwendigkeit von Parteien persönlich begründet:

„Also, ich glaube, dass man ohne den Rückhalt einer Partei langfristig keine Politik machen kann. Man muss einfach eine gewisse Heimat haben, da ich christlich erzogen bin, ich bin selbst katholisch, ist für mich einmal die CDU eine nahestehende Partei gewesen, und ich traue zur Zeit nach wie vor der CDU auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik die meiste Sachkompetenz zu.“ (K. aus Z.)

Auffällig sind weiterhin die Stellungnahmen der Interviewpartner zum Thema Wahlkampf, ein thematischer

Bereich, nach dem nicht konkret gefragt worden war, zu dem nichts desto weniger ein großer Teil der interviewten Bürgermeister mehr oder weniger konkret Stellung bezog. Wenn der Bürgermeister von B. sagt:

„Ich bin aber keiner, der ständig mit einem CDU-Fläggchen herumrennt und gerne unterm Sonnenschirm steht, das sage ich auch gleich dazu, das ist auch nicht meins. Ich liebe eher die intellektuelle Auseinandersetzung als den Straßenwahlkampf“ (C. aus B.),

dann spricht er offenbar den meisten Interviewpartnern der neuen Bundesländer aus der Seele. Seinen Wahlkampf hat für ihn die Orts-CDU übernommen, es erscheint ihm wichtig, deutlich zu machen, dass er hiermit nichts zu tun hat. An Wahlkampf und Wahl erinnert er sich nur noch sehr schemenhaft, offenbar möchte er auch nicht mehr zu diesem offenbar unangenehmen Thema sagen. Ähnliches lässt sich beim Bürgermeister von E. feststellen¹².

Seiner Meinung über den Wahlkampf und dessen Rolle in den alten Bundesländern macht der Bürgermeister von W. folgendermaßen Luft:

„Wahlkampf ist eine unwahrscheinliche Priorität in den alten Ländern, schon alleine auch bei der Bürgermeisterwahl. Da wo ich jetzt Wahl hatte, 1994 war die nächste Periode bzw. Wahl, ich hab' keinen Wahlkampf gemacht, ich habe keine Plakate, ich hab' keine Wahlveranstaltungen, ich habe nichts gemacht. [...] Ich sag immer so, auch jetzt in der nächsten Periode, 2001, werde ich auch über die FDP, hier unten, ich sage ja hier unten an der Basis, brauche ich keinen Wahlkampf machen, weil ich einfach sage: ich selber bin von mir überzeugt, dass ich alles getan habe und alles tue für das Wohl der Allgemeinheit, und wenn der Bürger das anders sieht, hilft mir auch kein Wahlkampf.“ (W. aus W.)

Auch der Bürgermeister von N. kritisiert die Bedeutung des Wahlkampfes für die Kommunalpolitik der Altbundesländer¹³. Dagegen begegnet man in westdeutschen Interviews weder be-

züglich des Wahlkampfes ganz allgemein, noch in Bezug auf persönliches Engagement im Wahlkampf Ablehnung. Der Bürgermeister von A. weist schon zu Beginn des Gesprächs auf seine aktuelle Wahlkampfsituation hin und erscheint durch den Wahlkampf eher beflügelt als belastet. Freizügig berichtet er von der Wahlplakat-Aktion, die seine Söhne für ihn initiierten, und von Bürgern, bei denen sein Wahlkampfbzettel am Spiegel stecke.

Der Bürgermeister von N. beschreibt ausführlich seine Wahlkampf-Strategien, und der Bürgermeister von H. macht seine Wertschätzung auch für den professionell geführten Wahlkampf der Opposition deutlich:

„Das war eine sehr knappe, war ein sehr harter Wahlkampf, war ein junger Herausforderer von der Union, der auch durchaus einen guten Wahlkampf, also jetzt einen professionellen Wahlkampf mit einer guten Werbeagentur gemacht hat.“ (D. aus H.)

Außerdem beschreibt er die verantwortliche Leitung des Kommunalwahlkampfes in H. Anfang der 80er Jahre als eine der wichtigeren Stationen auf seinem persönlichen Weg zum Stuhl des Bürgermeisters.

Deutlich wird an diesen Statements ein grundsätzliches Unbehagen der ostdeutschen Gesprächspartner gegenüber dem Wahlkampf nach bundesrepublikanischem Muster, explizit auf der kommunalen Ebene, während bei den westdeutschen Bürgermeistern fast durchgängig eine positive oder zumindest neutrale Haltung gegenüber dem Thema Wahlkampf und der damit verbundenen Konfrontation konkurrierender Gruppen in Erscheinung tritt.

Verantwortlich dafür, dass die westdeutschen Bürgermeister den Wahlkampf als legitimes Mittel der Demokratie bundesrepublikanischer Prägung ansehen, die ostdeutschen ihn dagegen weitgehend ablehnen, sind mehrere Aspekte:

Fast durchgehend ist zu erkennen, dass die Mehrzahl der ostdeutschen Interviewpartner Konflikten mit der staatlichen Macht zur Zeit der DDR ausgewichen ist. Den Interviews mit den Bürgermeistern der ostdeutschen Vergleichsregion ist zu entnehmen, dass sie auch später im Konfliktfall innerhalb der kommunalpolitischen Gremien auf Konsens aus sind und harten Auseinandersetzungen eher aus dem Weg gehen. Demgegenüber erscheinen die westdeutschen Bürgermeister, man denke hier vor allem an die Bürgermeister von A., E. und N., deutlich konfliktfähiger und -orientierter¹¹⁴ und auch bereit, Konkurrenzsituationen ins Auge zu sehen. Zudem empfinden die westdeutschen Bürgermeister die Wahlkampfsituation zum Teil zwar als hart,¹¹⁵ die Notwendigkeit des Wahlkampfes an sich wird jedoch nicht in Frage gestellt, und es bedarf auch keiner Rechtfertigung für ihn. Der Wahlkampf gehört für die offenbar zum großen Teil konkurrenzdemokratisch und pluralistisch orientierten westdeutschen Interviewpartner als feststehende Spielregel zu dem politischen System, in dem sie agieren.¹¹⁶ Die ostdeutschen Bürgermeister, für die dieses Verfahren relativ neu ist, betrachten es kritischer. Neben der unbewussten Verknüpfung des Wahlkampfes über Plakate, Parolen, Handzettel und Wahlveranstaltungen mit der ungeliebten SED-Propaganda zu DDR-Zeiten könnte auch die große Rolle der Parteien zur Ablehnung des Wahlkampfes führen: Nie tritt das, was die Kommunalpolitiker aus den neuen Bundesländern mit „Partei politik“ meinen, deutlicher zutage, als im Wahlkampf: Die oft bis zur Diffamierung reichende Kritik an der konkurrierenden Partei und ihrer Kandidaten, die oftmals rein ideologisch geführten Debatten und wenig produktiven

Streitgespräche widersprechen aufs Schärfste der von ihnen propagierten Sachpolitik. Außerdem ist es offenbar für die in der DDR sozialisierten Interviewpartner problematisch, sich in der Öffentlichkeit darzustellen, die eigenen Verdienste in den Vordergrund zu stellen und sich gegenüber anderen profilieren zu wollen, was für die westdeutschen Kommunalpolitiker, abgesehen vom Bürgermeister von W., kein Problem darstellt.

Auch im Westen werden Politik und Parteien unbewusst gleichgesetzt und mit Klientelismus verknüpft,¹¹⁷ was teilweise zur bewussten Distanzierung führt:

„Weil ich also Betrieb und, ich sage mal, nicht Gewerkschaft, das war für mich identisch, aber Politik streng auseinandergelassen habe. Das ist genau hier im Rathaus. Wenn man mal dem ein oder anderen was zugeflüstert hat, bei Wohnungsverkauf, ist ein Genosse, ne, das hat mich nicht interessiert. Nicht bloß, weil ich meine zwei Finger gehoben habe, sondern, wenn der Schwarze zwei Kinder hat und der Rote hatte eins, dann hat die Wohnung der Schwarze bekommen. Ich denke, das ist man seinem Gewissen irgendwo schuldig. Aber ist scheinbar nicht sehr populär. Ne, bin jedenfalls da ab und zu mal angeeckt.“ (C. aus E.)

Diese Distanzierung vollzieht sich aber nicht so durchgängig und nicht so pauschal wie in der ostdeutschen Vergleichsregion. Grundsätzlich wird die Funktion der Parteien in der Bundesrepublik nicht kritisiert, sondern als eine Basis für demokratische Politik akzeptiert. Dies lässt sich auch auf die viel tiefere Verwurzelung der westdeutschen Bürgermeister in ihren Parteien zurückführen:

„Dann sieht man sie auch von innen, dann lebt die plötzlich. Dann lebt sie auch in Personen, dann sieht man die Strukturen, dann sieht man auch diejenigen, die da Ämter und Mandate innehaben, und gewinnt natürlich ein ganz anderes Bild, manchmal auch ein ganz schreckliches, wo man sagt, das kann ja nicht so sein, dass man so arbeitet, und dass man manchmal

ja auch dilettantisch oder amateurhaft bestimmte Sachen macht, also, man wird schon verwurzelter, sehr viel verwurzelter mit seiner Partei, man kriegt ja auch dann Ämter.“ (D. aus H.)

Dadurch identifizieren sich die parteiangehörigen westdeutschen Kommunalpolitiker viel mehr mit ihrer Partei und fühlen sich für deren Entwicklung verantwortlich. Die Partei dient im Gegenzug als „politische Heimat“ oder Basis und soll den nötigen Rückhalt für die Kommunalpolitiker in der Stadt gewährleisten. Einen seiner Ansicht nach sehr positiven Aspekt der Vertretung

von Parteien auf kommunaler Ebene stellt für den Bürgermeister von C. die gegenüber parteiunabhängigen Stadträten deutlich weiter reichende Verantwortung für auch längst verjährte Fehlentscheidungen dar. Demgegenüber sprechen sich die meisten in Westdeutschland interviewten Kommunalpolitiker aber gegen „Partei politik“ auf kommunaler Ebene als allein an ideologischen Grundsätzen orientierter politischer Tätigkeit aus, da diese sachliche und pragmatische Entscheidungsfindung verhindere.

Ost und West im Kontrast

Zusammenfassend lässt sich nach der Analyse der Interviews sagen, dass sich im Vergleich der Darstellungen aus den neuen und alten Bundesländern weniger Unterschiede bzw. weniger signifikante Unterschiede feststellen ließen, als vor allem in Bezug auf die Ergebnisse der eingangs zitierten Studien zu erwarten gewesen wären. Trotzdem lassen sich nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen Karrieremustern, Motivationen, Denk- und Handlungsmustern der west- und ostdeutschen Kommunalpolitiker feststellen, die über das angesichts der geringen Differenzen zwischen den beiden Gemeindeordnungen zu erwartende Maß hinausgehen. Die beobachteten Unterschiede werden dabei aber durch Abweichungen innerhalb der beiden Gruppen der Studie relativiert.

Amtsträger mehr von einer moralischen Verantwortung den Bürgern gegenüber geprägt, während es im Westen auch die legitime Möglichkeit zu persönlicher Entfaltung und bewusster politischer Karriere bietet. Ostdeutsche Karrieristen sind vorwiegend in kleineren Gemeinden anzutreffen, während Karriere¹¹⁸ im Westen vor allem in den größeren Städten eine Rolle spielt. In den Interviews mit den ostdeutschen Bürgermeistern wurde eine breite instinktive Ablehnung von Karriere erkennbar, die angesichts des unproblematischen Umgangs mit Karrieren bei Angehörigen des westdeutschen Arbeitermilieus nicht nur auf die Selbstverortung in der deutschen Arbeiterschaft zurückgeführt werden kann. Vielmehr ist die Begründung hierfür in dem an berufliche Karriere gebundenen und vom „DDR-System“ eingeforderten opportunistischen Verhalten einerseits, und in der DDR-Sozialisation, die das Heraus-treten aus der Gruppe als unübliches Verhalten hinstellte, andererseits zu suchen.

Signifikante Unterschiede ...

Das Amt des Bürgermeisters ist in der Wahrnehmung der ostdeutschen

Als wichtiger auslösender Faktor für politisches Bewusstsein und Engagement stellt sich in der ostdeutschen Vergleichsregion die Wende dar, die auch im Falle der Blockparteimitgliedern meist zu erstem politischem Engagement führt. Die Motivation der Kommunalpolitiker liegt hier zwischen dem bewussten Willen, an der demokratischen Veränderung mitzuwirken, dem Gefühl der Verpflichtung gegenüber Stadt und Mitbürgern und dem persönlichen Interesse an der Tätigkeit. Die Motivation der westdeutschen Bürgermeister reicht von Ortsverbundenheit und dem Willen, anderen Menschen zu helfen, bis zur bewussten Einflussnahme auf Politik und dem Wunsch nach Selbstverwirklichung.

Der Parteieintritt vollzieht sich im Osten nach dem Muster des bewussten Eintritts in eine Blockpartei, während er sich im Westen meist auf die Ansprache durch Bekannte und nur in einem Fall auch auf die bewusste Entscheidung, politisch Stellung zu beziehen, zurückführen lässt. Die Kandidatur für ein kommunalpolitisches Amt geht bis auf einen Fall im Westen nicht von den Interviewten selbst, sondern von (anderen) Parteimitgliedern aus, die nach einem passenden Kandidaten suchen. Auch die Kandidatur im Osten vollzieht sich bis auf einen Fall nach diesem Schema. Nicht nur für Kandidatur und Wahlkampf, sondern auch subjektiv ist die Bedeutung der Parteien für die westdeutschen Bürgermeister größer als für ihre ostdeutschen Kollegen, denen eine vergleichbare, über den Ortsverein hinausgehende Verwurzelung in der Partei fehlt. Gerade in kleineren Gemeinden der westdeutschen Vergleichsregion scheint der Parteieintritt für Neubürger ähnliche integrative Zwecke zu erfüllen wie das Engagement in den

Kirchen, das hier aber gegenüber der ostdeutschen Vergleichsregion deutlich seltener thematisiert, nicht als Motivation zu moralisch-politischem Handeln gewertet und eher im klar von der beruflichen Tätigkeit abgegrenzten Privatleben verortet wird, über das die Bürgermeister in den Schilderungen nur wenig berichten. Im Osten dagegen nehmen private Themen einen größeren Bereich in den Interviews ein, wobei berufliche und private Sphäre in der Regel nicht so klar voneinander abgegrenzt sind wie im Westen.

Bis auf Bürgermeister K. aus W. auf der westdeutschen und mit Einschränkung Bürgermeister L. aus H. auf der ostdeutschen Seite sind alle interviewten Bürgermeister als berufliche Quereinsteiger zu sehen, wobei die westdeutschen Kommunalpolitiker zum Teil vor Amtsantritt bereits durch ihr langjähriges kommunalpolitisches Engagement über umfassende Kenntnisse in der kommunalen Verwaltung und zu den lokalpolitischen Erfordernissen in der Gemeinde verfügen. Diese Erfahrung wirkt sich auch auf die subjektive Wahrnehmung der kommunalen Handlungsfelder und der spezifischen Aufgaben eines Bürgermeisters aus. Das Amt des Bürgermeisters wird im Osten vor allem als Verwaltungstätigkeit angesehen. Dies ergibt sich aus der notwendigen intensiven Beschäftigung mit den administrativen Grundlagen der neuen kommunalpolitischen Strukturen und dem im Vergleich zu der direkten Nach-Wende-Zeit hohen Verwaltungsaufwand. Demgegenüber sehen sich die westdeutschen Bürgermeister eher als bewusst politisch gestaltende Kommunalpolitiker und schöpfen zu diesem Zweck ihre Handlungsräume aus.

Die Situation und die Aufgaben der ostdeutschen Gemeinden erforderten

in den ersten Jahren nach der Wende rasche Entscheidungen, die ohne grundsätzliche politische Dissonanzen in den Stadträten gefällt wurden. Die aus der DDR übernommene Output-Orientierung führte nach Übernahme des bundesdeutschen rechtlichen und administrativen Rahmens zu einem Gefühl, das durch Überreglementierung politische Handlungsunfähigkeit verursachte. Die pragmatische und nicht immer legitime Art der Entscheidungsfindung in der direkten Nach-Wende-Zeit wird nach wie vor als richtig beurteilt, während das politische System der Bundesrepublik wegen der Einengung der kommunalen Handlungskompetenzen durch eine ungenügende finanzielle Versorgung der Gemeinden und die zu starke Fixierung auf rechtliche Grundlagen kritisiert wird. Die in der DDR übliche, sehr liberale Rechtsauffassung wird vom alten DDR-Bürgermeister L. aus H. zumindest gedanklich in die Nach-Wende-Zeit übernommen. Auf die Übernahme von Denk- und Handlungsmustern aus der DDR in die Bundesrepublik weist neben der Kritik der Überreglementierung, der Einschätzung der kommunalen Handlungsspielräume und der Rekrutierung von Kommunalpolitikern auch die Distanz der ostdeutschen Bürgermeister gegenüber den politischen Ebenen der Kreise und Regierungsbezirke, das in der Regel einheitliche kommunale Abstimmungsverhalten, die große subjektive Bedeutung von Gemeinschaft bzw. Kollektiv und die geringe Wertschätzung von Individualismus hin. Dabei sind aber deutliche Unterschiede festzustellen zwischen Politikern, die sich mit den Grundlagen des westlichen demokratischen und rechtsstaatlichen Systems auseinandergesetzt haben und solchen, die das neue Regelsystem

der Bundesrepublik nur anzuwenden gelernt haben.

Die kritische Distanzierung der ostdeutschen Bürgermeister vom politischen und administrativen System ist nicht als grundsätzliche Ablehnung des rechtlichen und organisatorischen Rahmens der Bundesrepublik zu verstehen. Die ostdeutsche Kritik am bundesdeutschen politischen System fällt dennoch grundlegender aus als die westdeutsche, was vor allem in der Differenz zwischen den subjektiven Erwartungen der Ostdeutschen an Demokratie in der Ausformung des westlichen Systems und der westdeutschen Realität begründet ist. Dabei wird Demokratie als Regierungsform nicht in Frage gestellt. Der Umgang mit den „demokratischen Spielregeln“ scheint den ostdeutschen Bürgermeistern noch fremd und wird von ihnen nicht so allgemein positiv beurteilt wie von ihren westdeutschen Kollegen, die diese Konzepte quasi verinnerlicht haben. In diesem Zusammenhang stellt sich auch das ethisch-moralisch begründete Demokratieverständnis einiger ostdeutscher Kommunalpolitiker als unbewusst konkordanzdemokratisch dar. Die Kritik an den Parteien bezieht sich dementsprechend auch auf deren starke Konflikt- und Konkurrenzorientierung. Aber auch das pluralistische, konflikt- und konkurrenzdemokratische Politikverständnis einiger westdeutscher Bürgermeister wirkt in deren Interviews zum Teil „gelernt“ und auf unbewusst konkordanzdemokratische Denkmuster aufgesetzt. Die bewusste und unbewusste Distanzierung von Politik lässt sich vor allem auf die negativen Erfahrungen der ostdeutschen Bürgermeister mit der Politisierung aller gesellschaftlichen Bereiche in der DDR zurückführen und beispielsweise an der Unterscheidung zwischen Kommunal- und Parteipolitik illustrieren.

„In Anbetracht des Imports sowohl des institutionellen Rahmens als auch des Parteiensystems aus Westdeutschland ist davon auszugehen, dass sich die ostdeutschen Karrieremuster zunehmend den westdeutschen angleichen werden, die personelle Austauschrate in Zukunft zurückgeht und die Mitglieder der ‚neuen‘ politischen Klasse schnell als langjährige Berufspolitiker betrachtet werden dürfen.“¹¹⁹

... tendenzielle Annäherung

Obwohl Borchert und Golsch ihre Erwartung einer Annäherung ost- und westdeutscher Karrieremuster allein mit dem aus dem Westen übernommenen institutionellen Rahmen in den neuen Bundesländern begründen, kann diese Prognose unterstützt werden. In der vergleichenden Betrachtung der Ergebnisse der in dieser Untersuchung vorgelegten empirischen Untersuchung und der Ergebnisse

vergleichbarer, bereits Anfang oder Mitte der 90er Jahre durchgeführter Studien, zeigt sich ein deutlich geringerer Unterschied sowohl bei ost- und westdeutschen Politik- und Demokratiebegriffen als auch bezüglich des Selbstverständnisses der kommunalen Akteure in Ost und West. In der Annahme, dass diese Diskrepanzen zwischen den Untersuchungsergebnissen im zeitlichen Abstand der Studien voneinander begründet sind, illustrieren sie eine Entwicklung in der deutschen politischen Kultur. Eine weitere Annäherung wäre damit auf lange Sicht wahrscheinlich und spätestens durch den Austausch der Bürgermeister der ersten Stunde mit parteilich organisierten Kommunalpolitikern zu erwarten, die die Erfahrungen des „Wilden Ostens“ nicht teilen und sich aufgrund einer funktionierenden Stadtverwaltung auf den politischen Aspekt ihres Amtes konzentrieren können.¹²⁰

Literaturverzeichnis

W. BECKORD, Kommunale Demokratie – Theorie und Praxis, in: W. Beckord (Hg.), Die Kommunen und die Einheit Deutschlands, Münster 1993, S. 92–103.

S. BENZLER, Chancen der Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern, in: S. Benzler/U. Bullmann/D. Eißler (Hg.), Deutschland-Ost vor Ort, Opladen 1995, S. 13–44.

F. BERG, Transformation der kommunalen Verwaltungsinstitutionen in Stadt und Kreis Straußberg, in: H. Naßmacher/O. Niedermeyer/H. Wollmann (Hg.), Politische Strukturen im Umbruch, Berlin 1994, S. 181–238.

F. BERG/M. NAGELSCHMIDT, Institutioneller und personeller Wandel auf kommunaler Ebene – Handlungskompetenzen im ostdeutschen Transformationsprozess, in: BISS-Bildungshefte 3, 1994, H. 7, S. 1–30.

F. BERG/M. NAGELSCHMIDT/H. WOLLMANN, Kommunaler Institutionenwandel: Regionale Fallstudien zum ostdeutschen Transformationsprozess, Opladen 1996.

H. BERKING/S. NECKEL, Außenseiter als Politiker: Rekrutierung und Identitäten neuer lokaler Eliten in einer ostdeutschen Gemeinde, in: Soziale Welt: Zeitschrift für sozialwissenschaftliche

Forschung und Praxis 42, 1991, H. 3, S. 283–299.

H. BERKING/S. NECKEL, Die gestörte Gemeinschaft. Machtprozesse und Konfliktpotentiale in einer ostdeutschen Gemeinde, in: S. Hradil (Hg.), Zwischen Bewusstsein und Sein. Die Vermittlung „objektiver“ Lebensbedingungen und „subjektiver“ Lebensweisen, Opladen 1992, S. 151–171.

H. BERKING/S. NECKEL, Alte Kader, neue Eliten. Macht und Konflikt in einer ostdeutschen Stadt, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 5, 1992, H. 3, S. 79–84.

H. BERKING/S. NECKEL, Ostdeutsche Politikstile. Populist und Protestant, in: H. Berking/R. Hitzler/S. Neckel (Hg.), Politikertypen in Europa, Frankfurt am Main 1994, S. 155–174.

J. BORCHERT/L. GOLSCH, Deutschland: Von der „Honoratiorenzunft“ zur politischen Klasse, in: J. Borchert (Hg.), Politik als Beruf. Die politische Klasse in westlichen Demokratien, Opladen 1999, S. 114–138.

O.N. BRETZINGER, Die Kommunalverfassung der DDR, Baden-Baden 1994.

U. BULLMANN/W. SCHWANENGEL, Zur Transformation territorialer Politikstrukturen. Landes- und Kommunalverwaltungen in den neuen Bundesländern, in: S. Benzler/U. Bullmann/D. Eissler (Hg.), Deutschland-Ost vor Ort, Schwyz 1995, S. 193–222.

E. BUSSE, Im unteren Viertel. Korruption scheint in Deutschland „normal“ zu werden, in: FAZ, 25. März 2002, H 71, S. 1–2.

R. DÄUMER, Gemeinden im Umbruch: vom demokratischen Zentralismus zur Selbstverwaltung, Halle 1995.

H. DAMSKIS, Verwaltungselite und Verwaltungskultur in den Bundesländern Brandenburg und Sachsen.

Zum Politik- und Rollenverständnis von leitenden Ministerialbeamten in vergleichender Ost-West-Perspektive, in: A. Eisen/H. Wollmann (Hg.), Institutionenbildung in Ostdeutschland, Opladen 1996, S. 115–160.

H.-U. DERLIEN, Elitenzirkulation zwischen Implosion und Integration. Abgang, Rekrutierung und Zusammensetzung ostdeutscher Funktionsebenen 1989–1994, in: H. Wollmann et al. (Hg.), Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1997, S. 329–410.

R. DUDEK (Hg.), Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR (Kommunalverfassung) vom 17. Mai 1990. Gemeindeordnung – Landkreisordnung, Köln 1990.

U. FEIST/K. LIEPelt, Auseinander und Miteinander. Zum unterschiedlichen Politikverständnis der Deutschen in Ost und West, in: H.-D. Klingemann/M. Kaase (Hg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen 1994, S. 575–611.

G. FLORSTEDT-BOROWSKI, Kommunale Entscheidungsverläufe im Spannungsfeld zwischen Vertretungskörperschaften und Verwaltung, Frankfurt am Main 1995.

R. FRANK, Der Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern – eine Zwischenbilanz, in: F. Braschos/R. Voigt (Hg.), Kommunalpolitik in Stadt und Land. Grundlagen – Entwicklungsperspektiven – Praxis, Erfurt/Bonn 1991, S. 125–149.

J. FRIEDRICHS/H. HÄUSSERMANN, die Entwicklung der Städte in den neuen Bundesländern, in: H. Bertram/R. Kollmorgen (Hg.), Die Transforma-

- tion Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen 2001, S. 315–341.
- O.W. GABRIEL, Immer mehr Gemeinsamkeiten? Politische Kultur im vereinigten Deutschland, in: P. Altenhof/E. Jesse (Hg.), Das wiedervereinigte Deutschland – Zwischenbilanz und Perspektiven, Düsseldorf 1995, S. 243–274.
- O.W. GABRIEL, Politischer Protest und politische Unterstützung in den neuen Bundesländern in: H. Bertram (Hg.), Ost-Deutschland im Wandel: Lebensverhältnisse – politische Einstellungen, Opladen 1995, S. 173–205.
- O.W. GABRIEL, Politische Orientierung im vereinigten Deutschland: Auf dem Weg zur „Civic Culture“? in: H. Bertram, R. Kollmorgen (Hg.), Die Transformation Ostdeutschlands, Opladen 2001, S. 98–126.
- Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 4. Juli 1985, Berlin 1985.
- W. GISEVIUS, Der neue Bürgermeister. Vermittler zwischen Bürgern und Verwaltung, Bonn 1999.
- D. GRUNOW, Verwaltungshilfe des Westens: Unterstützung oder Flop? In: Benzler/U. Bullmann/D. Eißler, Deutschland-Ost vor Ort. Anfänge der lokalen Politik in den neuen Bundesländern, Opladen 1995, S. 289–309.
- I. HANKE, Alltag und Politik. Zur politischen Kultur einer unpolitischen Gesellschaft, Opladen 1987.
- R. HITZLER, Die banale Seite der Macht. Politik als Beruf heute – und morgen, in: H. Berking/R. Hitzler/S. Neckel (Hg.), Politikertypen in Europa, Frankfurt am Main 1994, S. 281–292.
- E.M. HÖRNING, Mobilität in der DDR: der Typus des Aufsteigers, in: BIOS 7, 1994, H. 2, S. 255–269.
- S. LORENZ, Kommunalen Elitenwandel: Rekrutierung, Zusammensetzung und Qualifikationsprofil des lokalen administrativen Führungspersonals in Ostdeutschland, in: S. Hornbostel (Hg.), Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR, Opladen 1999, S. 85–103.
- H. NASSMACHER, Transformationsprozesse aus regionaler und lokaler Perspektive, in: H. Nassmacher/O. Niedermeyer/H. Wollmann (Hg.), Politische Strukturen im Umbruch, Berlin 1994, S. 1–16.
- H. NASSMACHER, Kommunalpolitik in Deutschland, Opladen 1999.
- S. Neckel, Ostdeutscher Populismus. Analyse eines Kommunalpolitikers. in: S. Neckel (Hg.), Die Macht der Unterscheidung, Frankfurt am Main 1993, S. 195–210.
- S. NECKEL, Multiple Modernisierer im postsozialistischen Machtkampf. Eine ostdeutsche Konfliktgeschichte in lokalen Biografien, in: I. Srubar (Hg.), Eliten, politische Kultur und Privatisierung in Ostdeutschland, Tschechien und Mittelosteuropa, Konstanz 1998, S. 119–144.
- O. NIEDERMAYER, Von der Hegemonie zur Pluralität: Die Entwicklung des ostdeutschen Parteiensystems, in: H. Bertram/R. Kollmorgen (Hg.), Die Transformation Ostdeutschlands, Opladen 2001, S. 77–92.
- V. PENROSE, Orientierungsmuster des Karriereverhaltens deutscher Politikerinnen. Ein Ost-West-Vergleich, Bielefeld 1993.
- V. PENROSE, Differenzen im Demokratieverständnis ost- und westdeutscher Politikerinnen, in: E. Biester/B. Holland

(Hg.), *Demokratie oder Androkratie?* Frankfurt am Main 1994, S. 19–34.

D. POLLACK, *Wirtschaftlicher, sozialer und mentaler Wandel in Ostdeutschland. Eine Bilanz nach zehn Jahren*, in: APUZ, 2000, H. 40, S. 13–21.

C. REICHARD, *Strukturreform und Personalspezifika in der ostdeutschen Verwaltung*, in: A. Eisen/H. Wollmann (Hg.), *Institutionenbildung in Ostdeutschland*, Opladen 1996, S. 310–320.

D. RINK, *Bürgerbewegung und Kommunalpolitik in Ostdeutschland*, in: Benzler/U. Bullmann/D. Eißler, *Deutschland-Ost vor Ort. Anfänge der lokalen Politik in den neuen Bundesländern*, Opladen 1995, S. 75–97.

M. ROMMEL, *Kommunalpolitik im Zeichen der Wiedervereinigung*, Heidelberg 1993.

H.-G. SOEFFNER, *Populisten – Profiteure, Handelsagenten und Schausteller ihrer Gesellschaft*, in: H. Berking/R. Hitzler/S. Neckel (Hg.), *Politikertypen in Europa*, Frankfurt am Main 1994, S. 259–277.

M. VÖLKER, *Kommunalpolitik in der ehemaligen DDR – ein Sonderfall?* in: F. Braschos/R. Voigt (Hg.), *Kommunalpolitik in Stadt und Land. Grundlagen – Entwicklungsperspektiven – Praxis*, Erfurt/Bonn 1991, S. 79–89.

A. WASCHKUHN, *Politik in Ostdeutschland*, in: *Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs*, 1996, H. 3, S. 26–34.

A. WASCHKUHN/A. THUMFART (Hg.), *Politik in Ostdeutschland. Lehrbuch zur Transformation und Innovation*, München 1999.

M. WEBER, *Politik als Beruf*, in: J. Winkelmann (Hg.), *Max Weber. Gesammelte politische Schriften*, Tübingen 1988, S. 505–560.

C. WELZEL, *Konturen eines Wandels. Die Erneuerung der ostdeutschen Eliten*, in: *Forschung und Lehre* 4, 1997, H. 10, S. 522–523.

B. WESSELS, *Gruppenbindung und rationale Faktoren als Determinanten der Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland*, in: H.-D. Klingemann/M. Kaase (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990*, Opladen 1994, S. 123–161.

B. WESTLE, *Konsens und Konflikt als Elemente der pluralistischen Demokratie. Zum Demokratieverständnis von West- und Ostdeutschen*, in: ZUMA Nachrichten 22, 1998, H. 43, S. 116–133.

H. WOLLMANN/F. BERG, *Die ostdeutschen Kommunen: Organisation, Personal, Orientierungs- und Einstellungsmuster im Wandel*, in: H. Naßmacher/O. Niedermeyer/H. Wollmann (Hg.), *Politische Strukturen im Umbruch*, Berlin 1994, S. 239–273.

H. WOLLMANN, *Transformation der ostdeutschen Kommunalstrukturen: Rezeption, Eigenentwicklung, Innovation*, in: H. Wollmann et al. (Hg.), *Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland*, Opladen 1997, S. 259–319.

Anmerkungen

- 1 Weber 1988, S. 505. Ähnlich allgemein äußert sich Naßmacher: „Jener Ausschnitt des gesellschaftlichen Lebens, der durch Entscheidung zwischen alternativen Handlungsmöglichkeiten allgemein verbindliche Entscheidungen hervorbringt, wird als Politik bezeichnet.“ (Naßmacher 1999, S. 14).
- 2 Weber 1988, S. 505.
- 3 Vgl. Wehling 1981, S. 225.
- 3a Die ungekürzte Fassung kann unter *kathrin.s.hartmann@gmx.de* angefordert werden.
- 4 Vgl. Waschkuhn 1996, S. 29.
- 5 Vgl. H.-J. Misselwitz, Politikwahrnehmung und Politikvermittlung in den neuen Bundesländern. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 45-46/1994*, S. 3-11.
- 6 Vgl. Berking / Neckel 1991.
- 7 Vgl. Naßmacher 1999, S. 12.
- 8 Gisevius 1999, S. 15.
- 9 Für die Aufgaben des Bürgermeisters Gisevius 1999, S. 74f.
- 10 Vgl. Gisevius 1999, S. 14 und 22.
- 11 Verglichen wurden Bevölkerungsdichte, Migration (Geburten- oder hier eher Sterbeüberschuss, Zu- und Fortzüge etc.) Flächennutzung, Anzahl der Kreise und Städte, Wahlbeteiligungen und Wahlergebnisse sowie Arbeitsmarktdaten nach Arbeitsamtbezirken (Arbeitslosenquoten im Allgemeinen wie auch in Bezug auf Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose).
- 12 Die Ortsgrößen, gemessen an der Einwohnerzahl, reichten dabei von einem durch freiwilligen Zusammenschluss mehrerer Dörfer entstandenen Gemeindeverband mit gerade 2.000 Einwohnern bis zur Kreisstadt mit rund 45.000 Einwohnern.
- 13 Berking / Neckel 1992, Endnote 8.
- 14 Vgl. Berking / Neckel 1992, S. 155.
- 15 Vgl. Berking / Neckel 1992, S. 156.
- 16 Vgl. Waschkuhn / Thumfart 1999, S. 219.
- 17 Vgl. Berking / Neckel 1992, S. 155.
- 18 Vgl. Bullmann / Schwanengel 1995, S. 195.
- 19 Für die politische und administrative Organisation der Gemeinden entscheidend waren Art. 41 und 43 in Abschnitt II Kap. 2, sowie Art. 81 bis 85 in Abschnitt II Kap. 3 der DDR-Verfassung. Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände wurden in ihrer Funktion, „die Wahrnehmung der Grundrechte der Bürger, die wirksame Verbindung der persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen sowie ein vielfältiges gesellschaftlich-politisches und kulturell-geistiges Leben“ (Abschnitt II Kap. 2 Art. 42 Satz 2) zu sichern, mit den örtlichen sozialistischen Betrieben gleichgesetzt und zur Kooperation mit ihnen verpflichtet (Abschnitt II Kap. 2 Art. 43 Abs. 1 Satz 2). Als „im Rahmen der zentralen staatlichen Leitung und Planung eigenverantwortliche Gemeinschaften“ (Abschnitt II Kap. 2 Art. 41 Satz 1) kam ihnen nicht der Status nach den Prinzipien kommunaler Selbstverwaltung geordneter, sondern vielmehr der von zentralstaatlich gelenkten Institutionen zu. Demzufolge konsequent werden sie in Abs. 1 Art. 81 auch als die „von den wahlberechtigten Bürgern gewählten Organe der Staatsmacht“ bezeichnet.
- 20 Bullmann / Schwanengel 1995, S. 195.
- 21 Der Begriff geht zurück auf Berking / Neckel 1992, S. 153.
- 22 Vgl. Berking / Neckel 1992, S. 153.
- 23 Vgl. Völker 1991, S. 84 und Waschkuhn / Thumfart 1999, S. 219.
- 24 Völker 1991, S. 81. Der aus solchen Erfahrungen resultierende Vertrauensverlust könnte nach der Wende unbewusst auf die neuen kommunalpolitischen Institutionen übertragen worden sein.
- 25 Vgl. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968, Abschnitt III Kap. 4 Art. 83 Abs. 2.
- 26 Völker 1991, S. 81.
- 27 Vgl. Lorenz 1999, S. 91.
- 28 Vgl. Lorenz 1999, S. 91.
- 29 B. Hoecker 1998, S. 132. Die Bezeichnung „Schule der Demokratie“ für die kommunalpolitische Ebene geht auf Th. Heuß, Demokratie und Selbstverwaltung, Berlin 1921 zurück.

- 30 Vgl. Wehling 1981, S. 225.
 31 Vgl. Wehling 1981, S. 225.
 32 Bei diesen Analysen ging es um wertende Verwaltungsentscheidungen. Diese wurden durch die Verleugnung alternativer Entscheidungsmöglichkeiten und die Wahrnehmung des gegebenen Handlungsrahmens als Sachzwang gerechtfertigt.
 33 Vgl. Naßmacher 1999, S. 34.
 34 Beckord 1993, S. 95.
 35 Zu Unterschieden in den Entscheidungsprozessen in Großstädten und Landgemeinden vgl. Naßmacher 1981, S. 43ff. Sie weist außerdem darauf hin, dass der Ablauf konkreter Politikprozesse in einzelnen Gemeinden neben der Gemeindegröße durch regionale politische Kultur, lokales Parteiensystem und sozioökonomische Struktur bestimmt werden kann (vgl. Naßmacher 1999, S. 20).
 36 Vgl. Horstkötter 1990, S. 40.
 37 Suckow 1989, S. 162.
 38 Vgl. Naßmacher 1999, S. 36.
 39 Gisevius 1999, S. 141.
 40 Vgl. Beckord 1993, S. 97.
 41 Vgl. Gisevius 1999, S. 11.
 42 Soeffner 1994, Endnote 3.
 43 Vgl. Weber 1988, S. S. 539.
 44 Vgl. Weber 1988, S. 507.
 45 Vgl. Weber 1988, S. 513.
 46 All diese Bürgermeister sind begründet durch ihre Nähe zur Kirche Mitglieder bzw. in einem Fall Sympathisanten der CDU.
 47 Zu diesem Typus zählt außerdem der Bürgermeister von S. sowie in abgeschwächter Form der Bürgermeister von Z.
 49 Dies verhält sich sehr ähnlich zum Parteieintritt des Bürgermeisters von N.: „weil für mich der Beweggrund meine Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche war, die Glaubensfragen, und damit war das für mich der einfachste Weg, in die CDU zu gehen. Andere, die diesen Hintergrund nicht hatten, hätten genauso hier in N. in die NDPD gehen können“ (P. aus N.).
 50 Für den Bürgermeister von F. ist die Arbeit in der von ihm gegründeten Genossenschaft eine Nische, hier sei man vom Staat in Ruhe gelassen worden.
 51 Bürgermeister L. aus S.
 52 „Vom Aufsichtsrat, über Manteltarif, über Lohntarifkommission, über die Industriegruppe Feinkeramik, Verwaltungsstellenvorstand, im Betrieb, ja, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Betriebsratsvorsitzender, Wirtschaftsausschuss, Gesamtbetriebsausschuss, Verbesserungsvorschlagswesen im Jugendbereich, immer nur der große Guru, für die anderen“ (C. aus E.).
 53 Vgl. Gisevius 1999, S. 28. Auf diesen Begriff wird in Kapitel 8.6. näher eingegangen.
 54 Vgl. Weber 1988: In Bezug auf seine leidenschaftliche Hingabe an die Interessen der Stadt und ihrer Bürger, auf die Verantwortlichkeit gegenüber Stadt und Einwohnern und seiner objektiven Distanz von den Wünschen der Bürger stellt der Bürgermeister von E. einen Politiker kraft Berufes in des Wortes eigentlicher Bedeutung dar.
 55 Vgl. hierzu auch Penrose 1993, S. 95: Sie beschreibt als ein signifikant von den ostdeutschen verschiedenes Merkmal das aggressiv-kämpferische Vokabular der von ihr interviewten westdeutschen Politiker.
 56 Dies bezieht sich auch auf sein Verhältnis zur SPD. Vgl. hierzu Weber 1988, S. 533f: „Weit schwerer ist der Aufstieg von Führern da, wo - wie in den bürgerlichen Parteien meist - neben den Beamten die ‚Honoratioren‘ den Einfluss auf die Partei in Händen haben. Denn diese machen ideell ‚ihr Leben‘ aus dem Vorstands- und Ausschussmitgliedspötschen, das sie innehaben. Ressentiments gegen den Demagogen als homo novus, die Überzeugung von der Überlegenheit parteipolitischer ‚Erfahrung‘ (...) und die ideologische Besorgnis vor dem Zerbrechen der alten Parteitraditionen bestimmen ihr Handeln.“
 58 „der Politiker ist da, um zu helfen. Und sie wissen ja, Minister heißt Diener. Und das müssten sich unsere Herrn Minister auch mal überlegen. Die Politiker sind da, um zu helfen, um eben das bestmögliche für jeden zu tun. Das sehe ich als mein Hauptargument, und bis jetzt habe ich es also durchgezogen“ (S. aus T.).
 59 „dass die erste Pflicht ist, dass er die-

- nen muss. Und nicht verdienen.“ (G. aus A.).
- 60 „[...] als Informatiker gearbeitet, immer mit wechselseitigem Erfolg, da ich nicht Genosse war, wurde dann immer, wenn man mich brauchte, wurde ich ein bisschen höher gesetzt, wenn jemand da war, der, sagen wir mal, in der Lage war, meine Funktion auszufüllen, wurde ich wieder nach unten genommen, das war in der DDR eben so üblich.“ (K. aus Z.) Die berufliche Karriere und der Erfolg, den er anstrebte, wurden ihm aufgrund seiner öffentlich geäußerten politischen Einstellungen verwehrt.
- 61 Vgl. hierzu auch Penrose 1993, S. 81: Eigeninitiative war bei den Kadern der DDR nicht erwünscht.
- 62 Hinweise auf heutige Ressentiments gegenüber seiner politischen und beruflichen Karriere finden sich in der Beschreibung des Bürgermeisters von Z. bezüglich der Auswirkungen seiner beruflichen Position auf seine Kinder und den Schwierigkeiten im Umfeld.
- 63 „Es ist ja nicht so, dass ich mich hier drum gerissen habe, sondern man ist an mich heran getreten: „Du wärest eigentlich befähigt““ (A. aus C.).
- 64 Dieses Verhalten liegt möglicherweise darin begründet, dass er bereits seit seiner frühesten Kindheit durch die Inhaftierung seines Vaters aufs Direktste mit der Staatsmacht konfrontiert und von ihr „bestraft“ wurde. Der Konflikt mit dem System könnte seine Oppositionshaltung und seine Bereitschaft gestärkt haben, sich ohne Hilfe von außen etwas aufzubauen, wie beispielsweise auch die fortgesetzten Versuche zur Durchsetzung eines universitären Studiums auf dem zweiten Bildungsweg illustrieren.
- 65 Vgl. hierzu die Erzählungen des Bürgermeisters von S.: Er schlug die Möglichkeit einer beruflichen Karriere im Westen aus, um in seiner Region bleiben und an der Entwicklung seines Heimatortes weiter mitwirken zu können. Konsequenter strebt er deshalb an, das Amt wieder als hauptamtlicher Bürgermeister zu übernehmen.
- 66 Dies gilt beispielsweise auch für die Bürgermeister von W. und H.
- 67 Auf kommunaler Ebene spielen Parteiideologien für ihn keine Rolle, allein die Personen zählten hier, und er sei eben von der Union angesprochen worden.
- 68 Kommunalpolitik spielte in der Familie des Bürgermeisters von W. keine Rolle, ehrenamtliches Engagement wird nicht erwähnt, dagegen beschreibt er aber eine gewisse Distanz zur Übernahme öffentlicher Ämter.
- 69 „So und da ist eigentlich auch, was parteipolitisch ist, fast alles zusammengebrochen und ich hab' einfach dazu gestanden.“ (W. aus W.).
- 70 „als dann die Wende hier eingetreten ist“ – „Als dann hier die Wende eintrat im Osten“ (A. aus C.)
- 71 Vgl. hierzu Weber 1988, S. 524ff.
- 72 Nach Benzler könnte die Betonung der Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung in der Wende damit zusammenhängen, dass die DDR-Bürger bis zur Wende nie selbst Verantwortung zu tragen hatten (vgl. Benzler 1995, S. 21).
- 73 Zum Vergleich eine Aussage des Bürgermeisters von U.: „wenn sie nicht bekannt sind, werden sie auch nicht gewählt“.
- 74 Ähnlich äußert sich auch der Bürgermeister von U.: „Und, na ja, die Bürger, entweder sie erkennen es an, und sind damit zufrieden, oder nicht, dann sagen sie es uns schon. Wenn ihnen irgendetwas nicht passt, dann erfährt man das schon.“
- 75 Vgl. dazu auch Nassmacher 1981, S. 43ff. Unterschiede in Entscheidungsprozessen von Großstädten und Landgemeinden werden hier empirisch belegt.
- 76 Vergleichbares gilt für das langjährige Parteimitglied aus U.
- 77 Bei der Wahl des Bürgermeisters von T. ist seine Bekanntheit als Lehrer bzw. Schulleiter im Ort wichtiger als das Fachwissen des Gegenkandidaten, seine Autorität als Lehrer setzt sich gegenüber dem eher politischen Bewerber, dem langjährigen zweiten Bürgermeister des Ortes, durch.
- 78 Nichtsdestoweniger ist die Bekanntheit beispielsweise über leitende Vereinsfunktionen im Ort für die Wahl ausschlaggebend.
- 79 Vgl. Gisevius 1999, S. 11.

- 80 Nach Penrose wurde politische Tätigkeit in DDR-Gesellschaft mit Kollektivarbeit assoziiert, was sich noch heute im Streben nach einer Zusammenarbeit auf breiter Basis, um gemeinsames Ziel zu erreichen und nach gesellschaftlicher Harmonie im Sinne politischer Übereinstimmung ausdrückt. Dies wirke sich auch auf die wenig pluralistisch geprägte Wahrnehmung von Demokratie aus, die in den neuen Bundesländern nicht als Anerkennung der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz verstanden wird, sondern als Zusammenkommen von Menschen unterschiedlichster Herkunft mit einem gemeinsamen Ziel und dem Willen, an dessen Umsetzung gemeinsam zu arbeiten (vgl. Penrose 1993, S. 74 und 77).
- 81 Bürgermeister S. aus F.
- 82 Zum Vergleich hierzu eine Aussage des Bürgermeisters von N.: „das ist unsere Sorge, die Kriminalität insgesamt, die natürlich gegenüber der DDR wahnsinnig gewachsen ist. Wir haben mit der Demokratie natürlich auch diese Möglichkeiten geerbt, die wir gar nicht gewöhnt waren. Also die DDR war sicher, war ein bisschen Polizeistaat, aber insofern konnte man beruhigt bis nachts auf der Straße gehen, ohne das was passierte, und wenn was passiert, war es ja nicht bekannt, aber sie war sicher, also geklaut ist so gut wie nie worden, und eingebrochen ist so gut wie nie worden, die Grenze war ja auch ziemlich zu. Aber da haben wir schon Dinge geerbt, die wir nicht gerne wollten.“ Rechtsstaatlichkeit, polizeiliche Exekutive und Strafmaße der BRD-Rechtsprechung werden hier der Demokratie zugeordnet, jedoch nicht mit ihr gleichgesetzt oder als von Demokratie beinhaltet begriffen. Demokratie wird nicht als politische Idee, sondern als Grundlage des politischen Systems der Bundesrepublik verstanden.
- 83 Zum Vergleich nochmals der Bürgermeister von H.: „Manchmal ärgert man sich, manchmal ist es ein bisschen mühsam, aber [...] das ist einfach die Vorgabe mit der Demokratie, dass manches etwas mühsamer geht. Dafür aber vielleicht auch nicht so viele Fehler, denn man ist ja selber auch nicht fehlerfrei.“ Die rechtlich festgesetzten Prozeduren werden nicht nur als Garanten für Demokratie verstanden, sondern als fester Bestandteil der Demokratie.
- 84 Diese meiner Meinung nach besonders treffende Pointierung des ambivalenten Verhältnisses der Mandatsträger ihrem Aufgabenbereich gegenüber geht zurück auf Wehling 1981, S. 225.
- 85 Wie wichtig dem Bürgermeister der Gemeinde E. diese Klarstellung ist, zeigt sich darin, dass er sie seiner eigentlichen Erzählung vorausschickt.
- 86 Nach seiner berufsbegleitenden Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten bildete sich der Bürgermeister von H. nebenberuflich zum Verwaltungsfachwirt weiter.
- 87 Bürgermeister H. aus E.
- 88 Vgl. hierzu auch Penrose 1993, S. 82: Auf sich selbst aufmerksam zu machen, sich in den Vordergrund zu drängen oder seinen persönlichen Ehrgeiz offen zu zeigen ist für Ostdeutsche heute noch politisch und moralisch bedenklich, was nach Penrose möglicherweise von der Sanktionierung solchen Verhaltens durch die Partei in Form von Missachtung rührte. Die Verhaltenserwartungen der Partei seien internalisiert und es sei ihnen entsprechend gehandelt worden.
- 89 Der Bürgermeister von U. hält den Verwaltungsaufwand für eine Stadt dieser Größenordnung für unproblematisch und überschaubar.
- 90 Der Bürgermeister von U. versteht seine Aufgabe allein in der Pflichterfüllung und obrigkeitsergebener Erledigung der zugewiesenen Aufgaben und Gemeindegeschäfte: „ich habe hier die täglichen Geschäfte zu erledigen, das, was die Gemeinde, was von der Gemeinde verlangt wird, dafür zu sorgen, dass es, wenn es notwendig ist, umgesetzt wird, und, äh, ganz einfach die täglichen Geschäfte zu betreiben und dafür zu sorgen, dass die Verwaltung funktioniert im Haus oder darüber hinaus.“
- 91 „Dann fahre ich hin zur Bahn, das war damals ein Herr (...), und mit

dem konnte ich umgehen, mit dem habe ich mich gut verstanden, und der ist dann in Rente gegangen, und mit dem wollte ich es unbedingt noch über die Bühne kriegen. Weil mit dem Nachfolger hätte ich wieder von vorne anfangen müssen. Das sind dann auch so Dinge. Da liegt vieles im menschlichen im zwischenmenschlichen Bereich. Wo man dann eben sagt, gut, mit dem verstehe ich mich, da könnten wir zu einem Ergebnis kommen. Das ist sehr wichtig, dass die Kommunalpolitiker auch da ein bisschen Diplomatie zeigen.“ (K. aus W.)

- 92 Der Bürgermeister von S. bewegt in seinem Ort beispielsweise sehr viel über die Dorferneuerungszuschüsse des Landes.
- 93 Für den Bürgermeister von A. stellen Bedarfszuweisungen von der Landesebene beispielsweise nahezu eine Selbstverständlichkeit dar.
- 94 Vgl. hierzu einführend Rommel 1993, S. 2: „Ich will aber schon die Frage stellen, ob wir die Verrechtlichung der Lebenssachverhalte und die Justiziabilität von Verwaltungsentscheidungen nicht übertreiben [...]. Es wird immer schwerer, etwas zu tun, und immer leichter, etwas zu verhindern. Wir im Westen der Bundesrepublik haben uns ja an das alles gewöhnt. Wir haben aber mit unserem Recht, vor allem aber mit unserem Verwaltungsrecht und Verfahrensrecht, die neuen Bundesländer beschenkt. Das trojanische Pferd war auch ein Geschenk, an dem die Trojaner freilich keine länger andauernde Freude hatten. Wenn wir das Erstaunen und die Verblüffung unserer ostdeutschen Kollegen über den westdeutschen Rechts- und Kontrollperfektionismus erleben, dann kommen schon Zweifel, ob alles, was wir so machen, wirklich so gut ist.“
- 95 Die vor allem im Jahr 1990 von den Kommunalverwaltungen der westdeutschen Partnerstädte geleistete Amtshilfe zielte darauf ab, die ostdeutschen Partner bei der Einrichtung einer Kommunalverwaltung nach westdeutschem Muster zu unterstützen. Es ging von Anfang an nicht

um Unterstützung bei der Suche nach einem sinnvollen neuen System oder einer Anpassung des westdeutschen Verwaltungssystems an ostdeutsche Erfordernisse, durch die man nebenbei zumindest auch im Westen strittige Regelungen hätte verbessern können: Weder war eine solche Hilfe von den ostdeutschen Verwaltungen angefordert worden, noch wurde sie von den westdeutschen „Spezialisten“ angeboten. Weil die Notwendigkeit, das eigene Verwaltungs- und Regierungssystem zu überdenken, im Westen nicht gesehen wurde, entstand neben vielen anderen auch in diesem Bereich ein Ungleichgewicht zu Lasten ostdeutscher Ideen zur Umgestaltung der bundesdeutschen Ordnung.

- 96 Bürgermeister P. aus N.
97 Zu den besonderen Umständen der kommunal- und landespolitischen Verflechtungen in der westdeutschen Vergleichsregion eine Aussage des Bürgermeisters von A.: „man muss dazu sagen, dass man als Unions-Bürgermeister natürlich in (...) gute Verbindungen dorthin [zur Landesregierung] hat, muss man sagen, pflegt. Dass es, dadurch, dass ich hier wirtschaftliche Schwierigkeiten habe, natürlich immer den Kontakt auch zum Wirtschaftsminister gesucht habe. Dass wir (aus dieser Region) den Umweltminister haben, (...) den ich recht gut kenne, und dadurch ist natürlich die Verbindung dorthin relativ gut. Was sehr notwendig ist. Das werden sie vielleicht weniger merken in Ihrem Kreis, in, das ist Hessen? Weil, es fällt also auf, wissen Sie, in (dieser Region) hat ja der Bürgermeister ein bisschen eine andere Stellung. Wir sind ja schon immer vom Volk direkt gewählt. Er hat also eine viel stärkere Position wie meinestwegen in (einem anderen Bundesland), wo er vom Gemeinderat gewählt wurde, jetzt wird er ja auch dort direkt gewählt. Und der hat eine viel stärkere Position, und dann muss man natürlich politisch auch sehen, dass die (Landesregierung) hier eine andere Rolle spielt [...] also, eine viel stärkere Rolle. Intensivst.“

- 98 Den nach den rechtlichen Vorgaben der Gemeindeordnungen entscheidenden Machtfaktor in den Gemeinden stellen zwar die Ratsmitglieder dar. Welche Machtstellung jedoch dem Bürgermeister als Vorsitzenden des Gemeinderats und gleichzeitigem Chef der kommunalen Verwaltung zukommt, hängt vor allem davon ab, wie bewusst sie die ihnen gegebenen Kontrollmöglichkeiten nutzen. Nicht ohne Grund kritisieren die von Florstadt-Borowski Anfang der 90er Jahre interviewten westdeutschen Mandatsträger den erheblichen Informationsvorsprung der Verwaltungen, der nicht oder nicht rechtzeitig an die eigentlichen Entscheidungsträger weitergegeben werde (Florstadt-Borowski 1995, S. 291). Vgl. auch Frank 1991, S. 145.
- 99 Nachdem sich der Bürgermeister von C. zunächst über das Unwissen der Stadträte beschwert, nutzt er dieses gleichzeitig in seinem Sinne aus: „Die stellen Anträge und sagen so und so, und ich sage, bitte, machen sie einen Gegenvorschlag. Das gehört zum Vermögenshaushalt. Der Vermögenshaushalt ist ausgebucht. Sie können keinen Gegenvorschlag machen, wo das Geld herkommen soll. Wäre es Verwaltungshaushalt, dann kann ich sagen, da haben wir ja eine bestimmte Summe, für den Bereich xy, das bringen wir noch unter. Ja. Aber da bemüht sich ja keiner.“
- 100 Vgl. hierzu auch Busse 2002: In Bezug auf die Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung von Steuer- und Parteigeldern in einigen nordrhein-westfälischen Städten vermutet Busse in der FAZ als Begründung „wahrscheinlich, weil einigen klar wurde, dass das, was normal zu sein schien, doch nicht akzeptabel ist. [...]Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass in weiten Teilen der Verwaltung und der Politik nichts außergewöhnlich daran ist, dass Absprachen bindender sind als Vorschriften und dass persönliche Beziehungen, Freundschaftsdienste und Ehrenworte wichtiger sind als die gesetzlichen Pflichten.“
- 101 Der Bürgermeister von A. kritisiert beispielsweise das starre Gehaltstab-
- leau des öffentlichen Dienstes, das ihm keine Freiheit zu finanziellen Anreizen für seine Beschäftigten biete.
- 102 Konkret geht es den Bürgermeistern meist um die von der Bundesregierung propagierte Kindergartenplatzgarantie.
- 103 Auf die Frage, wie die Verteilung der Parteien in der Gemeinde aussieht, antwortet der Bürgermeister von F.: „Die Stadtverwaltung setzt sich zusammen aus 7 CDU-Abgeordneten, einen von der FDP, 5 Unabhängige, 2 von der PDS und ich [SPD].“ Bemerkenswert ist hier die unbewusste Begriffsverwechslung.
- 104 Die begriffliche Unterscheidung geht zurück auf den Bürgermeister von T.
- 105 Dies geht vor allem aus dem Interview mit dem Bürgermeister von H. hervor, der bereits zu DDR-Zeiten als Bürgermeister aktiv war und die politischen Strukturen der DDR aus Sicht der kommunalen Ebene kannte. Die Kreise waren den Gemeinden hierarchisch übergeordnet und übten die Vollzugsfunktion der Zentralorgane aus. Aus Sicht der Gemeinden ist eine Unterteilung in große und kleine Politik zwischen der Gemeinde- und der Kreisebene deshalb nachvollziehbar.
- 106 „Warum das immer so ist? Ich weiß es nicht. Man gibt es halt so. Es ist natürlich gewollt von der Politik. Die wollen größere Strukturen [...]“ (L. aus H.). Im Interview mit dem Bürgermeister von E. wird deutlich, dass als Politiker nur die in der großen Politik Aktiven verstanden werden.
- 107 Im Interview mit dem Bürgermeister von B. wird neben dem konkordanzdemokratischen Hintergrund des Bürgermeisters deutlich, dass er Parteipolitiker als Politiker versteht, die nicht auf Interessenausgleich sondern auf Auseinandersetzung aus sind.
- 108 Ein pluralistisches Politikverständnis zeigt sich demgegenüber in der Erzählung des Bürgermeisters von B., in dessen Stadtrat zwar das parteilichen Fraktionen gebildet wurden, eine Abstimmung nach Fraktionszwang aber ebenso wenig stattfindet, wie in den anderen ostdeutschen Kommunen. Allerdings berichtet er durchaus von unterschiedlichem Abstimmungs-

- verhalten, was auf widerstreitende Interessen im Stadtrat hindeutet.
- 109 Die Kritik an der großen Politik ist im Westen in der Regel moralisch oder auf starre Ideologien begründet und differenziert.
- 110 Vgl. Weber 1988, S. 519: Weber malt ein sehr positives Bild von der fachgeschulten und hochqualifizierten, parteipolitisch unabhängigen, von einer hochentwickelten ständischen Ehre geprägten deutschen Beamtenschaft, die er als Garant gegen Korruption und „Banausentum“ sieht.
- 111 Der Bürgermeister von F. bezeichnet es als das „höchste Gift“ für die Kommunalpolitik, wenn die Parteien diese Ebene dazu benutzen, um sich gegenseitig ausspielen zu wollen.
- 112 Vgl. die Aussage des Bürgermeisters von E.: „Ich habe auch in meinem Wahlkampf, man muss es ja so bezeichnen, in bescheidenem Maße hier, habe ich meine Partei mit keinem Wort erwähnt, und das mit Absicht, weil die Bürger merken sollen, dass ich, dass man als Bürgermeister für die Bürger da ist, und nicht für irgendeine Partei.“ Diese Distanz von der Partei scheint im Osten populärer zu sein als eine Identifikation mit ihr.
- 113 Zum Vergleich ein Statement von Bürgermeister P.: „[...]da gibt es ja im Vorfeld jämmerlichen Wahlkampf [...]“
- 114 Gerade die karriereorientierten westdeutschen Bürgermeister benutzen in ihren Darstellungen häufig Formulierungen des Kampfes.
- 115 Konkurrenz innerhalb der Partei ist dem Bürgermeister von H. unangenehmer als die Konkurrenz mit Kandidaten anderer Parteien, sie wird aber trotzdem als üblich bewertet.
- 116 „das ist halt nun mal so, in der Demokratie, der Wettbewerb der Parteien zueinander, die Opposition muss die Regierung kritisieren, und das ist, das sind die demokratischen Spielregeln“ (D. aus H.).
- 117 Dies geschieht offenbar auch nicht unbegründet, wenn man der unbewussten Aussage des Bürgermeisters von H. zur vorrangigen Berücksichtigung der eigenen Stimmkreise bei Ministern folgt.
- 118 Vgl. hierzu Penrose 1993, S. 177: In der Analyse der von ihr geführten Interviews kommt sie zu dem Ergebnis, dass es vor allem die negative Beurteilung des Strebens nach Positionen, nach Macht und nach wesentlichem Einfluss auf Politik ist, die zu einer persönlichen Abgrenzung von Karriere bei den Ostdeutschen führt.
- 119 Borchert / Golsch 1999, S. 128.
- 120 Vgl. Penrose 1993, S. 90: Ausgehend von Konsistenz der von ihr in der Analyse ihrer Interviews festgestellten, typisch ostdeutschen Verhaltens- und Denkstruktur, die „die Zwänge der politischen Strukturen [...] verinnerlicht und zur Tugend verwandelt“, könnte auch ein weiterer nicht aus Überzeugung, sondern aus Opportunismus resultierender Angleichungsprozess erwartet werden.

Die Autorin:

KATHRIN HARTMANN, Dipl. Pol., freie Mitarbeiterin der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung im Bereich Neue Medien, Lehrbeauftragte für Soziologie an der Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden, z.Zt. freie Mitarbeit für das Historische Museum Frankfurt am Main und den Büdinger Kreis e.V.

POLIS ist eine Publikationsreihe der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ).

Redaktion: Angelika Röming

Gestaltung/Satz: G·S Grafik & Satz, Mainz-Kastel

Druck: Dinges & Frick, Wiesbaden

Auflage: 500

© Wiesbaden 2003

ISBN 3-927127-46-9

Schriftl. Bestellungen an die HLZ: Rheinbahnstraße 2, 65185 Wiesbaden, Telefon (0611) 99197-34, Fax (0611) 99197-44, E-Mail: hlz@hlz.hessen.de

In der Reihe POLIS sind erhältlich:

Nr. 25 Gerhard Beier

Freiheit – Gleichheit – Arbeit

Zur Sozialgeschichte der europäischen Revolution
1848/49 mit besonderer Berücksichtigung der Ereignisse
in Hessen-Nassau

Nr. 27 Mechtild M. Jansen (Hg.)

Hessen engagiert

Freiwilliges soziales Engagement in Hessen

Nr. 29 Dr. Hans-Joachim Jentsch

10 Jahre Hessen-Thüringen

Nr. 31 Wolfgang Benz

Gedenkstätten und Erinnerungsarbeit

Ein wichtiger Teil unserer politischen Kultur

Nr. 33 Axel Knoblich, Karsten Rudolf,
Alexander Wicker, Melanie Zeller (Hg.)

Jugend & Politik – Politik & Jugend

Der konsequente Weg zur Beteiligung Jugendlicher.
Arbeitshilfe für Kommunen und politische Bildner

Nr. 34 Mechtild M. Jansen, Christian Welniak (Hg.)

Politik am Ende oder am Ende Politik?

Neue Formen politischen Zusammenseins in Jugendkulturen

Nr. 35 Kathrin Hartmann

„Ist das nun Politik?“

Politikbegriff und Selbstverständnis von Bürgermeistern
in Ost- und Westdeutschland

Nr. 36 Angelika Ehrhardt, Mechtild M. Jansen

Gender Mainstreaming

Grundlagen – Prinzipien – Instrumente

Nr. 37 Jürgen Kerwer, Uli Knoth, Lothar Scholz (Hg.)

Veränderte Lebenswelten!

Was wird, wenn alles anders wird?

Nr. 38 Mechtild M. Jansen, Susanna Keval (Hg.)

Religion und Migration

Die Bedeutung von Glauben in der Migration